

A 76731.

Adelheid Popp

Der Weg zur Höhe

Wiener Stadt-Bibliothek.

76731 A

DER WEG ZUR HÖHE

**DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
FRAUENBEWEGUNG ÖSTERREICHS**

V O N A D E L H E I D P O P P

**Ihr Aufbau,
ihre Ent-
wicklung
und ihr
Aufstieg**

**Herausgegeben
vom Frauenzentral Komitee der
Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Deutschösterreichs**

Wien 1929

DER WEG ZUR HÖHE

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
FRAGENBEWEGUNG ÖSTERREICHS

Im Auftrage
der Ent-
wicklungs-
kommission
aufgetragen

VON ADELBIND POPP

114609



Verlagsgesellschaft
von Franz Anton Sauerländer
Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Deutschland

Wien 1919



Adelheid Foye

Zugeeignet
allen
Ungenannten,
die
trotz
Mühsal
und
Not
gekämpft
haben
gegen
Sklaverei
und
Niedrigkeit,
für
Freiheit
und
Aufstieg

Wozu dieses Buch?

Als im Jahre 1910 vom Frauenreichskomitee das „Gedenkbuch der österreichischen Arbeiterinnenbewegung“ herausgegeben wurde, um über die ersten zwanzig Jahre dieser Bewegung zu berichten, konnten wir von 15.000 politisch organisierten Frauen sprechen. Das erfüllte uns schon mit Stolz. Es war die Zeit der politischen Rechtlosigkeit der Frauen. Die Freie Politische Frauenorganisation, die allen Hemmnissen und Widerwärtigkeiten zum Trotz entstanden war, entbehrte jeder rechtlichen Grundlage. Das Gesetz verbot den „Frauenspersonen“ die Mitgliedschaft in politischen Vereinen.

Das „Gedenkbuch“ sollte ein Werbe- und Agitationsmittel für die politische Organisierung der Frauen sein und war es auch. Das Buch ist seit Jahren vergriffen, immer und immer wieder wird es aber verlangt. Es ist entstanden aus der Mitarbeit fast aller Genossinnen, die im alten Österreich, in den verschiedenen „Kronländern“, unter den Frauen Aufklärungs- und Agitationsarbeit leisteten. Es waren persönliche Erfahrungen und Erlebnisse erster Pionierinnen. Man konnte nicht mit rückschauender Objektivität über die Bewegung berichten, die noch nach Formen suchte, wie sie ihr am besten dienen möchte. Alle Bitternisse und Enttäuschungen der jungen Frauenbewegung wirkten noch zu lebendig, um ein abgeklärtes Gesamtbild verbürgen zu können. Das war bestimmend für den Charakter des Gedenkbuches: es stellte eine Sammlung persönlicher Erinnerungen an die Anfangsjahre dar.

Heute läßt der Aufstieg der österreichischen Arbeiterinnenbewegung das Bittere der Vergangenheit im Rückschauen begreifen und verstehen. So sei der Versuch unternommen, in kühlerer Geschichtlichkeit darzustellen, was hinter uns liegt. Die jungen Genossinnen werden Anregungen gewinnen, ihre Begeisterung wird sich erhöhen, wenn sie erfahren, wie es war und wie es wurde.

Wir legen dieses Buch der Öffentlichkeit vor mit dem Wunsche, es möge der sozialistischen Frauenbewegung und damit dem Sozialismus Dienste leisten.

Wien, Ende Juli 1929.



Von der Troß- dirne zur be- wußten Kämpferin

Die Frauen waren Leidende und Unterdrückte zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte. Was immer Forscher über manche Völkergruppen mitteilen, bei denen Frauen eine nicht nur gleichberechtigte, sondern dem Manne übergeordnete Stellung eingenommen haben sollen, nichts ändert es daran, daß die überwiegende Mehrheit des weiblichen Geschlechts immer untergeordnet war, wenn auch nicht immer und überall in gleicher Art und Weise.

Der Ausspruch, den der große Sozialist August B e b e l in dem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ gemacht hat, ist sicher richtig: „Lange bevor die Sklaverei entstanden war, ist die Frau schon Sklavin gewesen.“ War einmal eine Frau gelehrt, so wurde sie als Wunder angestaunt; am meisten gepriesen wurden aber immer die Frauen, die dem Ideal des Christentums am nächsten kamen: Demut, Bescheidenheit, Unterwürfigkeit, das waren die hohen Tugenden, die man am Weibe sehen wollte. Wenn der Apostel Paulus die Lehre aufstellte: „Es gezieme dem Weibe nicht, daß es unterrichte und lehre, sondern es diene und schweige still“, so prägte er damit den Typus, der Jahrhunderte hindurch den bevorzugten Charakter des Weibes bildete. Mochten sich die wirtschaftlichen Daseinsbedingungen auch für die Frau wandeln, wurde sie durch die Tätigkeit der Männer, als Kreuzfahrer und Landsknechte, des



Mann, wer hat dir
das Recht gegeben,
unser Geschlecht
zu unterdrücken?

männlichen Beschützers und Ernährers beraubt, sie blieben nach der allgemeinen Anschauung immer minderwertig, schwach, schutzbedürftig. Frauenleiber verbrannten auf den Scheiterhaufen der Inquisition, als Troßbirnen folgten Frauen den Heereszügen, nicht besser, oft schlechter als das Vieh gehalten, die Freudenhäuser wurden von ihnen bevölkert, in den Werkstätten des mittelalterlichen Handwerks verrichteten sie Gesellenarbeit*, sie wurden wert gehalten, der Lust zu dienen, Kinder zur Welt zu bringen, damit es an Erben nicht fehle, aber rechtlos blieben sie immer und zu allen Zeiten. Erst das Sturmläuten der Französischen Revolution am Ausgang des 18. Jahrhunderts weckte die Stimme der Frauen. In Frankreich war es Olympe de Gouges, die in einer Broschüre über die Rechte der Frauen die Frage stellte: „Mann, wer hat dir das Recht gegeben, unser Geschlecht zu unterdrücken?“ ... Den Frauen rief sie zu: „Vereint euch! Setzt der Kraft der rohen Gewalt die Gewalt der Vernunft und Gerechtigkeit entgegen, und bald werdet ihr sehen, wie die Männer nicht mehr als schmachthende Anbeter zu euren Füßen liegen, sondern stolz darauf, die ewigen Rechte der Menschheit mit euch zu teilen, Hand in Hand mit euch gehen werden.“

Und weiter: „Die Frau hat das Recht, das Schafott zu be-

steigen, sie soll das gleiche Recht haben, auf der Tribüne zu stehen*.“

Olympe de Gouges, die tapfere Kämpferin für Frauenrechte, starb auf dem Schafott. Sie starb mutig, wie sie gelebt hatte; festen Schrittes stieg sie die Stufen zum Schafott empor. Diese Gleichheit mit den Männern war ihr geworden. Ihre Geschlechtsgenossinnen, für die sie gekämpft hatte, sollten noch mehr als hundert Jahre warten müssen, ehe nach einer anderen Revolution, dem Weltkrieg mit dem nachfolgenden Zusammenbruch von Monarchien, ihnen das gleiche Recht geworden war.

In England hatte zur selben Zeit Mary Woolstonecraft, beeinflußt durch die Französische Revolution, das später berühmte gewordene Buch „Eine Verteidigung der Rechte der Frauen“ geschrieben. Hohn, Spott, Ächtung hat sie von ihren Zeitgenossen geerntet. Erst die Zeiten der beginnenden Frauenbewegung im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts, brachten ihr die verdiente Würdigung.

Das Revolutionsjahr 1848 zeigt uns wieder Frauengestalten, von welchen wir als die für uns bedeutendste Luise Otto-Peters nennen wollen. Sie hat an den revolutionären Kämpfen in Dresden mitgewirkt, ihre „Lieder eines deutschen Mädchens“ erweckten Begeisterung. Andere Frauen kämpften an der Seite ihrer Gatten bei den badischen Freiheitskämpfen; Verfolgung und Exil trugen sie mit ihren Gatten tapfer.

Die Literatur nahm zur Frauenfrage Stellung. Schon um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert war es in Ostpreußen Theodor v. Hippel, der sich mit der Stellung der Frauen befaßte; in der skandinavischen Literatur war es Jahrzehnte später Henrik Ibsen, der dem Frauenproblem am tiefsten nachschürfte. Frauen selbst griffen zur Feder, um Frauenrechte zu fordern und zu verteidigen. Hedwig Dohm gehörte in Deutschland schon zur Zeit des jungen Ferdinand Lassalle zu den Kämpferinnen für Frauenrechte. Mit flammender Begeisterung und ätzendem Spott führte sie den Krieg für ihr Geschlecht.

Die Russin Sonja Kowalewska errang höchste wissenschaftliche Ehren als Mathematikerin; ihr Ruhm wurde von der entstehenden Frauenbewegung als Beweis der Gleichwertigkeit des weiblichen Geschlechts ins Feld geführt.

Die erste
Vorkämpferin für
Frauenrechte stirbt
auf dem Schafott

* Emma Adler: „Die berühmten Frauen der Französischen Revolution.“

Der physiologische
(in der Natur be-
gründete)
Schwachsinn des
Weibes wird wis-
senschaftlich fest-
zustellen versucht

Aber noch fehlten die Fanfaren, die Frauen des „vierten Standes“ aus dem Schlaf zu reißen. Hatte auch die Maschine längst den Boden vorbereitet, auf welchem später die Arbeiterinnenbewegung emporwuchs, so war doch vorläufig noch wenig von ihr zu sehen. Die Utopisten Robert Owen und andere hatten zwar bei ihren Staatsgebilden auch den Frauen Befreiung zugehört, aber es waren eben Utopien, den Frauen nicht näherliegend als die Seligkeiten des Paradieses, die ihnen das Christentum in Aussicht stellte. Stumpfsinnig, geistig untätig war noch immer die große Masse der Frauen. „Der physiologische Schwachsinn des Weibes“, den der Leipziger Irrenarzt Möbius einer wissenschaftlichen Arbeit würdigte, hatte noch zu viele Gläubige unter dem weiblichen Geschlecht selbst. Professoren, Leuchten der medizinischen Fakultäten, unterließen nicht, den Frauen, die nach ärztlichem Studium strebten, die Fähigkeit zum ärztlichen Beruf abzusprechen, so wie andere Autoritäten dies auf anderen Wissensgebieten taten. Die Vertreter jedes halbwegs auf Intelligenz beruhenden Berufes sprachen den Frauen die Befähigung, ihn ausüben zu können, ab. Nachdem man den Frauen Jahrhundert um Jahrhundert das Recht auf Unterricht, Erziehung, geistige Betätigung in Wort und Schrift bestritten hatte, nachdem man ihre gottgewollte Indolenz wissenschaftlich nachgewiesen und sie zur geistigen Unfruchtbarkeit verdammt hatte, zeigte man triumphierend, daß das Weib noch auf keinem Gebiet Schöpferisches geleistet hat.

Ein Verein zur geistigen Fortbildung der Arbeiterinnen war 1869 in Deutschland gegründet worden. 1872 wurde ein zweiter Verein, der schon unter Leitung von Arbeiterfrauen stand, ins Leben gerufen. Aber beide verfielen wegen „Beschäftigung mit Politik“ der behördlichen Auflösung*.

So erging es jeder neuen Gründung. Als 1883 in Deutschland wieder Arbeiterinnenvereine gegründet wurden, darunter der „Verein der Mantelnäherinnen“, wurde dieser aufgelöst mit der Begründung, daß er „eine Gefahr für Deutschland sei“. Der Hauptverein hatte an den Magistrat petitioniert um Zulassung der Frauen zu den Gewerbegerichten. Dies war die für Deutschland gefährliche politische Betätigung. Aber: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

1844 war eines der klassischen Bücher erschienen, das die

Lage der Frauen grell beleuchtete: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ von Friedrich Engels. Fürchterliche Schilderungen über die Frauen- und Kinderarbeit in den englischen Fabriken zeigten die kapitalistische Welt so, wie sie ist: gewissenlos, beutegierig, vor nichts zurückschreckend, wie gräßlich auch die Wirkungen der damaligen Frauenarbeit und Frauenausbeutung sein mochten.

Im „Kapital“, das 1867 erschien, erzählt Karl Marx, mit dem Engels so treu verbunden war, die Geschichte der zwanzigjährigen Putzmacherin Mary Anne Walkley, die „durchschnittlich sechzehneinhalb Stunden, während der Saison aber auch oft dreißig Stunden, ununterbrochen arbeiten mußte und ihre versagende Arbeitskraft durch gelegentliche Zufuhr von Sherry, Portwein oder Kaffee aufrechterhielt, und die während der Arbeit an den Prachtkleidern für den Huldigungsball der Prinzessin von Wales, zusammen mit sechzig anderen Mädchen, je dreißig in einem Zimmer, das kaum ein Drittel des nötigen Kubikzoll Luftraum gewährte und wo während der Nacht zwei und zwei ein Bett teilen mußten, und dies bei einer der besseren Putzmacherinnen Londons“. Mary Anne Walkley erkrankte am Freitag und starb am Sonntag, ohne, zum Erstaunen der Chefin, wie es bei Karl Marx heißt, vorher das letzte Putzstück fertiggemacht zu haben. Der zu spät ans Sterbebett gerufene Arzt bezeugte vor Gericht: Mary Anne Walkley sei gestorben an langen Arbeitsstunden in einem überfüllten Arbeitszimmer, in überengem, schlecht ventiliertem Schlafgemach. Eine der Zeitungen schrieb: „Unsere weißen Sklaven werden in das Grab hineingearbeitet und verderben und sterben ohne Sang und Klang.“

Aber was hätten alle diese Schilderungen auf die Frauen vermocht, wenn nicht die Erfindung der Maschine, die Frauen in immer größerem Maße auch in anderen Ländern, vom häuslichen Herd zur außerhäuslichen Erwerbsarbeit geführt hätte! 1869 erschien das Buch, das wie eine auflodernde Fackel die Geschichte der Frauen beglänzen sollte: „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel. Verfolgt von den Staatsanwälten, beschlagnahmt, eingestampft, erstand es immer wieder zu neuem Leben. Es rief die Kämpferinnen in die Schranken, die aus den tiefsten Tiefen kamen: die Arbeiterinnen.

Die Geschichte
der Putzmacherin
Mary Anne Walkley

**Die Feier des 1. Mai
wird beschlossen**

Im Juni 1889 fand in Paris der Internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß statt. Es war jener denkwürdige Kongreß, auf welchem der Antrag L a v i g n e angenommen wurde, daß in allen Ländern, an einem gemeinsamen Tage, durch Arbeitsruhe für die Einführung des gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages zu demonstrieren ist. Welche Wirkung auch auf die Arbeiterinnen die Propaganda für den Achtstundentag ausgeübt hat, werden wir später noch erfahren. Auf diesem Pariser Kongreß haben zwei Frauen, Klara Zetkin und Emma I h r e r von der deutschen Sozialdemokratie, flammende Reden für die Organisation der Arbeiterinnen gehalten. Sie haben an das Gewissen des Kongresses appelliert, bei dem Kampf um die Befreiung des Proletariats nicht der Arbeiterinnen zu vergessen.



August Bebel

Dr. Viktor Adler



Die Frau in den Tagen von Hainfeld

Der Wiener Arbeiterinnen- Bildungs- verein

Als zur Jahreswende 1888/1889 in dem kleinen niederösterreichischen Orte Hainfeld der erste Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie dank der klugen und mutigen Politik Viktor Adlers abgehalten werden konnte, gab es noch keine sozialdemokratische Organisation der Frauen. Die Partei hatte keine weiblichen Mitglieder, manche Fachvereine konnten nach ihren Statuten nur männliche Arbeiter aufnehmen, nur die Gewerkschaft der Schuhmacher hatte eine größere Zahl weiblicher Mitglieder, und, soweit bekannt, auch die Buchdrucker. In den Versammlungen waren Frauen seltene und vereinzelte Erscheinungen. Nun hatte der Hainfelder Parteitag zur Frauenfrage Stellung genommen. Es wurde ein Arbeitsverbot für Frauen bei allen Arbeiten, die dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind, gefordert. Der Delegierte der Buchdrucker, August Chwalla, setzte sich warm für die Organisierung der Arbeiterinnen ein. Er sagte wörtlich:

„Wir wären noch nicht auf dem Standpunkt, auf dem wir sind, wenn wir es nicht mit den Frauen versucht hätten. Und wir haben gefunden, daß gerade die Frauen, auf welche die männlichen Arbeiter bisher herablassend geschaut haben, berufen sind, in allen Arbeiterorganisationen eine hervorragende Rolle zu spielen. Das weibliche Geschlecht beschämt das männliche, denn einen solchen Feuereifer wie die Frauen haben die männlichen Arbeiter bisher noch nie entwickelt.“

Wohl hatten die Verfolgungen während des Ausnahmezustandes (von 1884 bis 1891 über Wien, Wiener Neustadt und Floridsdorf verhängt) auch Frauen in Mitleidenschaft gezogen.

Anna Altmann



Wenn die Männer verhaftet, verurteilt, des Landes verwiesen wurden, wenn sie von den Familien gerissen, verfolgt und gehetzt wurden, zerstörte dies auch das Familienleben. Es bedeutete für die Angehörigen Ruin, Verarmung und namenlose Verzweiflung. Die Frauen waren Mitleidende, aber noch nicht Mitkämpfende. Manche Arbeiterfrau wurde durch das oft furchtbare Schicksal der Männer zum Nachdenken gebracht. Erbitterung und Haß gegen die herrschende Klasse erfaßten sie, sie stellten sich mit ihren Gefühlen auf die Seite der Verfolgten. Das Gefühl für den Kampf um Freiheit und Recht erwachte in ihnen.

In Hainfeld konnte man nur Männer brauchen

Die Berichte über den Parteitag in Hainfeld wurden aber von den Frauen kaum beachtet. Daß sich in dem kleinen Orte Hainfeld ein weltgeschichtliches Ereignis zutrug, blieb ihnen unbewußt, obwohl die Frauenarbeit schon immer stärker und stärker im Vordringen war. Den kühnen Einberufern von Hainfeld selbst kam noch nicht der Gedanke, daß die Frauen wertvolle Bundesgenossinnen sein könnten. Geschah es doch, daß man die einzige Frau, die Genossin Anna Altmann, die von den sozialistischen Arbeitern des Polzentaales in Deutschböhmen als Delegierte angemeldet war, zurückwies mit der Bemerkung, daß man „Männer brauche“. Der Mann, der an ihrer Stelle delegiert wurde, wagte nicht, das Mandat anzunehmen, aus Angst vor den Folgen, vor Maßregelung, behördlichen Schikanen, vor Verhaftung und Ausweisung.

Die politische Betätigung der Frauen war noch kaum ein Traum. Aber es gab Frauen und junge Mädchen, die mit ihrem Herzen bei der Sache des Sozialismus waren, obwohl sie das Wesen des Sozialismus noch nicht verstanden. Am 8. März 1889, wenig mehr als zwei Monate nach dem Hainfelder Parteitag und drei Monate, ehe der erste Internationale Sozialistenkongreß in Paris abgehalten wurde, erschien in der „Gleichheit“, dem damaligen sozialistischen Wochenblatt der Partei, folgender Aufruf:

Oesterreich-Ungarn.

Offener Brief an alle Genossinnen und Genossen!

Es wird beklagt, daß die Arbeiterinnen sich von den öffentlichen Versammlungen der Genossen fernhalten. Niemand bemüht sich, die Ursache dieser Erscheinung klarzulegen.

So sei es denn mir, einer zielbewußten Arbeiterin, gestattet, diese zu erörtern, so weit ich sie zu verstehen glaube. Um es kurz zu sagen, uns fehlt in erster Linie die Organisation, und damit der Muth, aus jener letzten Linie, in die uns die heutige Gliederung der Gesellschaft gewiesen, herauszutreten.

Während die Angehörigen der einzelnen Gewerbe ihre Fachvereine besitzen, und im Fortbildungsvereine auch diejenigen, welche keinem bestimmten Gewerbe angehören, ihre weitere Ausbildung finden können, ist uns Arbeiterinnen dieses Glück geistiger Erhebung versagt.

Mit geringer Schulbildung (ein Mädchen braucht nichts zu lernen, ist ja leider eine noch sehr verbreitete Ansicht) kommen wir, kaum halbwüchsig, in die Fabrik, oder in irgend eine Lehre.

Die einzigen Hilfsarbeiterinnen, die bis jetzt einen genossenschaftlichen Verband haben, sind die Modistinnen und Kleidermacherinnen, doch selbst diese haben keine Fortbildungsschule.

Sollen wir wirklich tüchtige und würdige Genossinnen der Männer, welche mit ihrem Leben für die gute Sache einstehen, werden, so müßt Ihr, werthe Genossen, uns die Wege bahnen.

Lasset uns an Euren Studien theilnehmen, errichtet Unterrichtskurse für Arbeiterinnen, bemüht Euch, die Euch bekannten Arbeiterinnen dafür zu interessiren, und Ihr werdet bald uns nicht nur zahlreich bei Euren Versammlungen erscheinen, nein, in Euren Reihen muthig kämpfend seher.

Eine Arbeiterin

Die Verfasserin des Aufrufes war die Genossin Viktoria Kofler, eine Proletarierin, die von der Tuberkulose schwer gezeichnet war, aber eine Seele voll glühender Begeisterung für den Sozialismus und die Frauenbewegung besaß. Obwohl Mutter von fünf Kindern, scheute sie keine Mühe, um in einem kleinen Kreise gleichgesinnter Frauen für die Entstehung der

Die erste Frau
meldet sich

Viktoria Koller



und bald
ruft man die
Zurückgewiesene

sozialistischen Frauenbewegung zu arbeiten. Unterstützt von Viktor Adler, wurden die Statuten zur Gründung eines Arbeiterinnen-Bildungsvereines eingereicht. Die Statthalterei machte Schwierigkeiten, aber endlich wurden die Statuten bewilligt. Für den 29. Juni 1890 wurde die konstituierende Versammlung „Zum Goldenen Luchsen“ in Lerchenfeld (16. Bezirk) einberufen. In Wien gab es damals noch keine Rednerin, und doch sollte eine Frau sprechen. Da erinnerte sich die Parteileitung an die Genossin, die zum Parteitag in Hainfeld als Delegierte angemeldet war, und Anna Altman wurde eingeladen, als Rednerin nach Wien zu kommen.

Unterdessen war auch die allererste Feier des 1. Mai abgehalten worden. Der Internationale Sozialistenkongreß, der am 14. Juli 1889 in Paris getagt hatte, hatte den Beschluß gefaßt, an einem Tage jeden Jahres für die Einführung des Achtsturentages durch Arbeitsruhe zu demonstrieren. Der 1. Mai wurde für diese Demonstration festgesetzt. Die Agitation für die Arbeitsruhe rüttelte auch viele Arbeiterinnen auf. Viele Herzen wurden entzündet. Als dann die Aufforderung zur Teilnahme an der Gründung des Arbeiterinnen-Bildungsvereines erging, folgten viele Frauen und Mädchen der Einladung. Der Vorstand des Arbeiterinnen-Bildungsvereines wurde hauptsächlich aus Frauen und Töchtern von Parteigenossen zusammengesetzt. Erste Obmännin war die Genossin Anna Steiner, die Frau eines Bäckereiarbeiters. Die Genossinnen Richt-

hammer und Kreuzer, ebenfalls Bäckerstgattinnen, übernahmen die Aufgaben der Kassierin und Schriftführerin. Der Vereinsraum des Arbeiterinnen-Bildungsvereines wurde im Fachverein der Bäckergerwerkschaft, am Neubaugürtel 44, untergebracht.

Erster und wichtigster Zweck dieser Arbeiterinnenorganisation war es, Bildung und Wissen unter den Frauen zu verbreiten. Jeden Samstag abends wurde ein belehrender Vortrag von einem der führenden Parteigenossen gehalten, an Wochentagen gab es Vorträge über Schrifttum und Gesundheit. Die Volksschullehrerinnen Auguste Fickert und Ida Baumann stellten sich als Lehrkräfte uneigennützig in den Dienst der Arbeiterinnenbewegung.

Daß der Arbeiterinnen-Bildungsverein sofort einige hundert Mitglieder bekam, war vor allem der werbenden Wirkung der Maifeier zu danken.

Gedankenlose wurden durch die unvergleichliche Maifeier zum Denken gebracht, Träge und Gleichgültige wurden auferüttelt, Feige und Knechtselfige zur Auflehnung gebracht. Der Same des Sozialismus und das Hoffen auf die Möglichkeit eines besseren Daseins waren in die Herzen der am meisten Gequälten und Gemarterten, der Allerärmsten gefallen. Die Maifeier war das Panier, zu welchem viele bis dahin Mutlose vertrauensvoll die Augen erhoben. Schon bei der Maifeier 1891 erschienen die Frauen in einem eigenen Zuge.

In dem großen Demonstrationzug zum Prater wurde die Frauengruppe, die vom Arbeiterinnen-Bildungsverein abmarschierte, zum erstenmal gesehen und stürmisch begrüßt. In die Frauenversammlung am Vormittag, die in Hains Paradiesaal in Fünfhaus abgehalten wurde, waren einige hundert Arbeiterinnen gekommen. Manche waren aus den Fabriken und Werkstätten geholt worden, wie das in den ersten Jahren der Maifeier öfter geschah, um ihnen die Teilnahme an der Maifeier zu ermöglichen. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“ sollte sich auch für die Arbeiterinnen erfüllen. Im Prater, wo am Nachmittag die große Maifeier stattfand, wurde dem Arbeiterinnen-Bildungsverein dasselbe Lokal zugewiesen, in welchem auch der Parteivorstand seinen Sitz hatte: es war in den ersten Jahren der „Schwarze Bär“.

Der Arbeiterinnen-Bildungsverein wurde als Parteiorganisation betrachtet und konnte Delegierte in die Wiener Lokalorgani-

Die Frauen lernen marschieren



sation entsenden. Das war jene Parteieinrichtung, die wir heute unter der Bezeichnung „Wiener Konferenz“ kennen.

Als zu Pfingsten 1891 im „Hotel Union“ der zweite Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie stattfand, durfte der Arbeiterinnen-Bildungsverein zwei Delegierte entsenden. Es waren dies die Genossinnen Viktoria Kofler und Alice Salomon. Viele Frauen waren als Gäste anwesend. Genossin Salomon brachte in formvollendeter Rede alles zum Ausdruck, was mit dem Beirat des Arbeiterinnen-Bildungsvereines, dem Genossen Häfner, vereinbart worden war. Es handelte sich dabei vor allem um die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Fachorganisationen. Obwohl ich nur Gast war, bat ich um das Wort. Ich appellierte an den Parteitag, sich der Arbeiterinnen besonders anzunehmen, da diese nicht nur geistig weit mehr zurück seien, sondern auch unter härterer Ausbeutung leiden als die Männer. Ohne daß ich dies vorausgesehen hätte, stand ich von da an im Mittelpunkt der Arbeiterinnenbewegung. Ich arbeitete täglich elf Stunden in der Fabrik und hatte nur eine kärgliche Existenz. Nun mußte ich nicht nur in Wien fast jeden Samstagabend und Sonntag sprechen, sondern auch an anderen Tagen Versammlungen abhalten. Außerdem erhielt ich zahlreiche Aufforderungen, in die Provinz zu Versammlungen zu kommen. Damals gab es noch keine Entschädigungen für Vorträge oder Versammlungsreden. Durch Sammlungen wurden die Fahrt-

Absammeln gehen
für die Reisekosten



Gustav Häfner

kosten dritter Klasse Personenzug aufgebracht. Die vielen Briefe, die ich erhielt, erforderten eine Antwort. Das Briefporto bedeutete Verzicht auf manches Mittagessen. Der Parteikassier, mein späterer Gatte, hatte auch mit jedem Kreuzer zu rechnen und gab mir den Rat, die Antwortbriefe unfrankiert abzuschicken. Da ich mich dazu nicht entschließen konnte, ging es natürlich auf Kosten meines kärglichen Verdienstes. So traf es auch die anderen Genossinnen, die um diese Zeit für die Arbeiterinnenbewegung zu wirken begannen. Und so auch viele Genossen. Die Partei hatte damals große Ausgaben für all die Opfer des Klassenkampfes, die in Gefängnissen saßen. Die Inhaftierten selbst und ihre Familien mußten unterstützt werden. Die Verfolgungen durch die Staatsanwälte belasteten die Partei schwer. So auch die ständigen Konfiskationen der Zeitungen. Die Partei war klein und hatte nach allen Seiten zu kämpfen.

Die paar Genossinnen, die in den ersten Jahren der Frauenbewegung Versammlungen abhielten, mußten nach Arbeitsschluß, nach 7 Uhr abends, oft stundenlange Wege machen, um in die entferntesten Bezirke zu gelangen. Das Geld für die Straßenbahn konnten sich nur wenige leisten. Selbst hungrig, ermüdet von der elf- oder noch mehrstündigen Tagesarbeit, ging man dann in die Versammlungen, um zu sprechen. Es erschien allen selbstverständlich, einer großen Sache mit Hingebung und Opferbereitschaft zu dienen.

Kein Porto für die
Antwortbriefe

Kein Geld für die
Straßenbahn

Marie Grubinger



Die Bücherei des Arbeiter-Bildungs- vereines

Die wichtigste Voraussetzung für die Tätigkeit der Partei in den Anfangsjahren, war ein heißes Herz für die Leiden der anderen und ein halbwegs klarer Kopf, um die Umwelt beurteilen zu können. Der Arbeiterinnen-Bildungsverein hatte das Glück, in seinen Reihen einige Genossinnen zu haben, die über diese Eigenschaften verfügten.

Was sonst hätten sie mitbringen können? Es gab noch keine Schulen, keine Kurse. Die einmal wöchentlich erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ wurde gewöhnlich konfisziert, und nicht alle hatten die Möglichkeit, in den Besitz der ersten Auflage zu gelangen. Sonst gab es nur noch Broschüren, die fast alle vom Ausland bezogen wurden. Wertvoll war für die Redner die Bibliothek des Arbeiter-Bildungsvereines in Gumpendorf. Auch der Arbeiterinnen-Bildungsverein richtete sich eine Bücherei ein mit den wichtigsten Broschüren, die für die Agitation notwendig waren.

Hier sei erwähnt, daß auch Genossin Anna Boschek im Arbeiterinnen-Bildungsverein ihre erste Schulung erfahren hat. Von der Funktion einer Ordnerin stieg sie zur Bibliothekarin und später zur Rednerin empor. Auch die früh verstorbene Marie Krasa-Nowak, längere Zeit Verwalterin der „Arbeiterinnen-Zeitung“, wurde im Arbeiterinnen-Bildungsverein und später im Döblinger Wahlverein zur Rednerin herangebildet. Marie Grubinger, eine Schneiderin, war in den ersten neunziger Jahren, eine der wertvollsten Mitarbeite-

rinnen. Sie und ich veranstalteten zahlreiche allgemein zugängliche Versammlungen in fast allen Wiener Bezirken und auch in der Provinz. Häufig lösten wir uns dort, wo es noch keine Genossin für diese Funktion gab, so ab, daß wir abwechselnd Vorsitz und Referat führten.

Wir strebten über den Arbeiterinnen-Bildungsverein hinaus und wollten die große Masse der Arbeiterinnen erfassen. Wir gingen selbst an den Abenden vor den von uns einberufenen Frauenversammlungen in die Nähe der Fabriken und klebten kleine Agitationszettel mit der Aufforderung zum Versammlungsbesuch an. Genossen halfen uns dabei. Die Kosten für die Stempel, mit welchen die Anzeigen öffentlicher, nicht durch einen Verein einberufener Versammlungen gestempelt sein mußten, sowie die Kosten für die 500 Zettel, die wir drucken ließen, mußten wir durch Sammlungen aufbringen. Die gesammelten Beträge ließen wir durch andere Genossinnen prüfen und verwahren.

Versammlungs-
redner und
Plakatierer



Klara Zetkin



Emma Ihrer

„Die Arbeiterin“ wurde später in die von Klara Zetkin geleitete „Gleichheit“ umgewandelt.

Auf dem Parteitag 1891 im „Hotel Union“ hatten die weiblichen Delegierten den Antrag auf Herausgabe einer Frauenzeitung gestellt. Der Antrag war der Parteileitung zugewiesen worden. Am 2. Oktober 1891 erschien in der „Arbeiter-Zeitung“ der zu Beginn des Kapitels wiedergegebene Aufruf.

Von den unterzeichneten Genossinnen schieden die meisten aus der Agitation bald wieder aus. Neben dem Redaktionskomitee, das aus den unterzeichneten Genossinnen bestand und das anfangs allmonatlich in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ eine Sitzung abhielt, bestand schon ein Organisationskomitee, dem Genossinnen aus den meisten Bezirken angehörten. Auch dieses Komitee hielt monatlich eine Sitzung ab. Am 1. Jänner 1892 erschien die erste Nummer der „Arbeiterinnen-Zeitung“, redigiert von den Redakteuren der „Arbeiter-Zeitung“. Nur der erste Artikel „Zur Einführung“ war mit Adelheid Dwořak gezeichnet. Nach und nach steuerten alle Genossinnen des Komitees Beiträge über die Erfahrungen bei, die sie in ihrem Beruf gesammelt hatten. Aus dem Ausland waren ständige Mitarbeiterinnen die Genossinnen Luise Kautsky-Freiburger, die Sekretärin von Friedrich Engels, Eleanor Marx-Aveling, die Tochter von Karl Marx, Laura Lafargue, ebenfalls eine Tochter von



Ludwig August Bretschneider



Jakob Reumann

Von der Fabrik in die Redaktion

Karl Marx, und Frieda B e b e l, die Tochter von August Bebel und noch andere. Die Wiener Genossinnen wurden aber bald unzufrieden. Sie fanden, daß das Blatt zu wenig lebendig sei und einen zu männlichen Charakter habe. Schon dem Parteitag, der zu Pfingsten 1892 in den „Drei-Engel-Sälen“ in Wien stattfand, lag der Antrag der Genossinnen vor, eine selbständige weibliche Redaktion einzusetzen. Die drei weiblichen Delegierten, es waren wieder Viktoria Kofler, dann Marie Grubinger und Adelheid Dwořak, begründeten den Antrag. Von Parteitagsdelegierten wurde eingewendet, es gebe noch keine Genossin, die den Befähigungsnachweis zur Redakteurin erbracht hätte. Wir fragten die Genossen, die aus Arbeiterkreisen kamen und Redakteure von Parteiblättern waren, wie sie den Befähigungsnachweis erbracht hätten, ehe ihnen Gelegenheit gegeben war, bei solcher Arbeit tätig zu sein. Viktor Adler sagte, die Ausführungen der weiblichen Delegierten seien der beste Befähigungsnachweis. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In einer Plenarversammlung der Wiener Genossinnen wurde mir die Schriftleitung übertragen. Am 15. Oktober 1892 sollte ich meine neue Tätigkeit aufnehmen. Ich hatte acht Jahre in ein und derselben Fabrik gearbeitet und mir dort einigermaßen Ansehen, nicht nur unter den Kollegen und Kolleginnen, sondern auch bei dem Chef erworben. Jetzt verließ ich diese Fabrik,

um einem doch etwas ungewissen Schicksal entgegenzugehen. Niemand konnte voraussehen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ Fortschritte machen werde, es galt un bebauten Boden zu bearbeiten.

Ich könnte nicht behaupten, daß mir die ersten Schritte in die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in der Amerlingstraße leicht gefallen sind. Obwohl ich in der Öffentlichkeit mutig und energisch erschien, besonders wenn ich es mit überwachenden Polizeikommissären zu tun hatte, war mir innerlich nicht so zumute. Bangigkeit, Schüchternheit, Herzklopfen erfüllten mich unter scheinbar ruhiger Außenseite. Die Genossen Bretschneider und Reumann, die damals als Redakteure und Sekretäre tätig waren, nahmen mich zwar freundlich und lebenswürdig auf und wiesen mir meinen Platz am Sitzungstisch in der Mitte des Zimmers an. Für einen dritten Schreibtisch in Fensternähe wäre in dem einen Zimmer, aus welchem Redaktion und Sekretariat bestanden, nicht Platz gewesen. Es war ein ungemütlicher Oktobertag, der 15., an welchem ich in der Redaktion zu arbeiten begann. Die Genossen rieben sich fröstelnd die Hände.

Ich froh auch und hätte gern meine Kunst im Feuermachen gezeigt, aber eines stand mir vor Augen: daß es wichtig sei, den Genossen gleichwertig zu erscheinen. Dazu mußte ich alles unterlassen, was mich zur „weiblichen Hilfskraft“ gestempelt hätte. Damals betrachtete man ja die Frauen im allgemeinen als nur für häusliche Arbeiten bestimmt, und diese schätzte man gering ein, obwohl man sie zur Bequemlichkeit nicht entbehren konnte. Ich hatte Angst, schließlich als „Mädchen für alles“ behandelt zu werden und ließ alle Stoßseuizer nach Heizung ungehört. Und schließlich war es der der Frauenbewegung immer wohlgesinnte Genosse Reumann, später der erste sozialdemokratische Bürgermeister Wiens, der ans Werk ging und Feuer machte. Am nächsten Tage tat es der sehr lebenswürdige Genosse Ludwig A. Bretschneider. Dann sagte ich mir, daß mir nun nichts geschehen könne, wenn auch ich mich in gleicher Weise betätige.

In einem kleinen Nebenzimmer wohnte der Parteikassier und Administrator der „Arbeiter-Zeitung“, Julius Popp. Er machte den Eindruck großer Kränklichkeit, ich hatte Mitleid mit ihm. Ein grauseidenes Tuch um den Hals, saß er bei seiner Arbeit am Schalter in der Gumpendorferstraße. Als die Kälte immer größer wurde, wartete ich jeden Tag, bis die Genossen

Wer heizt zuerst ein?

Arbeiterinnen-Zeitung.

Redaktion:
No. 4, ...

Erscheint jeden 1. und 3. Freitag im Monat.

Abonnenten:
No. 4, ...

Abonnementbedingungen: ...

Zur Einführung

Arbeiterinnen! Wie nun ein gewinnbringendes Unternehmen, nicht um eine Existenz handelt es sich bei Herausgabe dieser Schrift.

Die ernstlich interessierten Arbeiterinnen und es, die diese Schrift vertreten soll. Die gedrängte Frage aller Lohnarbeiterinnen macht es zur dringenden Pflicht, daß endlich ein Mittel gefunden werde, mit welchem es möglich ist, alle gedrücktesten Klagen und Beschwerden der weiblichen Arbeiter in die Öffentlichkeit zu bringen; denn gewiss viele von uns haben zu leiden unter schlechten Löhnen und Arbeitsverhältnissen; viele werden fragen können über unannehmliche Befehlsbefehle, seitens der Arbeitgeber und ihrer zur Ansehung und Anrechnung bestellten Organe.

Alle Arbeiterinnen, ohne Unterschied, alle leiden unter der Arbeitslosigkeit, Brutalität und Ausbeutung ihrer sogenannten Herren. Viele der Lohnlosen arbeiten vom anstehenden Morgen bis in die letzte Nacht, während Tausende ihrer Mitmenschen arbeitslos die Thore der Fabriken und Werkstätten besäugen, weil es ihnen nicht möglich ist, lohnlich Arbeit zu erhalten, um sich vor Hunger zu schützen und ihren Körper nothdürftig zu erhalten. Und wie weit reicht der Lohn selbst für so lang anhaltende Arbeit!

Ist es der unerschütterliche Arbeiterin möglich, ein menschenwürdiges Dasein zu führen? Und erst die verachtete Arbeiterin? Ist es ihr möglich, trotz unzureichender Arbeit für ihre Kinder in ersterbedürftiger Weise zu sorgen? Wird es nicht häufiger und dardem, um für dieselben das Nothwendigste herbeizuschaffen?

Gleichheit!

Was heißt Gleichheit? ...

Die Wohnung der Arbeiterinnen war sehr geringfügig. Alles stand am richtigen Platz, was, leicht und modern, und nicht nur so einfach, als wenn es das Merkmal von Arbeiterwohnungen dieser Jahre gewesen wäre.

Was war es auch im Grunde; aber der Braut, welcher dieses Glück herrt, mußte nichts von diesen Anforderungen oder von Anforderungen überhaupt.

Das Haus ihrer Eltern war nicht gerade prächtig, aber der Vater hätte doch große Einnahmen, und die Lebensverhältnisse der Familie waren recht behaglich. Es ging nach nicht an, einem Mädchen bei der Geburt eine Summe, welche der Vater zur Verfügung gegeben, gleich auszugeben, obwohl es gemäß gut gewesen wäre, wenn man von Mädchen bei der Geburt keine Summe einforderte oder nur halb einforderte. Denn zu diesen Zwecken war auch die Summe, welche der Vater zur Verfügung gegeben, gleich auszugeben, obwohl es gemäß gut gewesen wäre, wenn man von Mädchen bei der Geburt keine Summe einforderte oder nur halb einforderte.

Aber dem jungen Mädchen schien es so leidenschaftlich nach, wenn sie von dem schönen Herrn, welchen von dem Vater erhalten wurde, sprach, der nur doch, bei von ihrer Schönheit nicht erwidern konnte, nicht waren dem alten unwilligen sollte. Nicht so wie und schöner Zimmer natürlich — gerade das war ja nichtig und unanständig — aber doch nicht weniger.

Wie die glückliche Heirat ihre letzten Schritte auf den Heiliger Tempel in ihrem eigenen Wohnzimmer geführt hatte, war sie ganz einfach über die andere Seite; denn auch nach ihr es ganz in der Ordnung, daß sie dieses Mädchen und für nicht haben sollte, gerade so, wie sie in ihrem jungen bethörtigen Leben alles mit zum Glück erhalten über daß sie selbst niemals einen Finger gerührt hätte.

Sie dachte nicht einmal da über nach, was wenn sie alle diese Mädchen besonnen hätte. Sie glaubte, alles sei von ihrem Vater und damit hatte das Glück ein Ende. Und daß jeder einzelne Mann Gegenstand in ihrer Wohnung eine Geschichte hatte, daran dachte sie nicht im geringsten. Oder richtiger gesagt, sie dachte, daß gerade das Lustig an ihrem Herrn der Liebhaber war, daß es da lag nur eine blasse Kugel, auf welche sie, für und zu, ihren Weibchen überlassen sollte.

Sie hatte Weisheit für Amantitäten und schlug einmal vor, einmal alle Weibchen zu lassen. „Wie gelassen die alten Sitten zu sein“, sagte er; „die sind ja interessant — sie haben eine Geschichte!“

Es ist die Frage der weiblichen Arbeiter, und wenn wir da mäßig zuhören, so wird sie sich nie zum Besseren wenden, im Gegentheil, wir werden immer mehr getreten und ausgelesen. Am ober doch wenigstens Aufmerksamkeit über diese stehende Lage endlich herbeizuführen, wurde dieses Blatt herausgegeben, und an Euch, Arbeiterinnen, ist es, zu zeigen, daß ihr noch nicht gänzlich verfunken und gering verkommen seid, daß ihr den wahren Wert Eures Organes erkennet.

Dieses Blatt macht es jeder Einzelnen möglich, Alles, was sie im Arbeitsloft ungerichtet zu erhalten hat, veröffentlichten zu können. Hier kann jede Einzelne Protest erheben gegen jede Noth und ungeredrigste Verhöhnung.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ macht es Euch möglich, alle gemüthlichen Ausbrüche an den Bräutigam zu stellen, und nicht nur das allein ist es, das Frauen auch zum politischen Kampf erziehen, den Geist der Zusammengehörigkeit mit dem ganzen Proletariat pflegen und die Erkenntnis verbreiten, daß wir nicht abliebs von einander stehen sollen, sondern daß wir, männliche und weibliche Arbeiter, und zum treuen Bunde die Hände reichen sollen.

Arbeiterinnen! Verschließt Euer Ohr nicht der Bitte, die an Euch gerichtet wird; Kauft und lest die „Arbeiterinnen-Zeitung“, seht unermüdetlich für ihre Verbreitung, und wenn Ihr die geringste Mühe habt, dann geht sie auch den Fernsten. Denjenigen, die so niedrige Löhne haben, daß sie auf ihr farges Alltagsbrot verzichten müßten, wollten sie sich dieses Blatt kaufen, denn nur dann kann die „Arbeiterinnen-Zeitung“ voll und ganz ihren Zweck erfüllen, wenn alle Arbeiterinnen sie lesen.

„Ich will aber nicht, daß meine Weibchen eine andere Geschichte haben sollen, als die andere.“ antwortete sie mit einem Schelm, welches die Heirat mit einem Schelm mit den reichsten Hoffnungen erfüllte. So hatte er die neuen, ein wenig banalen, modernen Weibchen mit gelüster Leidenschaft, denn er wußte ja, daß diese Weib und Weibchen besonnen waren, durch die Geschichte seiner Ehe, denn er hatte nicht von zwei verlässigsten Dingen bezeugt wurde. Er sah, daß dieser schöne Traum eine Illusion war; obgleich weder er noch sie daran dachte, so boten die Weibchen eine Geschichte, und nicht gerade die allerschlimmste.

Der Tempel ergriffte von vielen armen Weibern in Frankfurt, merkte sich vom Koran bis hinein plagen und schmerzen für einen erdennlichen Lohn, das alle Stunden und Jettreutungen. Der gekannte Tisch brüchete von einem gelassenen Buchhalter, welcher davon schliefte, stillbar zu werden und einmal einen Schritt in der akademischen Schule erlangen sollte, aber wegen Mangel an den nöthigen Mitteln als Posthalter bei einem Weibchen davon mußte, der ihm auch den ersten Teil davon gab, und er ihn durch seine allseitige Weibchen einbrachte. So gar die Weibchen in Schanzel ergriffen unvorsichtige Weibchen von Weibchen, bedürftigen Sorgen — ja, selbst die Klüßeligen werden durch unerschöpfliche Sorg — von jungen Mädchen mit Ausbeutung in den Reihen, durch die Ehepartnerberathung verurteilt.

Wie das Schicksal, das jugendlich überlebte und erwartungslos Erprobte in dem Mädchen dem man viel Weisheit; in Heiligkeit, Bitterkeit und von unermesslichen Verleumdungen.

Wie eine Perle unter den unerschöpflichen Weibern, nahm die junge Weibchen, hoch und ihre unerschöpflichen Weisheit über, diese behagliche Wohnung in Befehl, auch nicht einen einzigen hübschen Weibchen widerstehen für all den unerschöpflichen Schönen, deren Arbeit und Entlohnung sie jedem einzelnen Weibchen, welcher man ihr Leben bezeugt und anerkennen möchte sollte, zu verdienen hätte. — nicht etwas demegnen, weil Weisheit das Nicht hat von Weibchen Weibchen zu leben. „Dies, glaube sie, ist die Wahrheit, sie lebt nur von der Arbeit ihrer Mütter, und er müßte ja natürlich jene Frau strafen. Hier ist keine, daß es doch eigentlich eine Weibchen hat einen erdennlichen Weisheit ist, etwas Weisheit zu verdienen, als was ihr ihre Unterhaltung zu sorgen. Sie möchte sich möglich machen, die jungen Mädchen hätte sie nicht nicht gut zu thun erlaubt, auszugehen und Weisheit Unterricht in Sprachen und Weisheit, das sie gewonnen hätte. Nach war sie in einem Weisheit gemessen, welcher arme Weibchen mit Weisheit.

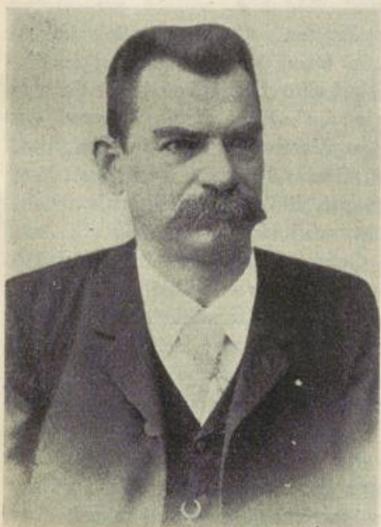
fort waren, und übernahm dann die Stelle eines Heintzelmannchens. Ich ging in das Zimmer des Genossen Popp und machte Feuer. Genosse Popp erging sich in Lobeserhebungen für die Bedienerin, die sein Zimmer wohlrig und warm machte.



Meine eigentliche Arbeit in der Redaktion war, Notizen und Artikel für die „Arbeiterinnen-Zeitung“ zu schreiben. Sowohl Viktor Adler als auch Jakob Reumann boten mir in

zartester Weise ihre Hilfe an. Sie lasen meine Korrekturen, lehrten mich die Satzzeichen unterscheiden, wann ich ein einfaches und wann ein doppeltes s anzuwenden hätte, und sie taten es so, daß ich niemals das Gefühl der Demütigung hatte. Beide Genossen waren von dem Gedanken geleitet, der Bewegung eine brauchbare Kraft zu erziehen.

Meine Lehrer



Julius Popp

Die erste Ver- sammlung arbeitsloser Frauen

!! Achtung, Arbeiterinnen!!

Freitag den 9. Dezember, 2 Uhr nachmittags

Versammlung der arbeitslosen Frauen

im Saal „zu den drei Engeln“, IV. Große Neugasse.

Tagesordnung: Die Arbeitslosigkeit der Frauen, ihre Ursachen und ihre Folgen Referentin: Genossin Adelheid Dwořak.

Genossinnen und Genossen! Sorgt für massenhaften Besuch arbeitsloser Frauen!

Im Winter 1892 war die Arbeitslosigkeit besonders groß. Es wurden viele Versammlungen für Arbeitslose abgehalten, in welchen neben Jakob Reumann oft auch ich referierte. Wenn ich als Referentin angekündigt war, kamen immer mehr Frauen, als sonst, so daß wir den Beschluß faßten, eine eigene Versammlung arbeitsloser Frauen in die „Drei-Engel-Säle“ einzuberufen. Die Frauen kamen in Scharen. Außer ihnen zwei Polizeikommissäre. In beängstigender Enge standen die Frauen Kopf an Kopf, viele mit dem malerischen Spitzentuch, das man damals trug. Gespannt lauschten sie. Die Versammlung machte so großen Eindruck, daß sich die bürgerlichen Zeitungen mit ihr beschäftigten. Die „Neue Freie Presse“ brachte eine Notiz, in welcher sie die Rednerin das Sprachrohr der Parteileitung nannte, die nur eingelernte Phrasen vorzutragen hatte. Darauf schrieb Viktor Adler in der „Arbeiter-Zeitung“:

„Die Versammlung arbeitsloser Frauen und Mädchen, welche am letzten Freitag stattfand, war von einigen hundert Frauen und einer großen Anzahl arbeitsloser Männer besucht. Die Genossin Dwořak hielt ein ausgezeichnetes Referat und dient deshalb als Zielscheibe hämischer Angriffe von seiten der liberalen Presse. So nennt sie die »Neue Freie Presse« das Sprachrohr der Parteileitung, welche es im Vortrag der ihr in den Mund gelegten Reden zu einer bemerkenswerten Gewandtheit gebracht hat. Dem Organ des Pöbels in Seidenhüten sei mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Parteileitung ein Sprachrohr nicht braucht, weil sie selbst über ein ganz kräftiges Mundstück verfügt und daß die Genossin Dwořak nicht Aufsätze anderer Leute auswendig zu lernen braucht, weil sie selbst befähigt ist, Material zusammenzustellen und Referate auszuarbeiten, übrigens als Mitglied des Wiener Lokalausschusses bereits seit geraumer Zeit Erfahrungen und Wissen gesammelt hat. Wir begreifen es vollständig, daß es der »Neuen Freien Presse« und ihren Lesern unbegreiflich ist, wie eine Korkstoppelarbeiterin selbständig genug werden und Wissen genug haben kann, um zu sprechen, wie Genossin Dwořak. Wenn wir nicht andere Weiber kennen würden als die Zierpuppen und Modedamen der Bourgeoisie, würde es uns selbst unglaublich erscheinen. Aber die proletarische Bewegung schafft eben

merkwürdige Dinge. An Stelle der »unverstandenen Frauen« der Bourgeoisie setzt sie die Frau, die etwas versteht.“

Das „Neue Wiener Tagblatt“ beschrieb die „Roben“, die in der Versammlung getragen wurden und konnte sich in Schmähungen nicht genug tun; die Referentin hatte in Wirklichkeit ein Kleid an, das sie um zwei Gulden fünfzig Kreuzer in einer Garderobe für abgelegte Herrschaftskleider gekauft hatte. Der bürgerlichen Presse schien es eine „Cremerobe, reich mit Spitzen geziert“ zu sein. Nur das „Interessante Blatt“ verhielt sich anders. Es brachte ein Bild, das die Massen der Frauen, die beiden Regierungsvertreter und zwischen ihnen die Rednerin zeigte. Dieses Blatt schrieb am 22. Dezember 1892:

„Die Not in Wien treibt merkwürdige Blüten. Die Frauen treten in die Öffentlichkeit und rufen energisch nach Arbeit und Brot, die ihnen ihre Männer nicht verschaffen können.

Schon hatte man sich an den Anblick hungernder, arbeitsloser Männer gewöhnt, schon achtete man nicht mehr auf die Hilferufe der Arbeiter nach Verdienst, und jene Volksversammlungen, die von Tausenden und aber Tausenden besucht werden, um in denselben ihr Elend schildern zu hören, und ihre Not machen keinen Eindruck mehr und sind etwas Alltägliches geworden.

Nun sind die Frauen der Arbeiter zur Aktion aufgerufen worden, und sie haben denn auch dem Rufe Folge geleistet. Mehrmals in der Woche finden nun diese Versammlungen des Elends statt, an denen die Frauen in immer größerer Zahl teilnehmen und mit Begeisterung die Reden hören, welche sich mit ihnen und ihrem traurigen Schicksal beschäftigen. Denn wenn schon die Lage der arbeitslosen Männer eine verzweifelte ist, so läßt sich die der Frauen kaum noch schildern. Der Mann kann wenigstens versuchen, wenn er in seinem Beruf keine Arbeit findet, sich durch schwere Tagelöhnerarbeit einen Verdienst zu schaffen, aber der Frau fehlt dazu die Kraft; sie, die dazu berufen ist, ihre Kinder zu erziehen und zu pflegen, kann sich, wenn die Not sie dazu treibt, wohl entschließen, leichte Arbeiten zu verrichten, um ihrem Manne den Kampf um das tägliche Brot zu erleichtern, aber sie kann nicht jede Arbeit auf sich nehmen, wie der Mann, selbst wenn sie ihre Kinder verhungern sieht und sie selbst dem Elend ausgesetzt ist. Deshalb hat die Agitation, welche von der Arbeiterinnenführerin Adelheid Dwořak eingeleitet wurde, einen solch unerwarteten Erfolg, und finden die Ausführungen der Einberuferin einen solchen Beifall in den Versammlungen der arbeitslosen Frauen von Wien.

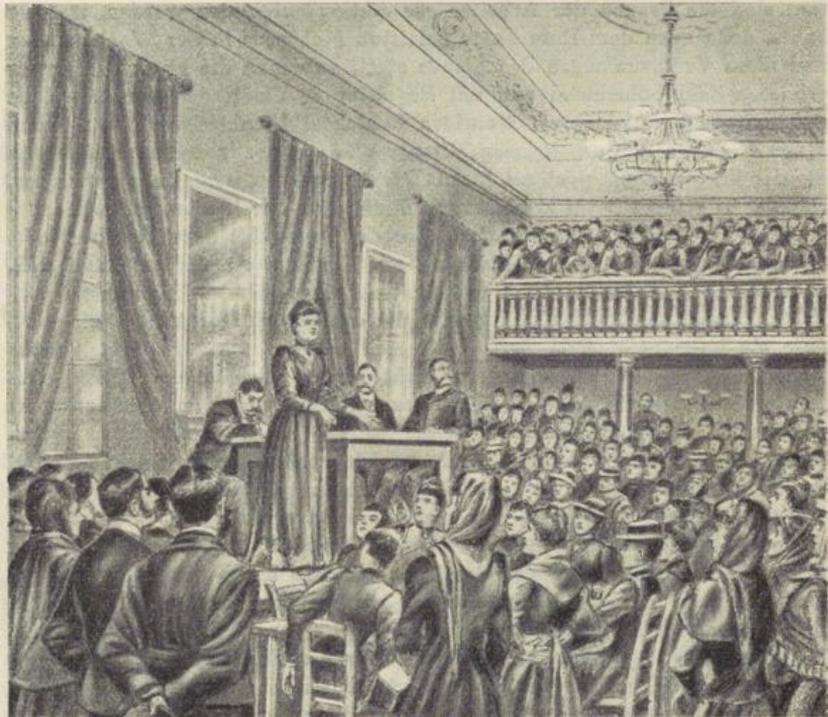
Unsere Illustration stellt eine solche Frauenversammlung, welche vergangene Woche stattfand, vor. Adelheid Dwořak, die Einberuferin der Versammlung, entwickelte von der Rednertribüne herab die Prinzipien der sozialistischen Partei, deren treueste Anhängerin sie ist. Das kaum zwanzigjährige Mädchen, das noch bis vor kurzer Zeit als Arbeiterin in einer Korkfabrik gegen einen Wochenlohn von sechs Gulden arbeitete und von demselben ihre alte Mutter ernährte, hat sich durch fleißiges Selbststudium zur Leiterin der „Arbeiterinnen-Zeitung“ emporgeschwungen, und handhabt jetzt die Feder ebenso glänzend wie das Wort. Wenn sie auch

Die „von Herrschaften abgelegte“ Cremerobe

Eine wohlwollende Würdigung

als sozialistische Schriftstellerin sich nicht viel mehr verdient wie früher als einfache Arbeiterin, so scheint ihr doch das Bewußtsein, eine führende Rolle unter den Arbeiterinnen einzunehmen, Befriedigung zu gewähren, und mit jenem Feureifer, mit dem sie, das ungebildete Mädchen, sich zur Schriftstellerin heranzubildete, betreibt sie die sozialistische Agitation, deren Werk die Versammlungen der arbeitslosen Frauen von Wien sind.“

Die Versammlung in den „Drei-Engel-Sälen“





Engelbert Pernerstorfer



Dr. Kronawetter

Die Frauen fordern das Wahlrecht

Im selben Winter des Jahres 1892 wurde im alten Rathaus eine vom „Österreichischen Frauenverein“ einberufene Frauenwahlrechtsversammlung abgehalten. Dieser Verein war später entstanden als der Arbeiterinnen-Bildungsverein. Eine Gruppe freisinniger Frauen aus bürgerlichen Kreisen stand an seiner Spitze, vor allem Auguste Fickert, die wir schon als eine der Vortragenden im Arbeiterinnen-Bildungsverein genannt haben. Der Verein hatte die Erringung der bürgerlichen Rechte für die Frauen in seinem Programm. Ein österreichischer Frauentag, der für denselben Winter einberufen war, sollte das Richtziel dieser Vereinigung festlegen. Die Genossinnen waren zur Teilnahme eingeladen, sie hielten es aber für notwendig, von allem Anfang an eine Scheidung zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung vorzunehmen. Sie lehnten die Teilnahme am österreichischen Frauentag ab und in einer großen Arbeiterinnenversammlung beim „Luchsen“ in Lerchenfeld wurde an dem geplanten Frauentag Kritik geübt und in einer Entschliebung die Trennung der Arbeiterinnen von den bürgerlichen Frauen festgelegt. Vielleicht war damals schon durch diesen Beschluß der Weg vorgezeichnet worden für die Richtung, die die österreichische sozialdemokratische Frauenbewegung immer genommen hat. Der Frauentag unterblieb, aber es wurde die schon erwähnte Frauenwahlrechtsversammlung einberufen. Die Abgeordneten Dr. Kronawetter und

Ich staune, meine Damen, daß Sie nicht zur Türe hinausgerannt sind

Graf Wenzel Kaunitz, beide unbedingte Anhänger des Frauenwahlrechtes, waren die Referenten. Dr. Kronawetter war Demokrat, Graf Kaunitz war Mitglied der Partei der Jungtschechen, das war die demokratische Richtung unter den tschechischen Abgeordneten. Nachdem beide Herren ihre Reden gehalten hatten, meldete ich mich zum Worte. Ich war mit einer größeren Anzahl von Genossen und Genossinnen dort erschienen, um auch für die proletarischen Frauen das Wahlrecht zu reklamieren.

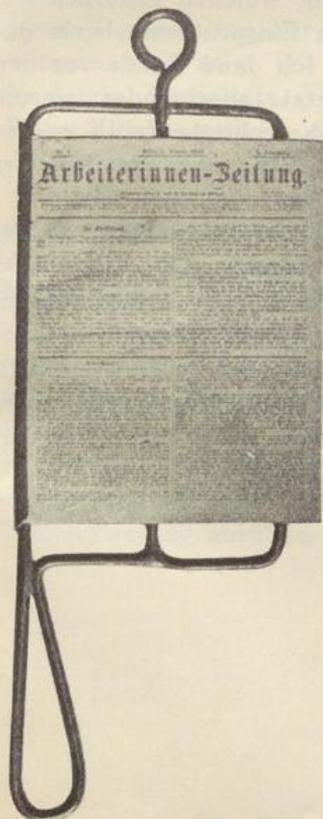
Man muß sich die Zeit vergegenwärtigen, in der dies vor sich ging. Sieben Jahre, von 1884 bis 1891, hatte die Arbeiterschaft unter dem Drucke des Ausnahmezustandes gelebt. Selbst geschlossene Versammlungen, die berühmten §-2-Versammlungen, unterlagen der polizeilichen Kontrolle. Kein Wort konnte ohne polizeiliche Aufsicht gesprochen werden. Der Arbeiterinnen-Bildungsverein bestand noch keine zwei Jahre, von den arbeitenden Frauen wurde keine Notiz genommen, und da meldete sich in diesem Kreise bürgerlicher, elegant gekleideter Damen eine junge Arbeiterin zum Worte. Ich forderte nicht nur das Wahlrecht für die arbeitenden Frauen, ich sprach auch über die Prostitution und übte Kritik am damaligen Wiener Gemeinderat. Hatte nicht Gemeinderat Silberer den Ausspruch getan, „die Prostitution ist zwar ein Übel, aber ein notwendiges Übel“? Es hatte sich damals um Verweisung der promenierenden Mädchen aus bestimmten Gassen der Inneren Stadt gehandelt. Ich führte in der Versammlung aus, wenn man von den Prostituierten, von welchen viele nur durch Not, Arbeitslosigkeit, Hunger und Verführung zu diesem Beruf gekommen sind, Steuern einhebe, so müsse man diesen Frauen auch das Wahlrecht geben.

Ich sprach über die Entwürdigung und Ausnützung dieser Frauen, auf die alle wie auf Aussätzige mit Verachtung blicken, selbst die Nutznießer dieser verachteten Frauen.

Nachdem ich meine Rede beendet hatte, erhob sich eine der bürgerlichen Frauen. Es war Frau Ottilie Turnau, die Gattin eines Wiener Rechtsanwaltes. Sie sagte: „Ich staune, meine Damen, Sie haben hier ein junges Mädchen über Prostitution sprechen gehört und sind nicht zur Türe hinausgerannt! Sie haben den Mut gehabt, die Rede zu Ende zu hören, ohne bei dem Worte »Prostitution« die Augen schamhaft zu Boden zu schlagen.“ Und in dieser Weise ging es weiter. Das war selbstverständlich ironisch gemeint. Als ich nach Schluß der

Versammlung mit den mich begleitenden Genossen und Genossinnen den Saal verließ, wurde ich draußen mit Händedrücken und anerkennenden Worten empfangen. Unter den Frauen, die mir Beifall zollten, war auch die Gattin des damals noch bürgerlichen Abgeordneten Engelbert Pernerstorfer, unsere spätere Genossin Anna Pernerstorfer, die so wie ihr Gatte der Bewegung schon damals nahestand.

Händedrücken und Anerkennung



Die ‚Arbeiterinnen-Zeitung‘ vor dem Holzinger-Senat

Zur Propaganda für die „Arbeiterinnen-Zeitung“ hatten Genosse Dr. Schacherl, der immer ein Freund der Arbeiterinnenbewegung war, und ich den Plan gefaßt, eine eigene Nummer in Miniaturformat herauszugeben. Das Frauenorganisationskomitee billigte diesen Plan und wir ließen in großer Auflage eine Nummer der „Arbeiterinnen-Zeitung“ erscheinen. Das Format war fast nicht größer als unsere heutigen Parteimitgliedsbücher.

Genosse Schacherl und ich schrieben die Artikel. Der Staatsanwalt konfiszierte einen großen Teil des Inhalts, und ich als die verantwortliche Redakteurin meldete Berufung gegen die Konfiskation an. Es war im Winter 1893, als ich mit meinem Anwalt Dr. Karl Ornstein vor dem berühmten Holzinger als Vertreterin des Einspruchs erschien. Es war für das Gericht ein Ereignis, ein Mädchen am Verteidigertisch und nicht auf der Anklagebank vor dem Gerichtshof zu erblicken. Immer wenn ich Dr. Ornstein zufällig irgendwo traf, versetzte er sich in die damalige Zeit und erzählte mir, welchen Eindruck auf Holzinger das Erscheinen der jungen Einspruchswerberin gemacht habe. Und ich hatte Glück, ich fand Gnade vor den Augen des Holzinger-Senates. Ich setzte auseinander, warum ich die konfiszierten Artikel als eine berechtigte Kritik an den bestehenden Gesellschaftszuständen ansehe und ein Teil der konfiszierten Stellen wurde freigegeben.

Diese Miniatur-„Arbeiterinnen-Zeitung“ wurde in 20.000 Exemplaren verbreitet, eine für damalige Begriffe schier unerhörte Auflage. Nur der Schwurgerichtsprozeß der „Arbeiterinnen-Zeitung“, der 1895 geführt wurde, erreichte in der Broschüre „Freie Liebe und bürgerliche Ehe“ eine noch größere Auflage. Die Konfiskation war erfolgt wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“, wegen „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ und wegen „Herabwürdigung der Religion“.

Am 10. Juli 1893 wurde von der sozialdemokratischen Partei eine denkwürdige Versammlung in den Arkadenhof des Wiener Rathauses einberufen. Die Versammlung war zwar zuerst verboten worden, aber die Partei war entschlossen, den Kampf um das Wahlrecht mit aller Kraft und allem Nachdruck zu führen. Trotz dem Verbot wurde die Versammlung an der Spitze der „Arbeiter-Zeitung“ angekündigt. Zum erstenmal wurde im Arkadenhof eine Rednertribüne aufgebaut, und viele, viele Männer, aber auch Frauen waren gekommen. Obwohl die Arbeiterinnenbewegung noch so jung, noch so klein, noch so unbedeutend war, hatte der Parteivorstand dennoch beschlossen, auch mich als Rednerin zu bestimmen. Natürlich hat niemand für möglich gehalten, daß das Wahlrecht für die Frauen in greifbarer Nähe sein könnte, aber es galt, den Grundsatz der Gleichberechtigung zu proklamieren. So konnte zum erstenmal in einer großen, der ganzen Welt sichtbaren Kundgebung der Ruf nach dem Frauenwahlrecht durch eine Frau selbst erhoben werden.

Diese Versammlung war der Auftakt zu den großen Wahlrechtskämpfen der Partei. Oft gab es Zusammenstöße mit der Polizei, Verletzte, Verhaftete, Verurteilte.

Diese Kämpfe endeten mit der Eroberung des Wahlrechtes für die fünfte Kurie. Welche Nichtswürdigkeit, dieses Kurienwahlrecht! Es war Raub und Betrug an den Arbeitern, denn in den ersten vier Kurien wählten die Bevorrechteten, die Gebildeten, die Reichen, die Hausherren, die Geschäftsleute, und erst in der fünften Kurie die Arbeiter. Aber alle, die schon in den ersten vier Kurien gewählt hatten, konnten in der Kurie der Arbeiter noch einmal ihre Stimme abgeben und so das Proletariat um die Früchte seiner Kämpfe betrügen.

Die Frauen hatten selbstverständlich beim Kurienwahlrecht nicht mitzuwählen. Die Großgrundbesitzerinnen waren zwar wahlberechtigt, aber sie konnten das Wahlrecht nur durch Stellvertretung ausüben.

Die große Wahlrechts- versamm- lung im Arkadenhof

Die erste sozialdemokratische Frauenwahlrechtsversammlung

Amalie Ryba-Seidel



Die im vorigen Kapitel geschilderte Wahlrechtsversammlung im Arkadenhof hatte die Arbeiterbewegung in rascheres Tempo gebracht. Zugleich wollten die Frauen nicht nur für das Wahlrecht der Männer mitkämpfen, sondern einen selbständigen Kampf um das Wahlrecht der Frauen führen. So wurde am 1. Oktober 1893 eine Frauenversammlung in die „Penzinger Au“ einberufen. Die Rednertribüne war im Freien errichtet. Etwa 1000 Frauen und viele Männer waren gekommen. Es war ein schönes, erhebendes Bild, diese große Menge von Frauen, zum großen Teil mit Kopftuch, das von den Frauen des Volkes damals häufiger getragen wurde als der Hut.

Ich führte den Vorsitz und eröffnete. Lotte Glas (Pohl) und Amalie Ryba (Seidel) hielten die Referate. Zwei Polizeikommissäre thronten auf dem Podium. Das erregte damals kein besonderes Aufsehen. Wer in Versammlungen ging, war gewohnt, von der Polizei überwacht zu werden, von den uniformierten Kommissären am Rednertisch und von den Spitzeln in Zivil in der Masse. Am Ende der Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

Resolution zum Frauenwahlrecht am 1. Oktober 1893.

In Erwägung, daß die Arbeiterinnen unter derselben ökonomischen Unterdrückung zu leiden haben wie die arbeitenden Männer;
in weiterer Erwägung, daß dieser entwürdigende und für die Gesellschaft gefährliche Zustand auf ökonomischem Gebiet auch in der politischen Rechtlosigkeit seinen Ausdruck findet;

in weiterer Erwägung, daß nur die Eroberung der politischen Macht diesem

System ein Ende bereiten kann und zur Erreichung dieses Zieles gemeinsamer Kampf gegen gemeinsame Ausbeutung notwendig ist, fordert die am 1. Oktober 1893 tagende Versammlung der Arbeiterinnen: als vornehmstes Kampfmittel das aktive und passive, allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper, für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes vom 21. Lebensjahre an und erklärt, mit aller Kraft, aller Entschiedenheit und allem Opfermut im begonnenen Kampf mitzustritten und ihn bis zum endgültigen Siege durchzuführen.

Beide Referentinnen wurden angeklagt. Lotte Glas wurde beschuldigt, die „Ehrfurcht vor Mitgliedern des kaiserlichen Hauses verletzt“ zu haben. Auch das kam in der damaligen Zeit öfter vor. Thron, Altar und Militarismus waren die Heiligtümer, die am raschesten zu beleidigen waren. Gleich nach ihnen kam der Kapitalismus. Die beiden Genossinnen mußten vor dem Holzinger-Senat als Angeklagte erscheinen. Holzinger war jener schon erwähnte Richter, der während des Ausnahmezustandes die Aufgabe hatte, angeklagte Sozialisten abzuurteilen. Er war allgemein gefürchtet und wurde Blutrichter, Bluthund genannt. Seine drakonischen Urteile erregten Entsetzen. Auch Lotte Glas sollte den Blutrichter kennenlernen. Sie wurde zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt. Nicht nur die Parteigenossen waren entsetzt, auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit machte dieses Urteil Aufsehen. Unter dem ersten Eindruck des harten Urteils schrieb Viktor Adler einen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, der zur Aufhebung des Urteils sicherlich viel beigetragen hat. Es wurde vor einem menschlicheren Vorsitzenden eine neue Verhandlung anberaumt. In dieser Verhandlung handelte es sich darum, festzustellen, wer in der Versammlung besser hören konnte: die Vorsitzende oder die Regierungsvertreter. Während der Versammlung war nämlich ein starker Wind gewesen, die Windrichtung war aber so, daß die Vorsitzende besser verstehen konnte als die Polizeikommissäre. Nach den Aussagen der Kommissäre sollte Lotte Glas gesagt haben, daß die Erzherzoge als Mitglieder des kaiserlichen Hauses schon mit 18 Jahren dem Herrenhaus angehören und demnach Gesetzgeber seien. Daran soll sie die Worte geknüpft haben:

„... die Erzherzoge haben ein schlechteres Herz für das Volk.“ Demgegenüber behauptete ich: die Rednerin habe gefragt: „Haben die Erzherzoge ein besseres Herz?“, was auch viel logischer war als der von den Regierungsvertretern behauptete Wortlaut. Das Berufungsgericht schloß sich der günstigeren Auffassung an und sprach Genossin Glas frei.

Für Thron, Altar
und Militarismus
aller Schutz der
Gerichte

Arrest und Schubwagen für Kritiker an den Zuständen

Amalie Ryba wurde wegen derselben Versammlung vom Holzinger-Senat wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ zu drei Wochen Arrest verurteilt. Die verlesene Polizeinote enthielt den Vermerk: „Amalie Ryba führt einen leichtsinnigen Lebenswandel, weil sie oft nach 10 Uhr abends nach Hause kommt.“ Die drei Wochen Arrest, die Genossin Ryba absitzen mußte, waren nicht die einzige Strafe, die ihr zugedacht wurde. Sie war nach einem böhmischen Dorfe zuständig und sollte nach Verbüßung der Strafe ihrer Heimatgemeinde überstellt werden. Sie war damals kaum 18 Jahre alt, Arbeiterin, und wohnte bei ihren Eltern. Ihr Vater und ihr Verteidiger hatten viele Mühe, die Abschiebung zu verhindern.

Die zweite Frauenwahlrechtsversammlung fand im Dezember 1893 in den Schwender-Sälen in Fünfhaus statt. Auch dort wurde eine Resolution, ähnlich der in der „Penzinger Au“, beschlossen.

Man sieht, die Forderung nach dem Frauenwahlrecht war schon in der Anfangszeit der sozialdemokratischen Frauenbewegung lebendig. Es ist daher unrichtig, wenn die Behauptung aufgestellt wird, das Frauenwahlrecht sei den Frauen mühelos in den Schoß gefallen. Die großen Massen der Frauen haben allerdings noch nicht um das Wahlrecht gekämpft, aber die Pionierinnen der Bewegung haben die Bedeutung politischer Rechte sehr gut erkannt. Es war den im Vordergrund der Arbeiterinnenbewegung stehenden Frauen vielleicht durch die guten Beispiele, die ihnen die Männer gaben, schon im Anfang klar, daß die Frau zu ihrer wirtschaftlichen Befreiung der Waffe des Stimmrechtes bedarf.

Natürlich gab es unter den proletarischen Frauen, selbst unter den aufgeklärten, viele, die sagten: „Was haben wir vom Wahlrecht? Wir wollen billigere Lebensmittel, bessere Löhne!“ Ganz recht, aber auch der Kampf um billigeres Brot und bessere Löhne mußte unterstützt werden, durch den politischen Kampf, und es ist unzweifelhaft, daß die Lage der arbeitenden Klassen erst richtig aufgezeigt werden konnte, als sozialdemokratische Abgeordnete in das Parlament einzogen. Elend und Not konnten beleuchtet werden durch sozialdemokratische Erkenntnis.

Daß auch die Masse der Männer, auch der sozialdemokratischen, nicht von allem Anfang an reif war, die Forderung des Frauenwahlrechtes zu billigen oder auch nur zu begreifen,

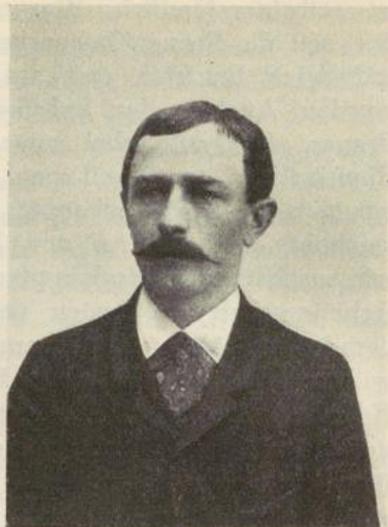
ist selbstverständlich. War es doch erst wenige Jahrzehnte her, seit die Frauen Lohnarbeiterinnen geworden waren. Die Industrien tauchten erst auf, die von den Frauen erobert wurden. Auch in den Fabriken und Werkstätten wurden die Frauen nicht mit Jubel aufgenommen, sie galten vielfach als Eindringlinge, und weil man die wirtschaftlichen Zusammenhänge noch nicht erkannte, wurden sie als unweiblich bezeichnet. Karl Marx und Friedrich Engels, die großen wissenschaftlichen Vorkämpfer des Proletariats, haben erst der Arbeiterschaft die Augen geöffnet, daß Frauen und Kinder gerade in Zeiten furchtbarer Arbeitslosigkeit der Männer willkommene Arbeitskräfte für den Kapitalismus sind. Die Not der Gatten und Väter wurde von den Kapitalisten benützt, um Frauen und Kinder als Konkurrenten und Lohndrücker in ihren Betrieben einzustellen. Der Groll der Arbeiter aber richtete sich gegen die Frauen. Mit wieviel Unrecht, konnte auch von den Arbeitern erst nach einer jahrelangen sozialistischen Erziehung erkannt werden. Darum fand die Forderung nach dem Frauenwahlrecht, nach einer Organisation für die Frauen bei der großen Masse noch keine Zustimmung. Es waren nur die Idealisten der Bewegung, welche die Forderungen der Frauen nicht nur billigten, sondern auch unterstützten. Der Spott bürgerlicher Zeitungen über die „Emanzipationshyänen“, über die „Mannweiber“ und wie man die ersten Pionierinnen noch nannte, fand auch in Arbeiterkreisen vielfach Zustimmung. Frauen selbst schlossen sich in ihrer Unerfahrenheit dieser Meinung an.

Emanzipations-
hyänen und Mann-
weiber

Die Arbeiterin im Klassen- kampf

Streikende Frauen

Hans Resel



Die erste Maifeier von 1890 hat viele Arbeitseinstellungen hervorgerufen. Streiks und Aussperrungen waren in rascher Folge gekommen. Sehr oft waren Streiks durch Polizei, Gendarmerie und auch Militär blutig unterdrückt worden. Da wurden den Arbeiterinnen gleiche Rechte zugewilligt. Den Polizeisäbel und die Hufe der berittenen Polizisten bekamen auch streikende Frauen zu spüren. Der erste selbständige größere Arbeiterinnenstreik ist am 3. Mai 1893 in Wien ausgebrochen. 600 Frauen und Mädchen aus vier Appreturfabriken in Gumpendorf stellten die Arbeit ein. Sie lehnten sich auf und wollten nicht mehr um einen Wochenlohn von drei bis vier Gulden elf Stunden im Tage arbeiten. Die Arbeitsverhältnisse waren auch sonst schaudererregend. Bei Temperaturen bis zu 50 und mehr Graden mit bloßen Füßen im Wasser stehend, mußten sich die Frauen den genannten Schundlohn verdienen. Die Maifeier, die so viele Herzen für den Gedanken der Befreiung entzündet hat, hatte auch diese Frauen erweckt und ihnen den Mut gegeben, sich gegen ihre Peiniger aufzulehnen. Ein junges 17jähriges Mädchen, Amalie Ryba, war die Rädelsführerin, wie es im Polizeijargon hieß. Begeistert hatte sie an der Maifeier teilgenommen und wie es so oft gekommen ist, so auch hier: ein Tropfen hatte das Faß vollgemacht und auf den Ruf der Siebzehnjährigen traten 600 Frauen in den Streik. Die erste Zusammenkunft der Streikenden war auf der Ferdinandswiese in Meidling. Die bleichen, abgehärmten

Frauen und Mädchen lagerten auf dem staubigen Rasen. Die zu jener Zeit in diesem Bezirk zahlreichen Perlmutterdrechsler waren von der Drehbank weggelaufen und umstanden die „Wiese“, auf welcher die Arbeiterinnen lagerten. Ich hatte um die Mittagszeit in der Redaktion gearbeitet, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und Amalie Ryba mit dem Rufe hereingestürzt kam: „Wir streiken. Sie müssen zu uns kommen auf die Ferdinandswiese!“ So war ich gekommen. Es war mir klar, daß in dieser Situation eine Versammlung, die irgend etwas beschließen sollte, unmöglich war. Ich unterhandelte mit einem Gastwirt in der Nähe, er möge gestatten, daß die Frauen, ohne Geld ausgeben zu müssen, in seinen Garten kommen dürfen. Dort stellte ich mich auf einen umgestürzten Schiebkarren und hielt eine Rede, in der ich auseinandersetzte, was die Streikenden jetzt zu tun haben, um die Ausbeutung bekämpfen und ihre Lage verbessern zu können. Gleichzeitig ließ ich Papier herumgehen, damit die Namen und Adressen der Anwesenden aufgeschrieben wurden, um sie dann zu einer §-2-Versammlung einberufen zu können. Das Werk war fast getan, als der Ruf ertönte: „Polizei kommt!“ Ich ging dem Kommissär entgegen, stellte mich vor und teilte ihm mit, daß ich eben den Anwesenden auseinandergesetzt habe, daß man so Versammlungen nicht abhalten könne, man müsse sie der Polizei anmelden.

Mittlerweile waren aber schon einige Arbeiterinnen aufgeschrieben worden. Schon am nächsten Tage wurden zwei der Frauen verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Wir aber veranstalteten Streikversammlungen im Garten der „Gumpendorfer Bierhalle“ und bei der „Weintraube“ in Margareten. Ein Sammelaufruf wurde versendet, um Unterstützungen für die Streikenden zu erhalten. Drei Wochen lang dauerte der Streik. Attacken der berittenen Polizei auf die streikenden Frauen im Garten, in dem sie versammelt waren, Attacken gegen die Streikposten, die vor den Fabriken aufgestellt waren, lenkten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit immer mehr auf die bedauernswerten Frauen. Die Gewerbeinspektoren kamen in die Streikversammlungen, um zu hören, wie schändlich die Zustände in den vier Fabriken seien, wo die Frauen elf bis zwölf Stunden im Tage arbeiten mußten.

Der Klassenhaß war noch nicht so ausgeprägt wie heute. Bäcker schickten Brot, Kaufileute Kretonne und Barchent auf

Gegen Streikende
Polizeiattacken
und Arrest

Kleider für die streikenden Frauen und ihre Kinder. Ausflüge wurden gemacht. In geschlossenen Zügen marschierten die Frauen vom Streiklokal nach Hütteldorf oder Weidlingau. Ein Wunder geschah! Die Frauen und ihre Kinder blühten auf wie noch nie. Zum erstenmal konnten die Mütter mit ihren Kindern einige Wochen beisammen sein. Auch Geld kam ein, um die Streikenden vor Not zu bewahren.

Als der Streik nach dreiwöchiger Dauer siegreich beendet war, blieben in der Streikkasse 2000 Gulden übrig, die wir den eben streikenden Maurern von Graz als Unterstützung sendeten. Noch heute befindet sich ein Brief in meinen Händen, den der damals auf zwei Monate im Grazer Landesgericht eingesperrte Genosse Hans Resel an mich schrieb, um sich für die 2000 Gulden zu bedanken. Er hatte in seinem Briefe „streikende Maurer von Graz“ nicht ausgeschrieben, sondern nur „st. M. v. G.“ geschrieben. Die Gefängnisverwaltung strich die Stelle rot an und gab sie zur Aufklärung dem Genossen Resel zurück.

In der „Gumpendorfer Bierhalle“ wurde eine große Siegesfeier veranstaltet. Aus ganz Österreich kamen Telegramme, um die Arbeiterinnen zu ihrem Siege zu beglückwünschen. Ich sollte die Festrede halten, aber die Polizei war anderer Meinung. Nicht nur die Festrede wurde verboten, sondern auch das Verlesen der Telegramme. Nach einigen Monaten gab es ein Nachspiel. Ich mußte am 30. Mai 1893 als Angeklagte vor dem Meidlinger Bezirksgericht erscheinen, weil ich in einer nichtangemeldeten Versammlung (Ferdinandswiese) gesprochen und die Arbeiterinnen „aufgehetzt“ hatte. Zeugen, Gäste aus dem an den Gasthausgarten angrenzenden Café sagten aus, daß ich von schlechten Löhnen, von Ausbeutung und Zusammenhalten gesprochen habe.

Ein weises Urteil

Ich sagte, der Wahrheit gemäß, wie ich die Arbeiterinnen auf der Ferdinandswiese getroffen und ihnen den Weg gezeigt hatte, in gesetzlichen Bahnen den Streik gut zu führen.

Der Richter Dr. Schaumann sprach mich frei mit der Begründung: „Die Angeklagte hat durch ihre höhere Intelligenz auf die unerfahrenen und unwissenden Arbeiterinnen aufklärend eingewirkt und ist nicht nur freizusprechen, sondern zu beloben.“

Bei diesem einen Frauenstreik blieb es nicht. Es kamen Arbeiterinnen aus Bleichereibetrieben dazu, es streikten die

Jutearbeiterinnen aus Floridsdori und Simmering und noch viele andere. Allerdings, so gut wie in Gumpendorf ging es nicht überall aus. Aber was damals für die Arbeiterinnen von Frauen geleistet werden konnte, geschah alles durch die ganz wenigen Genossinnen, die der Bewegung zur Verfügung standen.

Ein Gruß aus dem Landesgericht



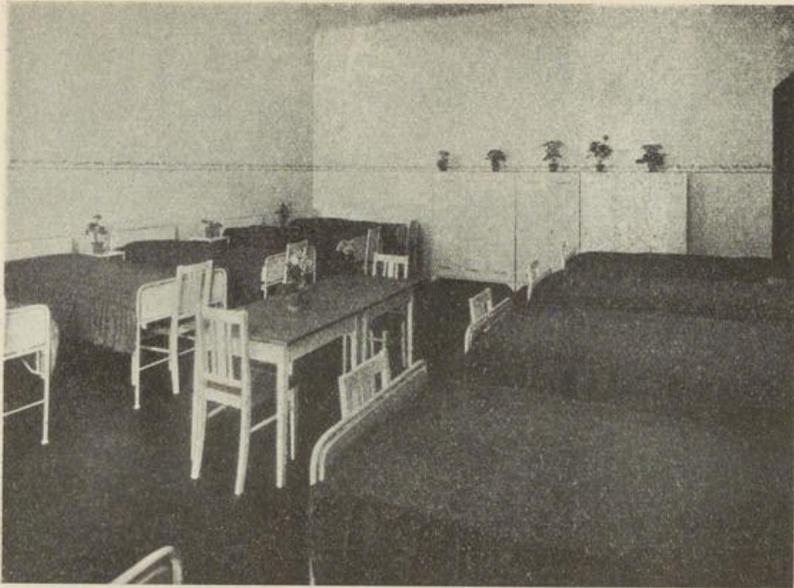
Ein Gruß aus dem Landesgericht

**Die dienende
Frau steht
auf**



Das Hausgehilfinnenheim in der Rahlgasse in Wien. Eröffnung durch Bürgermeister Seitz

Die zündende Wirkung der ersten Maifeier war nicht nur beim Fabrikproletariat fühlbar, sie hatte auch andere Schichten berührt. Die „weißen Sklavinnen“, wie man damals die in dienender Stellung befindlichen Mädchen gern nannte, wurden organisatorisch noch kaum beachtet. Man hielt sie für eine unorganisierbare Schicht. Ihre Tätigkeit wurde als eine nur vor-



Ein Schlaflsaal im Hausgehilfinnenheim in der Rahlgasse

übergehende betrachtet, da die meisten doch früher oder später zur Ehe gelangten. Diese Auffassung war in den damaligen Verhältnissen begründet; das Frauenorganisationskomitee konnte sich ihr nicht anschließen. Den Genossinnen war es darum zu tun, das weibliche Geschlecht nicht nur zu organisieren, sondern aufzuklären und zur Erkenntnis seiner unwürdigen Lage zu bringen. In die Arbeiterinnenversammlungen, die jeden Sonntag stattfanden, kamen auch Dienstmädchen. Freundinnen, Verwandte oder Freunde regten sie dazu an. Sie erzählten den Referentinnen, was sie erdulden mußten. Da entschloß sich das Organisationskomitee, für den 8. Oktober 1893 in den Lanner-Saal bei der Rahlstiege, dort, wo heute das von der Gemeinde Wien errichtete Hausgehilfinnenheim steht, eine Dienstbotenversammlung einzuberufen. Viele kamen. Kopf an Kopf standen sie. Neben jungen Mädchen Dreißig- bis Fünfzigjährige, deren Anblick die Anschauungen widerlegte, daß jedes Dienstbotendasein früher oder später mit der Ehe abgeschlossen wird. Es kamen Köchinnen, deren Füße sie kaum mehr trugen — so hatte der Beruf ihnen mitgespielt —, andere kamen, die von rohen Mißhandlungen berichteten; andere erzählten von den Sittlichkeitsattentaten, die an ihnen durch die Dienstgeber oder deren

Freiwild für Vater
und Sohn

. . . und die
„Gnädige“ ohr-
feigt sie



Der Kochkurs in der Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen 1929

Söhne begangen wurden. Je „herrschaftlicher“ das Haus, um so erniedrigender oft die Behandlung der weißen Sklavinnen.

Diese erste Dienstbotenversammlung verfiel der Auflösung durch den überwachenden Regierungsvertreter. Die Ausführungen der Referentin über die Züchtigungsparagraphen in der Dienstbotenordnung hatten einen solchen Sturm der Entrüstung ausgelöst, daß der Kommissär „im Namen des Gesetzes“ die Auflösung der Versammlung verkündete.

Die empörten Frauen nahmen das nicht ruhig hin. Sie riefen, hoben die Fäuste, ergriffen Sesseln, um sie gegen den Kommissär zu schwingen — die Versammlungsleiterinnen hatten ernste Mühe, den Sturm zu beschwichtigen und den Kommissär vor Tätlichkeiten zu schützen. Diese Versammlung führte zu meiner ersten Bestrafung. Ich wurde wegen Beleidigung der Polizei zu einer Arreststrafe verurteilt, die in Geld umgewandelt wurde.

Nun wurde Monate hindurch, fast jeden Sonntag, eine Dienstbotenversammlung einberufen. Alle Bezirke Wiens, wo das Bürgertum wohnte und wo daher mit einem größeren Besuch gerechnet werden konnte, wurden aufgesucht. Die Veranstalterinnen nahmen die Beschwerden der Mädchen entgegen, die über Mißhandlungen oder Sittlichkeitsattentate zu klagen hatten. Wir erstatteten bei der Polizei die Anzeige und schritten

zugunsten der Mädchen ein, wenn uns von besonders furchtbaren Zuständen berichtet wurde. Kam es doch vor, daß man so ein gequältes Mädchen gar nicht außer Haus ließ, damit sie niemand klagen könne. Das Organisationskomitee veranlaßte dann Genossinnen, unter irgendeinem Vorwand in diesen Häusern vorzusprechen, um mit den Mädchen in Berührung zu kommen. Arbeitslose Genossinnen bewarben sich um die Stelle der Hausgehilfin in den durch Dienstbotenmißhandlungen berüchtigten Häusern, um aus eigener Anschauung die Verhältnisse kennenzulernen. Es konnte auf diese Weise manch Gutes getan werden. Trotzdem konnte sich diese Bewegung nicht halten, die Zeit war noch nicht reif. Es gab viel kindliche Naivität in der Auffassung der die Versammlungen besuchenden Hausgehilfinnen. In einer dieser vor Weihnachten 1893 stattgefundenen Dienstbotenversammlungen, wurde darüber gesprochen, wie freudlos das Leben der dienenden Mädchen sei, wie sie nur zu arbeiten haben, um Freude und Genuß in das Leben ihrer Dienstgeber zu bringen. Während der Weihnachtstage wurde uns dann erzählt, daß im Hause eines Bankiers die drei Hausgehilfinnen am Heiligen Abend verlangten, frei zu sein, weil die Rednerin in der Versammlung ihnen gesagt habe, **auch sie seien Menschen**. Die Kosten jeder Versammlung mußten durch Sammlungen aufgebracht werden. Es gab noch keine Stelle, wo Mittel für die Organisation von Dienstboten (das Wort Hausgehilfin war damals noch unbekannt) zu haben waren. So mußte die aufklärende und nützliche Arbeit wieder eingestellt werden. Erst 1910, als im niederösterreichischen Landtag die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Karl Renner, Sever, Pölzer und Volkert für die Verbesserung der Dienstbotenordnung kämpften, konnte die Bewegung wieder zu neuem Leben erweckt werden.

Die Umstände waren günstiger geworden. Unter den Hausgehilfinnen fanden sich einige tüchtige Kräfte, die mit großem Eifer der Bewegung dienten. Vor allem war es Gisela Lafertl, die erste Obmännin des Vereines, die sich mit großem Opfermut der Bewegung widmete. Das Frauenreichskomitee stellte sich an die Spitze der Bewegung und leistete auch finanzielle Hilfe. In rascher Folge wurden Dienstbotenversammlungen einberufen. Besondere Verdienste erwarben sich die Genossinnen Antonie Alt und Anna Ertl. Unermüdlich, selbstlos opferten sie viele, viele Sonntage, um in den Versammlungen

Der Verein „Einigkeit“



Der Nähkurs in der Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen 1929

die Beiträge einzukassieren, Mitglieder aufzunehmen und die Kasse zu verwalten, bis Genossinnen aus den Kreisen der Hausgehilfinnen selbst die Leitung übernehmen konnten.

Der Verein „Einigkeit“, Verband der Hausgehilfinnen aller Kategorien, wurde im Mai 1911 gegründet. Das dort beschlossene, vom Frauenreichskomitee entworfene

Programm

bestand aus folgenden Punkten:

1. Schaffung einer Dienstordnung für das ganze Reich an Stelle der Landesdienstbotenordnungen;
2. Schaffung einer den Gewerbegerichten ähnlichen Institution für Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis und vollständige Beseitigung der Polizeigerichtsbarkeit;
3. Abschaffung des Dienstbuches;
4. baldigste Durchführung der Kranken-, Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung;
5. gesetzlicher Schutz gegen die willkürlichen Entlassungen im Sommer;
6. gesetzliche Festsetzung einer mindestens achtstündigen ununterbrochenen Nachtruhe;
7. gesetzliche Festlegung eines Ersatzruhetages für den nichtfreien Sonntag.

Dank der rascheren Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in der Republik und dank der Einsicht der sozialdemokratischen Verwaltung der Gemeinde Wien ist dieses Programm heute fast verwirklicht.



Gisela Laferl

Die „Einigkeit“, das Organ der Hausgehilfinnen, wurde gegründet. Als der Zusammenschluß der Hausgehilfinnen mit dem Verein der Heimarbeiterinnen erfolgte, war die Bewegung glücklich in die gewerkschaftlichen Bahnen gelenkt.

Als nach dem Umsturz die ersten fünf Genossinnen in den Provisorischen Gemeinderat entsendet wurden, beantragten diese sofort, einige Punkte des Hausgehilfinnenprogramms durchzuführen. Und bei den ersten Wahlen in den Gemeinderat, im Februar 1919, wurde als sozialdemokratische Kandidatin auch die Obmännin des Verbandes „Einigkeit“, Gisela Laferl, kandidiert und in den Gemeinderat gewählt.

Dank der sozialistischen Mehrheit ist vieles für die Hausgehilfinnen geschehen, was dazu beigetragen hat, sie auf eine menschlich höhere Stufe zu bringen. Erwähnung verdient die Eröffnung zweier Heime für stellenlose Hausgehilfinnen und die Errichtung einer Fortbildungsschule. Beides mit Unterstützung der Gemeinde Wien.

Durch die Initiative der weiblichen sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat, ist an die Stelle der zahlreichen Dienstbotenordnungen mit Züchtigungsrecht der Dienstgeber ein modernes Hausgehilfinnengesetz getreten.

Es war ein langer Weg von 1893 bis 1920. Vieles, was in den Anfangstagen der Bewegung als das Ideal einer fernerer Zukunft erschien, ist Wirklichkeit geworden.

Die Hausgehilfin als Gemeinderätin

Fortentwicklung der Frauenorganisation



Der Arbeiterinnen-Bildungsverein entsprach schon nach den ersten Jahren nicht mehr den gesteigerten Anforderungen. Er konnte die in ganz Wien zerstreuten Mitglieder nicht sammeln. Eine Gruppe von Genossinnen gründete im Winter 1893 den Lese- und Diskutierklub „Libertas“. Am Weihnachtstag fand die gründende Versammlung statt. Erste Vorsitzende wurde ich, Anna Boschek wurde Kassierin, Amalie Ryba (Seidel) Schriftführerin. Auch alle anderen tätigen Genossinnen übernahmen Funktionen in der „Libertas“. Jeden Sonntagnachmittag, wenn wir nicht durch andere Parteiveranstaltungen abgehalten waren, versammelte sich die „Libertas“ in Avrils Gasthaus in der Schmalzhofigasse im 6. Bezirk. Es kamen auch immer einige Genossen vom Parteivorstand, vor allem Viktor Adler und Julius Popp. Es wurden Diskussionen abgehalten und die Geselligkeit gepflegt. Jeden zweiten Dienstag war Diskussionsabend in einem Privatlokal. Viele Genossinnen machten dort ihre ersten rednerischen Versuche, ehe sie sich hinaus in die große Öffentlichkeit wagten. Rednerinnen brauchte man ja viele. Die „Libertas“ hatte die Funktion übernommen, neben dem Arbeiterinnen-Bildungsverein Wanderversammlungen zu veranstalten und auch in den entlegensten Bezirken die Frauen aufzurütteln und für den Gedanken der Organisation zu gewinnen. Besonders Floridsdorf sammelte die Genossinnen in der „Libertas“, und Marie Schuller war die verdienstvolle Agitatorin.



Emmy Freundlich

allererste öffentliche Rede gehalten hat. Der Zufall wollte es, daß sie dort 1919 und bei allen späteren Wahlen in der Republik zur Abgeordneten gewählt worden ist.

Der Arbeiterinnen-Bildungsverein selbst verlor immer mehr und mehr an Anziehungskraft. Schließlich löste er sich auf. Seine reichhaltige Bücherei übertrug er dem Arbeiter- und Arbeiterinnen-Bildungsverein Hernals.

Der Arbeiterinnen-Bildungsverein hat unbestreitbare Verdienste um die Aufrüttelung der Frauen und um ihre Erweckung zum Selbstbewußtsein und zum Organisationsgedanken. Er war der erste Ort, wo gleichdenkende Frauen sich zusammenfinden konnten und wo ihnen sozialistische Aufklärung vermittelt wurde. Kein Genosse verschmähte es, vor dem kleinen Kreise Vorträge zu halten. Dr. Viktor Adler hielt dort bemerkenswerte Vorträge über „Sparsamkeit“, wobei er den Genossinnen auseinandersetzte, daß das Sparen an der täglichen Nahrung keine Ökonomie ist, sondern nur dazu führt, den Unternehmern das Niederdrücken der Arbeitslöhne zu ermöglichen. In einem Vortrag über „Handarbeiten“ zeigte er, wieviel Augenkraft für Luxus Zwecke verschwendet wird, wenn in ein Taschentuch zur Nachtzeit, bei schlechter Beleuchtung, ein Monogramm mit der Hand gestickt wird, das, mit der Maschine gearbeitet, denselben Zweck erfüllen würde. In derselben Zeit, in welcher das handgestickte Monogramm erzeugt wird, könnte die Arbeiterin ein für sie wertvolles Buch lesen.

**Sparen am
täglichen Brot
drückt die Löhne**

Marie Schuller



Eine Massenver- sammlung in Graz

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ veröffentlichte die Versammlungsberichte. Dadurch wurden auch die Frauen in der Provinz von der Bewegung ergriffen. Aber schon vorher, im Sommer 1892, nach dem Parteitag im „Hotel Union“, wurde ich zur ersten Frauenversammlung nach Graz in die „Steinfelder Bierhalle“ eingeladen. Ich war krank und in kassenärztlicher Behandlung. Da kam ein dringender Brief der Grazer Genossen, am 15. August in einer großen Frauenversammlung zu sprechen. Die Einwendung, daß ich krank sei, nützte nichts. Die Genossen bestanden auf meinem Kommen. So fuhr ich nach Graz. Unter dem Vorsitz von Hans Resel tagte die erste Grazer Frauenversammlung, die sehr stark besucht war. Der Kommissär, ein berüchtigter Herr namens Papec, ließ mich fortwährend unterbrechen, und schließlich löste er die Versammlung auf. Stürmische Pfuirufe wurden laut. Für mich war das eine Wohltat, denn ich konnte mich kaum auf den Füßen halten. Es schwindelte mir und vor den Augen drehte sich alles. Den Grazer Genossen gelang es, mit Hinweis auf die erregte Stimmung der Bevölkerung, die sofortige Abhaltung einer neuen Versammlung zu erwirken.

In der neuen Versammlung konnte ich ungestört eine ganze Stunde sprechen, da ich mich indessen von meiner Schwäche erholt hatte. In derselben Woche fand noch eine §-2-Versammlung statt, in welcher die Gründung eines Arbeiterinnen-Bildungsvereines beschlossen wurde.

Die Versammlung hatte ein Nachspiel. Eines Tages brachten die bürgerlichen Blätter die Nachricht, daß die Grazer Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen mich erlassen habe. Ich war nicht wenig betroffen, arbeitete ich doch noch in der Fabrik. Mein erster Gedanke war meine alte Mutter. Ich erhielt aber nur eine Vorladung zum Untersuchungsrichter in das Landesgericht. In der „Arbeiter-Zeitung“ bekam ich die Information, nichts auszusagen, sondern mich auf die Hauptverhandlung zu berufen. Die Untersuchung wurde schließlich eingestellt. Dieses Verhalten vor dem Untersuchungsrichter war damals allgemeine Regel. Dadurch unterblieb oft die Erhebung einer Anklage.

Nach Graz kam Linz an die Reihe. Im Jahre 1893 hielt ich dort die erste Versammlung ab und noch im selben Jahre wurde der Arbeiterinnen-Bildungsverein gegründet. Schon damals begann sich Marie Beutelmayer als Rednerin zu betätigen. Dann kam Br ü n n, dann R e i c h e n b e r g. Überall wurden die Statuten mehrmals von den Statthaltereien zurückgewiesen. Auch in anderen deutschböhmischen Städten wurden Arbeiterinnen-Bildungsvereine mit Ortsgruppen errichtet. Schließlich bestand in fast allen Hauptstädten ein Arbeiterinnen-Bildungsverein. Am spätesten erfolgte die Gründung einer sozialdemokratischen Frauenorganisation in I n n s b r u c k, der Hauptstadt Tirols. Ich sprach dort an einem Montag abends im August 1907 in einer großen Frauenversammlung, von der aus dann weiter gearbeitet wurde, um einen Frauenverein zustande zu bringen. Am 3. Dezember desselben Jahres kam ich nachmittags dort an, um im „Adambräu“ bei der Begründung des Frauenvereines zu sprechen. Im Bahnhof erwartete mich Genosse Flö c k i n g e r, damals Parteisekretär, in großer Aufregung. Er empfing mich mit den Worten: „Die Schwarzen haben den Saal besetzt, Pater Mathiowitsch, der »Galgenpater«, ist da.“ Ich erfuhr, daß besagter Pater Mathiowitsch vormittags in den Kirchen aufgefordert hatte, in diese Versammlung zu gehen. Und so waren sie denn gekommen: der Rosenkranzverein, der Jungfrauen- und Jünglingsverein und was es sonst noch an katholischen Organisationen in Innsbruck gab. Ich hatte keine Furcht, ich empfand Neugierde, wie das werden würde. Als ich den Saal ganz allein betrat, Genosse Flöckinger hatte außerhalb des Saales zu tun, kam mir der Pater mit den Worten entgegen: „Fürchten Sie sich nicht, ich bin Pater Mathiowitsch.“ Ich antwortete: „Ich fürchte niemanden“ und

und ihr Nachspiel

Der „Galgenpater“
ist da

... aber halt die
verjudete Sozial-
demokratie

ging zu dem Tische, auf welchem ein großes Blumengewinde stand mit einer roten Schleife und darauf die Worte: „Der Gründerin unserer Frauenorganisation.“

Als ich meine Rede begann, war der Saal so voll, daß die bekannte Stecknadel nicht hätte fallen können. Ich hielt einen Vortrag über die Bedeutung der Organisation und über die Ziele der Sozialdemokratie. Als ich nach anderthalb Stunden geendet hatte, stand Pater Mathiowitsch vor dem Podium und klatschte in die Hände. Während meiner Rede hatten sich die Frauen, die im Hintergrund standen, auf Sesseln und Tische gestellt, um besser zu sehen und zu hören. Je länger ich sprach, um so lebendiger und aufmerksamer wurden die Frauen. Es waren ganz alte Mütterchen unter ihnen, die sicherlich alle zum erstenmal in einer sozialdemokratischen Versammlung waren. Als ich das Los der Frauen schilderte, sah ich tränengefüllte Augen. Ich wagte es, trotz Pater Mathiowitsch, den Klerikalismus zu beleuchten. Weder die Jungfrauen, noch die Frauen des Rosenkranzvereines schrien mich nieder, ihr Kopfnicken belehrte mich, daß es auch in dem schwarzen Tirol nicht unmöglich ist, den Frauen die Dinge zu zeigen, wie sie sind.

Nach mir meldete sich Pater Mathiowitsch zum Worte. Obwohl er wiederholt Beifall geklatscht hatte, kam er doch sehr bald auf die „verjudete Sozialdemokratie“ zu sprechen. Die Ungeduld der Versammlung wurde immer größer, feindselige Rufe gegen den Pater flogen auf. Da er nicht aufhörte, ging ein Sturm gegen ihn los. Niemand fand sich, der für ihn Partei ergriffen hätte. Im Gegenteil, einer der jungen Männer, der einst sein Schüler in der Jünglingsorganisation gewesen war, wurde besonders heftig gegen ihn, so daß der Pater sich an mich mit den Worten wendete: „Schützen Sie mich!“ Es wurde dafür gesorgt, daß er den Saal verlassen konnte. Nur wenige seiner Getreuen zogen mit ihm. Als dann die Gründung vollzogen war und Mitgliederaufnahmen vorgenommen wurden, konnten wir auf ein recht stattliches Ergebnis blicken. Am nächsten Tage wurde in den Straßen Innsbrucks, überall, wo sich Bekannte trafen, von der Frauenversammlung gesprochen. Als unsere Genossinnen bei dieser Gelegenheit neue Mitglieder werben wollten, wurden einige von ihnen von der Polizei arretiert, die es wahrscheinlich noch nicht fassen konnte, daß auch in Tirol die Zeiten der klerikalischen Alleinherrschaft vorbei waren.

Der Innsbrucker Frauenverein entwickelte sich; schon im Frühjahr des nächsten Jahres wurden in allen größeren Orten Tirols Ortsgruppen gegründet. Als später die freie politische Frauenorganisation entstand, wurde auch in Tirol, wie überall, der Frauenverein in diese neue Form umgebildet.

Im Lande Salzburg war der Verein der Heimarbeiterinnen die erste Frauenorganisation, obwohl schon 1893 die erste politische Frauenversammlung stattgefunden hat.

Auch in Tirol und Salzburg Frauenorganisationen

No. 30.

Registrierungsbescheinigung
des



Lese- und Discutirclubs für Frauen und Mädchen
„Libertas“ in Wien.

I. Name, Zweck und Sitz des Clubs.

§ 1. Der Club führt den Namen „Lese- und Discutirclub für Frauen und Mädchen „Libertas“, hat seinen Sitz in Wien und erklärt sich für nichtpolitisch.

§ 2. Der Zweck des Clubs ist: Pflege der Socialwissenschaft, Literatur, Kunst und der Geselligkeit.

§ 3. Dieser Zweck wird zu erreichen gesucht:

1. durch gemeinsame Lectüre;
2. durch Diskussionen;
3. durch Haltung von Büchern, Schriften und Zeitungen und Anknüpfen von geselligen Zusammenkünften.

§ 4. Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes werden aufgebracht: durch freiwillige Beiträge der Mitglieder und durch Spenden.

II. Mitglieder des Clubs.

§ 5. Der Club hat

- a) ordentliche Mitglieder;
- b) unterstützende Mitglieder.

Die Staats- gewalt gegen die Frau

Marie Krasa



Wer sich Mühe nimmt, in den alten Jahrgängen der „Arbeiterinnen-Zeitung“ und der „Arbeiter-Zeitung“, solange sie noch Wochenblatt war, zu blättern, wird finden, daß in den Anfängen der sozialdemokratischen Frauenbewegung Polizei und Staatsanwälte die Frauen durchaus nicht anders behandelten als die Männer.

Julie Wichledal, eine junge Genossin mit außerordentlichem Rednertalent, temperamentvoll und revolutionär, wurde auf einer Agitationstour nach Böhmen, in Leitmeritz aus dem Eisenbahncoupé geholt und fünf Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Ein Mitreisender hatte sie telegraphisch denunziert, daß sie majestätsbeleidigende Äußerungen getan habe. Das genügte damals, um ein junges, unbescholtenes Mädchen in den Arrest zu schleppen. Als es nach der Untersuchungshaft zur Verhandlung kam, wurde sie freigesprochen, so mutwillig war die Denunziation gewesen. Aber wegen eines Vortrages, den sie in der Gewerkschaft der Eisenbahner gehalten hatte, wurde sie zu einer fünftägigen Arreststrafe verurteilt, wegen einer Rede bei den Schneidern und Schneiderinnen zu sieben Tagen Arrest.

In derselben Zeit wurde Lotte Glas wegen des Rufes: „Es lebe die revolutionäre Sozialdemokratie!“ zu 14 Tagen Arrest, wegen einer Rede vor den Steyrer Frauen zu vier Wochen Arrest verurteilt. Julie Wichledal wurde später wegen einer Rede in einer Bauarbeiterversammlung verhaftet

und als fluchtverdächtig dem Landesgericht eingeliefert. Ich wurde 1894 in Warnsdorf angeklagt und wegen Beleidigung der Behörden verurteilt. Nur wegen Verjährung des Deliktes wurde ich in der Berufungsverhandlung freigesprochen. Käthe Boschek, eine begabte Schwester von Anna Boschek, wurde Anfang 1895 zu 14 Tagen Arrest verurteilt, weil sie bei einem Vortrag in der Gewerkschaft der Bäcker gesagt hatte, die Frauen müssen die Jugend so erziehen, daß sich diese, wenn sie zum Militär kommt, dem Kommando nicht fügt, wenn es gegen ihre Brüder, die Arbeiter, gerichtet ist. Diese Äußerung hatte sie getan, weil damals der deutsche Kaiser, Wilhelm II., bei einer Rekrutenvereidigung die berühmte Rede gehalten hatte, daß die Soldaten auf seinen Befehl auch auf Eltern und Brüder schießen müssen.

Am 14. Februar desselben Jahres wurde Brigitte Trotzmüller, eine Büglerin und ausgezeichnete Rednerin, zu einem Monat Arrest verurteilt. Im damaligen Winter war viel Schnee gefallen, und die Genossin hatte kritisiert, daß zum Schneeschaufeln, trotz der Arbeitslosigkeit, nicht soviel Leute aufgenommen werden, als man Schneeschaufeln habe. Außerdem soll sie die Geistlichen angegriffen und kirchliche Einrichtungen, das Parlament, das Ministerium, die Polizei und den Staatsanwalt scharf angegriffen haben. Das Erkenntnisgericht in Steyr, das Lotte Glas zu einer einmonatigen Arreststrafe wegen Aufreizung der Steyrer Frauen verurteilt hatte, verurteilte auch Genossin Trotzmüller zu vier Wochen Arrest. Therese Nötscher, eine glänzende Rednerin ganz eigener Art, hatte in einer Versammlung vor den Klosterneuburger Frauen über den Befreiungskampf des Proletariats gesprochen und die Äußerungen getan, „ob dieser Kampf mit geistigen oder anderen Waffen geführt werden wird, das weiß ich nicht“. Obwohl diese Rednerin freigesprochen wurde, erwähnen wir die Sache dennoch, um den Genossinnen, die jetzt in der Bewegung wirken, zu zeigen, wegen welcher Geringfügigkeit man damals in Gefahr war, wochen- oder gar monatelang eingesperrt zu werden. Marie Krasa, die einige Jahre auch Mitglied des Wiener Lokalausschusses war, zitierte in einer Wahlrechtsrede Heinrich Heines Verse:

„Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder.
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust
Und Zuckererbsen nicht minder.

Es wächst
hienieden Brot
genug

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.“

Sie wurde vom Bezirksgericht Döbling zu einer Woche Arrest verurteilt.

Ein anderes Mal wurde dieselbe Genossin zu 48 Stunden Arrest verurteilt, weil sie bei einer Aktion für das allgemeine Wahlrecht, gleich anderen Genossen, bei Nacht Zettel angeklebt hatte, auf welchen nichts stand als die Worte: „Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht.“

Mit Kleistertopf und Pinsel

Ausgestattet mit Kleistertopf und Pinsel, wurde sie von der Polizei ergriffen und hatte den Rest der Nacht im Polizeiarrest zuzubringen. Bemerkenswert ist, daß Genossin K r a s a unter 88 Verhafteten die einzige Frau war. Alle wurden in den „Grünen Heinrich“, wie im Volksmund der Schubwagen hieß, gesteckt, Genossin Krasa wurde gesondert von einem Wachmann geführt, da man sie, merkwürdig rücksichtsvoll, nicht unter die vielen Männer stecken wollte.

Als nach Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, nach welchem 1907 zum erstenmal gewählt wurde, eine starke sozialdemokratische Fraktion im Parlament ihren Einzug hielt, geißelten die sozialdemokratischen Abgeordneten von der Tribüne des Parlaments herab die Verfolgungen, denen ihre Parteigenossen und -genossinnen ausgesetzt waren. Das führte dazu, daß die Verfolgungen seltener wurden. Auch das Konfiszieren der Zeitungen wurde unwirksam gemacht, weil die Abgeordneten die konfiszierten Artikel und auch ganze Broschüren im Parlament zur Verlesung brachten, wodurch sie immunisiert und für die Verbreitung frei wurden.

Wenn ich schon erzählte, wie die Genossinnen mit den Gerichten immer wieder zu tun hatten, so sei um der geschichtlichen Wahrheit willen ergänzt, wie auch durch mich der Staatsanwalt in Bewegung gesetzt und wie mich die Wiener Polizei klassifizierte.

Ich sprach in Wels in Oberösterreich über „die Entstehung des Eigentums und über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel“. In der Versammlung waren Arbeiter, Frauen, Bauern, Gewerbetreibende. Was konnte ich anderes über die Entstehung des Eigentums erzählen, als über Raubrittereien der bekannten Adelsgeschlechter, über das Wegelagerertum im Mittelalter und über die Überfälle auf reisende Kaufleute. Dann sprach ich über die Entstehung des Mehrwertes durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den Fabriken. Ich wurde vom Regierungsvertreter, einem Grafen, wiederholt unterbrochen, aber sonst wurde die Ruhe der Versammlung nicht gestört. Nach einiger Zeit kam eine Vorladung zum Untersuchungsrichter. Ich gebrauchte wieder die schon einmal erwähnte Formel, daß ich bei der Hauptverhandlung meine Aussagen machen werde. Diesmal wurde die Untersuchung nicht eingestellt. Ich mußte an einem eisigkalten Jännertag in Begleitung des mir von der Partei beigegebenen Anwaltes Doktor Karl Ornstein nach Wels zur Verhandlung vor das Erkenntnisgericht fahren.

Mir war etwas bange. Die gelehrten Richter behandelten die angeklagten Sozialdemokraten gerade in diesen Delikten oft sehr streng. Aber die Sittennote, die mir die Wiener Polizei ausgestellt hatte, leistete mir gute Dienste. In der Polizeinote hieß es, daß ich als eine sehr radikale Rednerin bekannt sei, daß ich es aber verstehe, mich geschickt an den Grenzen des Strafgesetzes zu halten. Hätte ich aber in Wien so gesprochen wie in Wels, dann wäre mir längst der Prozeß wegen § 303 (Erschütterung der Rechtsbegriffe über das Eigentum) gemacht worden.

Mein Verteidiger Dr. Ornstein sparte nicht an scharfer Kritik an der Wiener Polizei, die dem hohen Gerichtshof von Wels Fingerzeige geben wolle, wie sie mich zu behandeln habe. Die Zeugenaussagen lauteten fast alle für mich günstig. Als der Vorsitzende die Zeugen befragte, ob ihnen meine Ausführungen Angst um ihr Eigentum gemacht hätten, verneinten sie das. Ich wurde freigesprochen. Abends hielt ich wieder in einer großen Volksversammlung eine zweistündige Rede.

Der Kampf um den 1. Mai

In Deutschböhmen hatte ich 1894 in sieben Versammlungen für die Maifeier Propaganda zu machen. Die erste Versammlung wurde vom Regierungsvertreter, einem jungen Manne namens Dr. Frank, aufgelöst. So auch Sonntag in Rumburg und Montag abends in Warnsdorf im Kolosseum, einem bekannt großen Versammlungslokal. Ich mußte natürlich so sprechen, wie an den vorhergegangenen Tagen: über die Bedeutung des Achtstundentages und über den Widerstand der Unternehmer, die sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit wenden. Ich stellte die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter höher hin als den Gewinn der Unternehmer. Der Regierungsvertreter redete fortwährend in die Versammlung hinein, um gegen mich zu polemisieren. Als die Versammlung meinen Ausführungen immer stürmischer applaudierte und gegen seine Zwischenreden protestierte, löste er die Versammlung auf. Die Empörung, die sich der Menschenmenge bemächtigte, war so groß, daß man wirklich für den Kommissär fürchten mußte. Der Kommissär berichtete in seiner Relation, daß man mit Steinen nach ihm geworfen habe. Gegen mich wurde die Anklage wegen Beleidigung der Behörden erhoben. Vor dem Warnsdorfer Bezirksgericht wurde die Verhandlung durchgeführt. Ein pensionierter Finanzkommissär fungierte als Staatsanwalt, der Herr Regierungsvertreter flüsterte immer mit dem Richter. Die drei Herren schienen einig, den Unternehmern des Warnsdorfer Industriegebietes eine Genugtuung schuldig zu sein. Ohne Rücksicht auf meine und meiner Zeugen Aussagen wurde ich zu 200 Kronen Geldstrafe oder dem entsprechenden Arrest verurteilt.

Ich meldete wegen der Warnsdorfer Verurteilung Berufung an, die Berufungsverhandlung fand vor dem Erkenntnisgericht in Böhmisches-Leipa statt. Dort erschien ich mit einem Verteidiger. Ich wurde freigesprochen, aber nicht — so sagte der Vorsitzende —, weil ich die Behörden nicht beleidigt hätte, sondern weil das Delikt zur Zeit der Erhebung der Anklage schon verjährt war.

Vielleicht ist es gut, hier auch die erste Frauenversammlung zu erwähnen, die ich in den neunziger Jahren in Bensen abhielt, wo Genossin Anna Altmann Vertrauensperson war. Der Saal war überfüllt. Männer und Frauen saßen nicht nur, sondern standen in dichter Enge. Als der Regierungsvertreter erschien, selbstverständlich den Säbel an der Seite, hatte er schwere Mühe, durchzukommen. Seine erste Anord-

nung war: „Die Männer müssen aus dem Saal, es dürfen nur Frauen hierbleiben, da es eine Frauenversammlung ist.“ Alle unsere Einwendungen, daß überall Männer und Frauen beisammen sein können, nützten nichts. So zogen die Genossen aus dem Saal, um auf dem Marktplatz ihre Position zu beziehen, wo sie mich ganz gut durch die geöffneten Fenster des Saales sprechen hören konnten. Der Kommissär drohte mit einer Anklage wegen Übertretung seiner Anordnungen, aber er scheint es sich schließlich doch überlegt zu haben.

1895 wurde die „Arbeiterinnen-Zeitung“ angeklagt, und zwar wegen „Herabwürdigung der Ehe und Familie“, begangen durch einen Artikel „Frau und Eigentum“. Ich übernahm die Verantwortung und mußte vor dem Wiener Schwurgericht erscheinen. Geschrieben hatte den Artikel der junge Buchdruckergehilfe Fehlinger, der heute im Internationalen Arbeitsamt in Genf Beamter ist.

Obwohl Dr. Ingwer die Verteidigung glänzend führte und ich ebenfalls versuchte, das Problem „Ehe und Familie“ darzustellen, wurde ich von den Geschwornen einstimmig schuldig gesprochen und zu vierzehn Tagen Arrest, verschärft mit einem Fasttag in der Woche, verurteilt. Der Staatsanwalt fand, daß ich eine „intelligente Dame“ sei und beurteilen könne, welche Verbrechen in dem Artikel enthalten waren. Die Staatsanwälte machten es sich überhaupt bequem. Entweder sie verlangten die Verurteilung wegen der Intelligenz oder um den Angeklagten Gelegenheit zur Besserung zu geben.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ erschien damals selten ohne den Vermerk „Nach der Konfiskation zweite Auflage“.

Die Männer müssen aus dem Saal und die „intelligente Dame“ in den Arrest

Der Paragraph 14

Da ich schon bei Böhmen bin, sei gleich eine andere Episode erzählt. 1899 wollte die Regierung ihre Einnahmen vermehren und zu diesem Zwecke die Zuckersteuer erhöhen. Um sechs Heller sollte das Kilo Zucker teurer werden. Die Verhältnisse im Parlament waren aber so, daß die Regierung nicht hoffen konnte, die Genehmigung zu erhalten. Sie machte Gebrauch von dem § 14 der Verfassung, der der Regierung das Recht gab, in Fällen außerordentlicher Not, wenn das Parlament nicht versammelt war, Verordnungen zu erlassen. Dieser Fall war nun nicht gegeben, das Parlament war ja beisammen, die Regierung aber schickte die Volksvertreter nach Hause, um sich auf den § 14 stützen zu können.

Der § 14 war damals eine ständige Einrichtung in Österreich. Dem Grafen **Thun**, der als Ministerpräsident ausgiebigen Gebrauch von diesem Paragraphen machte, malten die Genossen auf den höchsten Punkt seines Schlosses in Tetschen-Bodenbach einen großen, weithin sichtbaren „§ 14“.

In ganz Österreich entstand eine Bewegung gegen die Zuckersteuer. Wohl waren die Sozialdemokraten die Träger dieser Bewegung, aber auch andere Kreise waren von ihr ergriffen. Die deutschnationale Partei war in heftiger Opposition gegen die Regierung. In **Falkenau** und **Mährisch-Ostrau** wurde gegen die demonstrierende Menge geschossen, was dem Minister des Innern — dem Marquis **Bacquehem** — die Bezeichnung „Marquis von Falkenau und Mährisch-Ostrau“ eingetragen hat. **Engelbert Pernerstorfer** war es, der in einer leidenschaftlichen Anklagerede diese Apostrophierung des Ministers gebraucht hatte.

Auch die Genossinnen mußten in vielen Gebieten Österreichs herumfahren, um über den § 14 und die Zuckersteuer zu reden. Ich hatte im **Gablonzer Bezirk** in sieben Versammlungen zu sprechen. Die Partei hatte für die Zuckersteuerversammlungen eine Resolution beschlossen, in welcher die Worte vorkamen: „Die meineidige, verfassungsbrecherische Regierung...“ Da die Regierung geschworen hatte, die Verfassung und die Gesetze zu achten, hatte sie durch die Vertagung des Parlaments, um den § 14 anwenden zu können, die Verfassung verletzt und ihren Eid gebrochen.

Als ich in der ersten Versammlung am Schlusse meiner Rede die Resolution verlesen wollte, protestierte der Regierungs-

vertreter. Als ich mich nicht abhalten ließ, sprang er auf und erklärte die Versammlung für aufgelöst. So auch in der zweiten, dritten und vierten Versammlung. Ich hatte mir dann schon eine eigene Methode zurechtgelegt, indem ich in meine Rede einschaltete, daß in der Versammlung eine Resolution beschlossen werden solle, was aber der Regierungsvertreter nicht zulassen wolle, weil darin steht: „die meineidige, verfassungsbrecherische Regierung“. Im Augenblick, wo der Regierungsvertreter auffuhr, um zu protestieren, hatte ich schon gesagt, was ich wollte. Wenn ich dann am Schlusse die Resolution vorlesen wollte und er auflöste, so wußte die Versammlung schon alles, was in der Resolution enthalten war. Die fünfte Versammlung fand in Albrechtsdorf, einem hochgelegenen Orte im Gebirge, statt, wo ich unter vielen Strapazen sehr ermüdet ankam. Als ich da alt und jung, Männer und Frauen kommen sah, von welchen viele einen mehrstündigen Weg zurückgelegt hatten, begann ich zu überlegen, ob es nicht besser sei, die Auflösung durch ein Entgegenkommen an den Regierungsvertreter zu vermeiden. Für soviel Mühe und Plage sollten die Menschen die Versammlung ganz anhören können. Und so, als ob er die gleiche Eingebung gehabt hätte, kam der Regierungsvertreter auf mich zu und fragte, ob ich es so machen werde wie alle Tage. Er bot mir ein Kompromiß an: „Sagen Sie nicht meineidig und verfassungsbrecherisch, und ich werde nicht auflösen.“ So kam mein erstes Kompromiß mit einer Behörde zustande.

Auch in Steiermark hatte die Zuckersteuerbewegung hohe Wellen geworfen. Ich kam an einem Samstagabend von sechs Versammlungen, die ich in verschiedenen Orten abgehalten hatte, nach Wien zurück und fand ein Telegramm vor, daß ich am nächsten Tag, Sonntag nachmittags, in J u d e n b u r g über die Zuckersteuer sprechen müsse. Ich hatte zwar einen Mann, ein kleines Kind und einen Haushalt, aber mein Mann war mit mir einer Meinung, daß in erster Reihe die Partei komme. Und so fuhr ich, nach einer einwöchigen Abwesenheit erst nach Hause gekommen, Sonntag früh neuerlich nach Steiermark, um in Judenburg zu sprechen.

Am Bahnhof erwartete mich schon der Vertrauensmann mit der Mitteilung, daß die Bezirkshauptmannschaft die Versammlung verboten habe. Was nun tun, da ich schon da war? Eine §-2-Versammlung war der Ausweg. Wir schlugen im Vorhaus

Die meineidige verfassungsbrecherische Regierung

des Gasthofes, in welchem die Versammlung stattfinden sollte, unser Büro auf, und jeder, der in die Versammlung wollte, bekam eine Einladung zur §-2-Versammlung. Zwei Gendarmen waren postiert und kontrollierten jede Einladung. Da der Zustrom zur Versammlung nicht aufhörte, ging der Einberufer zur Bezirkshauptmannschaft, um Unterhandlungen anzuknüpfen. Der Herr Regierende äußerte den Wunsch, mich bei sich zu sehen. Das Resultat dieser Begegnung war, daß die beiden Gendarmen sich nicht weiter um uns kümmerten. Die Fenster des Versammlungssaales waren weit geöffnet und ich schrie mit dem Aufgebot all meiner Lungenkräfte, damit auch die entferntest Stehenden meine Ausführungen hören konnten. Stolz auf diese meine Leistung für die Partei, fuhr ich mit dem Personenzug die Nacht hindurch nach Hause.

Ähnliche Dinge können auch andere Genossen und Genossinnen von der Kampfzeit der Arbeiterbewegung erzählen.

Über die Zuckersteuer und den § 14 sprach ich auch in einigen Wiener Versammlungen. Im 11. und 17. Bezirk wurden die Versammlungen aufgelöst. Eines Tages erfuhr ich, daß ich nicht nur wegen der Versammlungen in Böhmen, sondern auch wegen der Versammlungen in Wien angeklagt sei, und zwar wegen Beleidigung der Regierung. Sämtliche Anklagen wurden in eine zusammengezogen und die Verhandlung vor dem Simmeringer Bezirksgericht angesetzt. Doktor Ingwer übernahm meine Verteidigung. Als wir zusammen zu Gericht fuhren, besprachen wir, wie wir es machen wollten, und ich war entzückt von seinen Ratschlägen. Es kam so: Nachdem die Förmlichkeiten erledigt waren, stellte Doktor Ingwer an mich die Frage: „Haben Sie wirklich die Absicht gehabt, die Regierung zu beleidigen?“, worauf ich beteuerte: „Nein, gar nicht!“ Dann fragte mich der Richter: „Was wollten Sie dann mit Ihren Äußerungen erreichen?“ Da habe ich stolz und mutig erklärt: „Ich wollte aufreizen zu Haß und Verachtung gegen die Regierung.“ Daraufhin konnte der Richter nichts anderes machen als sich erheben und erklären: „Da die Angeklagte selbst zugibt, sie habe die Absicht gehabt, das Verbrechen nach § 303 zu begehen, wird der Akt an das Schwurgericht abgetreten.“ Damit war die Absicht Dr. Ingwers erreicht. Wegen Beleidigung der Regierung wäre ich vom Bezirksgericht sofort zu einer Arreststrafe verurteilt worden, während bei der aufgeregten Stimmung, die wegen der Erhöhung der Zuckersteuer in der Be-

Ich wollte zu Haß
und Verachtung
aufreizen

völkerung herrschte, ein Schwurgericht kaum bereit gewesen wäre, das „Schuldig“ zu sprechen.

Die Anklage wurde dann eingestellt und nie hatte ich Gelegenheit, mich wegen der gefährlichen Worte „meineidige, verfassungsbrecherische Regierung“ vor irgendeinem Gericht verantworten zu müssen.

Aber die politische Lage in Österreich blieb weiter kritisch, wie auch dieser Abriss aus der „Arbeiterinnen-Zeitung“ beweist, der zugleich zeigt, wie es damals doch auch manchmal gelang, die Streiche der Mächtigen durch Witz abzuwehren.

„Reichen v...
im Ringen mit den Mächten, die sie
Sozialdemokratie wird es daher auch vorbeha.
modernem Staat Oesterreich zu erzwingen, wo sie
Bürger nicht mehr abhängen von einem Federstrich eines Mi-
nistere W.

**Die politische Lage in Oesterreich ist noch immer
konfiszirt!**

Hungersnoth herrscht jetzt in Italien. In einer ganzen
Reihe von Städten sammelte sich das ausgehungerte Volk und
verlangte stürmisch nach Brot und die reichen Städte hatten kein
Brot für die Leute, welche die Stadt hatten bauen helfen, ...
e sie erhalten durch ihrer Hände Arbeit. Haben die Prof
die anderen Prof Bourgeoisie uns ...

Die politische Lage — konfisziert

Wirkungen der Frauen- agitation

Anna Boschek



Sowenig auch die Organisation der Frauen in den Zeiten, die wir schildern, bedeutet hat, nach außen, für die große Öffentlichkeit und für das Bürgertum, war sie doch von nennenswerter Bedeutung. Die Zeitungen schrieben viel über die Frauenversammlungen, sie brachten Äußerungen der Rednerinnen und beschäftigten sich mit den streikenden Frauen. Die Genossinnen, die die Agitation leiteten, dehnten ihre Tätigkeit auf immer neue Gebiete aus, sie veranstalteten nicht nur demonstrative Frauenversammlungen, sie setzten sich mit Fabriken in Verbindung und gewannen Genossinnen, die die „Arbeiterinnen-Zeitung“ in die Fabriken mitnahmen und dort Abonnenten warben. Mit der Zeit kam es dazu, daß sie die Arbeiterinnen zu §-2-Versammlungen einladen konnten. In den Textil-, Schokolade-, Zigarettenpapier- und Kartonnagefabriken wurden die Arbeiterinnen auf das schrecklichste ausgebeutet. Im Sommer 1893 fand im Parlament eine Enquête statt, um über die Änderung der Gewerbeordnung zu beraten. Es wurden Experten auch aus den Kreisen der Arbeiterschaft eingeladen. Die Gewerkschaft der Textilarbeiter und -arbeiterinnen, in deren Vorstand ich damals mitarbeitete, delegierte mich als Sachverständige. Es war in den ersten Augusttagen 1893, als ich vor der Enquêtékommision im Parlament zu erscheinen hatte. Nach dem stenographischen Protokoll führte ich aus: Die Frage geht dahin, ob die Lohnarbeiter „gemeinster Art“ — wie es hier heißt — in das VI. Hauptstück der Gewerbeordnung einbezogen werden sollen. Ich gehe von der Ansicht aus, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen,

mögen sie welcher Kategorie immer angehören, auch jene, welche man mit dem Namen „Dienstboten“ bezeichnet, in das VI. Hauptstück der Gewerbeordnung einbezogen werden sollen. Es gibt sehr viele Kleinmeister, weibliche sowohl wie männliche, welche Frauen oder Mädchen unter der Angabe zu sich nehmen, sie stünden im Dienstverhältnis, sie seien als Dienstboten bei ihnen. Man findet aber sehr häufig, daß diese als Dienstboten eingetragenen Personen in Wäschereien, Maschinstrickereien und Nähereien zu rein gewerblichen Arbeiten verwendet werden und dazu noch in welch ausschreitendem Maße! Frauen und Mädchen müssen von 5 Uhr morgens bis 9, 10, 11 Uhr nachts gewerbliche Arbeiten verrichten und genießen nicht den geringsten Arbeiterschutz; sie werden im ärgsten Maße ausgebeutet und bekommen den Lohn von Dienstmädchen, das ist ein Monatslohn von acht oder zehn Gulden. Sie müssen den ganzen Tag gewerbliche Arbeiten und jene des Dienstmädchens verrichten. Die Dienstbotenordnung, welche wir aus dem Jahre 1810 haben, gewährt den sogenannten Dienstboten nicht den geringsten Schutz, es ist deshalb sehr notwendig, daß auch diese in den Arbeiterschutz einbezogen werden.

§ 94 der Gewerbeordnung* ermächtigt den Handelsminister, im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern im Verordnungswege jene gefährlichen und gesundheitsschädlichen gewerblichen Verrichtungen zu bezeichnen, bei welchen die jugendlichen Hilfsarbeiter oder Frauenspersonen gar nicht oder nur bedingungsweise verwendet werden dürfen. Wir haben eine Reihe solcher Gewerbeunternehmungen, welche solche jugendliche oder weibliche Arbeiter verwenden. Freilich heißt es „bedingungsweise“, aber das kann man nirgends konstatieren. Wir haben Gummiwarenfabriken, zum Beispiel eine solche hier in Wien, im zehnten Bezirk, wo die Atmosphäre mit Benzin und ähnlichen Stoffen geschwängert ist, wo die Frauen nicht nur zehn Stunden — früher war die Arbeitszeit gar elf Stunden, jetzt ist sie infolge eines Streiks auf zehn Stunden herabgesetzt — arbeiten müssen, sondern wo sogar noch Überstunden bewilligt worden sind. Anstatt daß der Handelsminister von diesem Gesetz Gebrauch gemacht und die Arbeitszeit in diesem Betrieb herabgesetzt hätte, sind noch Überstunden bewilligt worden, und die Frauen durften Überstunden machen, und zwar bei einem Wochenlohn von 1 Gulden 80 Kreuzer bis 3 Gulden. Wie da eine Arbeiterin, die in einer mit Benzin, Schwefel und anderen schädlichen Stoffen erfüllten Luft länger als zehn bis elf Stunden arbeiten muß, aussehen kann, kann jeder ermesen.

Ebenso ist es in den Appreturfabriken. Durch den Streik der Arbeiterinnen** ist es allerdings gelungen, die Arbeitszeit, welche früher mit den Überstunden 13 Stunden betragen hat, auf zehn Stunden herabzusetzen; nichtsdestoweniger müssen diese Arbeiterinnen bei einer Hitze von 45 bis 50 Grad arbeiten und außerdem sind jetzt Überstunden bewilligt worden. Auch hier macht der Handelsminister von dem § 94 keinen Gebrauch. Die Frauen müssen jetzt, trotzdem sie im Streik eine zehnstündige Arbeitszeit errungen haben, mit den Überstunden elf bis zwölf Stunden arbeiten. Bei dem Fabrikanten Heller in Gumpendorf arbeiten 90 Arbeiterinnen in dieser

* Das war der Abschnitt, welcher die Arbeiterschutzbestimmungen enthielt.

** Im Mai 1893.

**Frauenarbeit von
5 Uhr morgens bis
11 Uhr nachts**

**Überstunden über
zehn tägliche
Arbeitsstunden
unter Einwirkung
von Benzin- und
Schwefeldämpfen**

**Überstundenarbeit
bei 45 bis 50 Grad
Hitze**

Die Totenkammer von Schlöglmühl

Eine hoch- schwängere Frau bricht zusammen

Weise. In der Papierfabrik „Schlöglmühl“ wurden im vorigen Jahre Arbeiterinnen die ganze Nacht zur Arbeit angehalten. Die Räumlichkeiten sind derartige, daß man im Volksmund diese Fabrik nicht anders nennt, als „die Totenkammer von Schlöglmühl“. Es ist ganz schauerlich, wie es dort zugeht. Von dem elfstündigen Normalarbeitstag wird kein Gebrauch gemacht; es herrscht die zwölfstündige Arbeitsschicht, und zwar von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends und von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Es wird keine einständige Pause eingehalten, sondern die Frauen können nur während einiger Minuten etwas zu sich nehmen; untersteht sich eine, Schlaf zu bekommen, so wird ihr eine Strafe diktiert.

Ich habe einmal diese Angelegenheit in einer Versammlung besprochen und bin darauf von der Polizei vorgeladen worden, wo man mir sagte: „Die Schlöglmühl gehört nicht zu Wien, das geht uns nichts an.“ Aber ich glaube, auch „Schlöglmühl“ gehört zu Österreich, auch den dortigen Arbeiterinnen muß Schutz gegen die krasse Ausbeutung gewährt werden. Auch von den Tabakfabriken kann ich nicht rühmen, daß man dort humaner ist. In der kärntnerischen Tabakfabrik soll seit kurzem von dem § 94 Gebrauch gemacht und die Arbeitszeit auf neun Stunden herabgesetzt worden sein. Ich habe noch keine Beweise, daß dies wahr ist, aber ich weiß, daß in Stein an der Donau und in Linz u. a. zehn Stunden gearbeitet wird. Als in Stein die Arbeiterinnen an den Fabrikdirektor um eine Lohnerhöhung herantraten — sie hatten 60 Kreuzer pro Tag — da bekamen sie drei Kreuzer Lohnerhöhung, aber die Arbeitszeit wurde auf $10\frac{1}{2}$ Stunden verlängert. (Hört!) So sieht es in den k. k. Tabakfabriken aus. Auf den Kaiseremühlen in der Appreturfabrik von Edlinger mußten die Frauen im vergangenen Winter täglich drei Überstunden machen. Als es sich ereignete, daß eine Frau, die ihre Niederkunft erwartete, kurz vor dem Ende der Arbeit ohnmächtig zusammenbrach, sagte man: „Die Leute sind zu faul, zu arbeiten.“ Es ist von der Arbeiterschaft wiederholt die Anzeige an den Gewerbeinspektor erstattet worden, daß in dieser Fabrik Überstunden gemacht werden, ja, daß man sich damit nicht begnügt hat, sondern die ganze Nacht hat arbeiten lassen. Was ist geschehen? Der Gewerbeinspektor sollte einmal um 7 Uhr abends zur Inspizierung in die Fabrik kommen, und an demselben Tage wurden alle Arbeiterinnen um 6 Uhr nach Hause geschickt. Am nächsten Tage mußten sie wieder die Nacht hindurch arbeiten. Erst nachdem diese Sache in den Arbeiterblättern veröffentlicht worden, wurden diese Überstunden abgeschafft, aber bestraft wurde der Fabrikant nicht. Wegen des Mangels an Schutzvorrichtungen wurde der Fabrikant Edlinger gleichfalls angezeigt. Es sind dort in der Zeit vom Dezember 1892 bis Februar 1893 drei Arbeiterinnen verwundet worden; einer wurde das Fleisch vom Oberarm ganz heruntergerissen. Was ist geschehen? Am 11. Juli hat die Verhandlung stattgefunden, und trotzdem drei Arbeiterinnen in kurzer Zeit verunglückt sind, ist der Fabrikant nur zu 25 Gulden Geldstrafe verurteilt worden. Das war das Leben von allen diesen Arbeiterinnen wert! Wenn es mit dem Arbeiterschutz so steht, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Arbeiter sagen, daß alle Gesetze nur auf dem Papier stehen.

Auch in den Zündhölzchenfabriken wird von dem § 94 kein Ge-

brauch gemacht. Den Arbeiterinnen, die dort längere Zeit beschäftigt sind, fällt das Fleisch vom Kiefer, infolge der Beschäftigung mit den giftigen Stoffen. Diese Frauen bringen entweder tote oder nicht lebensfähige Kinder zur Welt. Im § 96 b heißt es: „Jugendliche Hilfsarbeiter zwischen dem vollendeten 14. und 16. Lebensjahr dürfen nur zu leichteren Arbeiten verwendet werden, welche der Gesundheit dieser Hilfsarbeiter nicht nachteilig sind und deren körperliche Entwicklung nicht hindern.“ Wer hat darüber zu entscheiden, ob die Jugendlichen nicht zu schweren Arbeiten verwendet werden? Der Fabrikant. Und dieser verwendet sie genau so zu allen schweren Arbeiten wie die anderen Arbeiter. Es existiert kein Schutz für diese jugendlichen Hilfsarbeiter. Nur wenn die Fabrikanten, die das Leben unzähliger Arbeiter auf das Spiel setzen, nicht mit 25 Gulden bestraft werden, während jeder Arbeiter wegen einer Geringfügigkeit in den Kerker muß, nur wenn solche Fabrikanten, welche das Gesetz übertreten — sie als die Gebildeteren der Gesellschaft sollten das Gesetz doch besser kennen —, energisch gestraft werden, nur dann können wir hoffen, daß endlich auch die Fabrikanten die Gesetze achten werden.

Weiter führte ich aus:

Es existieren viele Fabriken, wo die Arbeiterinnen Arbeit für die Nacht nehmen. Da die Nachtarbeit für die Frauen in den Fabriken eingeschränkt ist, so bekommt jede Frau soviel Arbeit nach Hause als sie will. In der Schokoladefabrik Küfferle werden die Arbeiterinnen gefragt, ob sie Arbeit nach Hause nehmen wollen; sie werden dazu nicht gezwungen, tun sie es aber nicht, so sind sie allen möglichen Schikanen ausgesetzt. Man sagt, die Arbeiterinnen verdienen dort über 10 Gulden wöchentlich, in der Fabrik verdienen sie jedoch höchstens 5 bis 5½ Gulden; sie nehmen aber die Arbeit nach Hause und arbeiten mit Hilfe der Mutter und der Geschwister bis 2 oder 3 Uhr früh, dann schlafen sie 2 bis 3 Stunden und gehen wieder an die Arbeit. Wenn sich einer Arbeiterin bei den Hungerlöhnen die Gelegenheit ergibt, etwas mehr zu verdienen, so denkt sie natürlich nicht an die Schädigung ihres Körpers. Das sollte den Fabrikanten verboten und sie sollten im Übertretungsfalle bestraft werden.

Wie es mit der Koalitionsfreiheit unter den Arbeitern steht, mag folgender Fall beweisen: Der Direktor in der Fabrik Küfferle hat in der Fabrik einen Bogen herumgehen lassen, in welchem alle Arbeiterinnen unterschreiben sollten, daß sie nicht mehr in Versammlungen und Vereine gehen. Jede Arbeiterin, welche die Unterschrift verweigert, muß natürlich fürchten, entlassen zu werden. Man hat es schlauerweise so gemacht, daß man zuerst zu zwei Arbeiterinnen gegangen ist, die als Sozialdemokratinnen verrufen sind. Als diese sich weigerten, zu unterschreiben, sagte man ihnen: Es gehen auch in den anderen Sälen solche Bogen herum, und alle Arbeiterinnen haben schon unterschrieben. Was sollten diese zwei armen Mädchen tun? Unterschreiben sie nicht, so liegen sie auf dem Pflaster. Das sind also die Fabrikantenkniffe. Dann ist man mit dem Bogen weitergegangen und hat gesagt: Seht, eure beiden Führerinnen haben zuerst unterschrieben! Man stellt Spione auf, ob sich eine Arbeiterin untersteht, in eine Versammlung zu gehen. Am nächsten Tag weiß es der Direktor und da werden solche Arbeiterinnen ins Verhör genommen: „Wo sind Sie gestern hingegangen? Sie sind ja nicht nach Hause gegangen!“ Ein solches Vorgehen der Fabrikanten

**Der gesundheit-
mordende
Fabrikant
25 Gulden Strafe —
für die abwehrende
Arbeiter-Kritik
Kerker**

**Fabrikantenterror
auch damals schon**

Fabriksspione

**Der Gewerbe-
inspektor kommt,
der Raub der
Gesinnungsfreiheit
wird fortgesetzt**

muß streng bestraft werden, und zwar nicht mit einigen Gulden Strafe, denn die pressen die Fabrikanten dem Arbeiter wieder aus, sondern ebenso, wie die Arbeiter bestraft werden: Mit Arrest!

Auf die Frage, ob ich für das Wahlrecht der Frauen sei, antwortete ich:

„Man nimmt bei der Arbeit auf das Geschlecht keine Rücksicht, man darf auch bei der Vergebung von Rechten auf das Geschlecht keine Rücksicht nehmen; die Frau ist Mitarbeiterin, sie ist mittätig und sie schafft mit, die indirekten Steuern aufzubringen, sie ist also auch berechtigt, dieselben Rechte zu haben, wie die arbeitenden Männer.“

Diese Ausführungen hatten zur Folge, daß nach einigen Tagen der Gewerbeinspektor in die Schokoladefabrik Küfferle kam und die Arbeiterinnen befragte, ob die Angaben richtig seien, die in der Enquête über sie gemacht wurden. Keine der Lohnsklavinnen wagte, meine Angaben zu bestätigen. Als aber der Gewerbeinspektor mit erhobener Stimme sagte: „So hat das Fräulein Dworak im Parlament die Unwahrheit gesprochen“, da regte sich bei einigen das Gewissen. Sie sagten aus, daß die Angaben in der Enquête auf Wahrheit beruhten. Die ärgsten Übertretungen der Arbeiterschutzgesetze nahmen von da an in dieser Fabrik ein Ende, aber unter den Arbeiterinnen zirkulierte ein Bogen zur Unterschrift, womit sie sich verpflichteten, keine von mir einberufene Versammlung in Hinkunft zu besuchen.

*

Dieser amtlichen Enquête folgte im Jahre 1896 eine private. Männer, deren Namen den besten Klang hatten, wie der jetzige Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Professor Masaryk, der spätere Minister Dr. Kaizl, die Wiener Sozialpolitiker Dr. Hainisch, Dr. Fürth, Frau Rosa Mayreder, Auguste Fickert und andere gehörten der Kommission an. Von Sozialdemokraten beteiligten sich Viktor Adler, die Genossinnen Schlesinger, Boschek, Lippa und ich. Viele in der Gewerkschaftsbewegung tätige Parteigenossen arbeiteten mit. Ein umfangreiches, mehrere hundert Seiten starkes Buch ist über diese Erhebungen erschienen. Es enthält schreckensvolle Daten aus dem Leben der Arbeiterinnen. Ein Schritt zur Besserung ist von der Regierung nicht unternommen worden. An die Gewerbeinspektoren ist vom Handelsministerium die Weisung ergangen, jene Berufe festzustellen, in welchen die Verwendung von Frauen wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit zu verbieten sei. Als die Ge-

werbeinspektoren die Beschäftigung an Transmissionen und beim Baugewerbe als gefährliche Arbeiten für die Frauen bezeichneten, schrie die Handelskammer auf. Einer der Herren Kammerräte (Ritter v. King) polemisierte gegen die Gewerbeinspektoren und meinte, das Baugewerbe würde schweren Schaden erleiden, wenn es auf die billige Frauenarbeit verzichten müßte. Die Transmissionsmaschinen aber seien für die Frauen nur wegen ihrer Kleidung gefährlich, würden sie Hosen anziehen, dann wäre die Gefährlichkeit beseitigt. Die einzige greifbare Wirkung all dieser von bürgerlicher Seite unternommenen und unterstützten Bestrebungen, die Lage der Arbeiterinnen zu verbessern, war der erhöhte Ruf der sozialdemokratischen Frauen in den Versammlungen nach weiblichen Gewerbeinspektoren. Dr. Viktor Adler wurde nach seiner Wahl in das Parlament der nie ruhende Vorkämpfer für diese Forderung. Ihm ist die Ernennung der ersten weiblichen Gewerbeinspektorinnen zu verdanken.

Ohne Ausbeutung
der Frauen
schwerer Schaden
fürs Baugewerbe

Die Frauen ehren die März-gefallenen

Emma Adler



Die Genossinnen beteiligten sich auch in immer größerer Zahl an der Demonstration, die alljährlich am Grabe der Märzgefallenen vom Jahre 1848 stattfand. Aus den entferntesten Bezirken kamen sie zu Fuß. Auch wenn es vorkam, wie beispielsweise 1893, daß man auf dem weiten Weg über die Simmeringer Hauptstraße Schneemassen und Eisschollen zu überwinden hatte und wenn der Wind eisig tobte, man ließ sich nicht zurückhalten, bei dem Märzgefallenen-Obelisk zu erscheinen und mitzugeloben, die Ideale, für welche die unter dem Obelisk Begrabenen ihr Leben gelassen, weiter zu pflegen und in Ehren zu halten.

Da hatte 1896 Emma Adler, Viktor Adlers Gattin, die von allem Anfang an mit Begeisterung und Hingebung der Bewegung gedient hatte, und die lieber Armut und Entbehrung auf sich nahm, ehe sie ihren Gatten gehindert hätte, auch nur einen Schritt weniger für die Arbeiterbewegung zu tun, als er getan hat, den Genossinnen die Anregung gegeben, für die Märzgefallenen einen Lorbeerkranz aus Silbergarn zu verfertigen. In ganz Wien wurden vor dem 13. März 1896 von den Genossinnen Lorbeerblätter aus Silbergarn hergestellt. Diejenigen, welche Mangel an Zeit oder kein Geschick für solche Arbeiten hatten, spendeten das Geld, womit das Material eingekauft wurde. Und am 13. März wurde abwechselnd von je vier Genossinnen der schwere Kranz getragen und am Obelisk niedergelegt. Auf der roten Schleife stand: Den Freiheitskämpfern

des 13. März — Wiens organisierte Arbeiterinnen. Die Genossinnen, die den Kranz trugen, rechneten sich dies als besondere Auszeichnung an.

Hier sei dankend gesagt, daß Emma Adler, ohne je im Vordergrund zu stehen, eine stets hilfsbereite Freundin der Arbeiterinnenbewegung war. Schon vor der Gründung des Arbeiterinnen-Bildungsvereines hat sie als Lehrerin der englischen und französischen Sprache im Arbeiterbildungsverein Gumpendorf Außerordentliches geleistet. Ihre Sprachkurse wurden oft von 200 Teilnehmern besucht.

Wie der große Führer Viktor Adler über seine Frau dachte, soll an einer kleinen Episode gezeigt werden. Einst saßen Genossen und Genossinnen nach einer Wiener Konferenz (damals Lokalorganisation genannt) gesellig beisammen. Genosse Adler zeigte die Photographie seiner Frau, die von allen enthusiastisch bewundert wurde. Man rühmte ihre Schönheit und eine der Genossinnen sagte, daß er auf seine Frau stolz sein könne. Er antwortete: „Auf ihre Schönheit bin ich nicht stolz, aber auf ihren Charakter!“ Dies führte dazu, daß sich eine Diskussion über Ehe und Familie entwickelte. Viktor Adler meinte: „Unsere Frauen haben es alle nicht gut. Wir sind keine guten Ehemänner. Wir haben Zeit für alle anderen Menschen, Zeit und Geduld, nur für unsere Frauen nicht. Wenn diese mit uns glücklich sein wollen, müssen sie schon sehr anspruchslos sein oder sehr gute Parteigenossinnen.“

**Unsere Frauen
haben es alle nicht
gut**

Die erste Frauen- reichs- konferenz



Leopold Winarsky



Dr. Fritz Winter

Während die Arbeiterinnenbewegung in Wien durch das Organisationskomitee, durch den Arbeiterinnen-Bildungsverein und die „Libertas“ getragen wurde, war die Provinz nur durch die „Arbeiterinnen-Zeitung“ mit der Wiener Bewegung verbunden. Ich hatte nach meiner Anstellung Verbindung mit den Vertrauensmännern der Provinz gesucht. Die Genossen wurden gebeten, Adressen von Frauen bekanntzugeben, die mit der Bewegung sympathisierten, damit ich mit diesen in Verbindung treten könne. Manche Genossen erfüllten diese Bitte, andere wieder mußten erklären, daß sie mit Arbeiterinnen noch gar nicht in Verbindung seien. Aber das Schreiben aus Wien hatte doch eine Anregung gegeben. Vielfach wurde eine Rednerin verlangt, um durch eine Frauenversammlung die Grundlage zu einer Organisation zu schaffen. Den Arbeiter-Bildungsvereinen gehörten fast überall einige Frauen an, mit diesen wurde der Versuch unternommen, eine Bewegung unter den Frauen selbst zu entfalten. So kamen Agitationsreisen von einer bis zu zwei Wochen, manchmal auch bis zu drei und vier Wochen zustande, wo ganze Provinzen von einer Rednerin bereist wurden. Das mußte so sein, um die Reisekosten von Wien in die Provinzen für die einzelnen Orte zu vermindern. Besonders lebhaft setzte die Agitation in den deutschböhmisches Industriegebieten ein. Glasarbeiterinnen, Porzellanarbeiterinnen, Textilarbeiterinnen waren in

Deutschböhmen die ersten Pionierinnen für die sozialdemokratische Frauenbewegung. Waren doch das die Hauptindustriegebiete, wo sich schon frühzeitig eine bedeutende Frauenarbeit entwickelte. In Mähren und Schlesien waren es neben den Textilarbeiterinnen die Arbeiterinnen der Tabakfabriken, die für die Bewegung gewonnen wurden. In anderen Gebieten wieder mußte man sich auf die Frauen der Genossen und auf die zu Hause arbeitenden Frauen beschränken. In Wien waren es Arbeiterinnen aller Berufe sowie Frauen, die in der Heimarbeit und im Haushalt tätig waren, die für die Bewegung in Betracht kamen.

Um eine bessere Verbindung zu schaffen und um Richtlinien aufzustellen über die Fragen, die in der Agitation in erster Linie vertreten werden mußten, beschloß im Winter 1897 das Frauenorganisationskomitee, zu den Osterfeiertagen des nächsten Jahres die erste sozialdemokratische Frauenreichskonferenz für Österreich einzuberufen. Dieser Beschluß wurde überall, wo Frauen für den Organisationsgedanken gewonnen waren, mit Enthusiasmus begrüßt. Um die Geldmittel zu beschaffen, wurden Sammelbogen ausgegeben und im ganzen Lande verschickt. Wegen dieser Aktion wurde ich vom Wiener Magistrat wegen unbefugten Sammelns zu einer Geldstrafe von fünf Gulden verurteilt. Auf meine Bemerkung, daß mir fünf Gulden zu viel seien, fragte mich der betreffende Magistratsbeamte, was ich zahlen könne, worauf ich ihm antwortete: „Einen Gulden.“ Ich mußte schließlich zwei Gulden zahlen.

Groß waren die Schwierigkeiten, die wir in der Organisation selbst zu überwinden hatten. Der Parteivorstand war mit der Einberufung der Konferenz einverstanden. Von Gewerkschaften wurden aber Einwendungen erhoben. Auch Fachblätter nahmen gegen die Konferenz Stellung, so vor allem die „Solidarität“, das Organ der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen. Die Arbeiterinnen dieser Branche aber schickten begeisterte Zuschriften und polemisierten gegen den Standpunkt, den ihr Fachblatt einnahm. In einer Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften sollte das Organisationskomitee Aufklärung über den Zweck der Konferenz geben. Es gab eine mehrstündige Debatte, bei welcher Genossen, die sonst der Frauenorganisation sehr wohlwollend gegenüberstanden, schwere Bedenken gegen die Konferenz erhoben. Die Gründe zu diesem Verhalten waren nicht kleinlich-persönlicher Natur,

Um die Strafe
kann man handeln

Bedenken der Gewerkschaften

sondern von der Sorge diktiert, daß das Aufpeitschen der Frauen für eine spezielle Frauenorganisation, diese von den Gewerkschaften fernhalten könnte. Die Gewerkschaften aber hatten alles Interesse, die Arbeiterinnen zu gewinnen, obwohl es damals noch viele Branchen gab, die die Bedeutung der Organisierung der Arbeiterinnen noch nicht erfaßt hatten. Das aber war für die Genossinnen ein neuer Antrieb, die Arbeiterinnen wenigstens einer Frauenorganisation mit politischem Charakter zuzuführen.

Waren doch die Frauen weder in den Gewerkschaften noch in den Bildungsvereinen in größerer Zahl organisiert. Das Organisationskomitee, dessen Mitglieder unter den schwierigsten Verhältnissen in der Provinz arbeiteten, war der Meinung, es sei besser, die Arbeiterinnen zuerst wenigstens für eine spezielle Frauenorganisation zu gewinnen, als sie ganz unorganisiert zu lassen. Da alle Genossinnen von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt waren und selbst viele Versammlungen bei Berufsarbeiterinnen abhielten, konnten sie beurteilen, wie vor allem die gewerkschaftliche Organisation den Arbeiterinnen Schutz und Stütze geben würde.

Das Organisationskomitee verteidigte in der Plenarversammlung der Gewerkschaften seinen Standpunkt und beharrte auf dem Abhalten der Konferenz zu Ostern, als vorgeschlagen wurde, die Konferenz wenigstens bis zu Pfingsten zu vertagen. Am Samstag vor Ostern kamen die Delegierten zu einer Vorbesprechung im Privatlokal des Arbeiter-Bildungsvereines in Wien zusammen. Die Frauenreichskonferenz tagte an den beiden Osterfeiertagen. Der Parteivorstand war durch Viktor Adler und Winarsky vertreten, die Gewerkschaftskommission durch ihren Obmann Nietzsche und Robert Preußler. Die Delegierten der Gewerkschaftskommission beantragten, die Mitglieder des Frauenreichskomitees zur Hälfte von der Frauenkonferenz und zur Hälfte von der Plenarversammlung der Gewerkschaften wählen zu lassen. In organisatorischer Beziehung wurde über Vorschlag der Delegierten der Gewerkschaftskommission beschlossen:

„Es sollen in den Berufs-, Allgemeinen Gewerkschafts- und Bildungsorganisationen, in den ersten beiden für die in Industrie und Gewerbe, in den letzten für die im Haus tätigen Frauen Sektionen nach Bedarf errichtet werden, deren hauptsächliche Aufgabe nebst der Wahrung der besonderen Interessen der Frauen die Besorgung der Agitation und Organisation unter den Arbeiterinnen ist. Um eine zweckmäßige Verbindung und ein einheit-

liches Vorgehen der in den Sektionen organisierten Frauen zu bewerkstelligen, wird in Wien ein Reichskomitee eingesetzt, dem die Aufgabe zufällt: In wirtschaftlicher Beziehung ein beratendes und für die besonderen Zwecke der Arbeiterinnenbewegung, unter Hinzuziehung der Parteileitung und der Gewerkschaftskommission, den Arbeiterinnen ein richtung- und zielangebendes Organ zu sein.

Außerdem steht dem Reichskomitee die Befugnis zu, mit Anträgen, die den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterinnen förderlich erscheinen, an die Organisationen heranzutreten. Um die Arbeiterinnen zur regen Tätigkeit in den Organisationen anzueifern, wird den Organisationen empfohlen, den weiblichen Mitgliedern eine entsprechende Vertretung in den Vorständen und übrigen Vertretungskörpern einzuräumen. Zur Sicherung eines möglichen Erfolges der Arbeiterinnenorganisation verpflichtet die Konferenz das Frauenreichskomitee zu eifriger Mitarbeit an der zu diesem Behufe von der Organisation einzuleitenden Organisations- und Agitationsarbeit. Bezüglich der Deckung der für die Agitation und Organisation nötigen Mittel, sowohl für die Sektionen als auch für das Frauenreichskomitee, ist von Fall zu Fall an die Verbände, Gewerkschaften und Bildungsvereine heranzutreten und diese sind im Sinne des Konferenzbeschlusses zu deren Aufbringung zu veranlassen. Die laufenden Ausgaben sollen seitens der interessierten Verbände und Vereine je nach der Größe der Arbeiterinnenorganisation durch Pauschalbeiträge geleistet werden. Die Kosten für die Organisation und Agitation in jenen Berufen, in denen noch keine Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen besteht, soll nach Anhörung des Frauenreichskomitees die Gewerkschaftskommission tragen."

Weiter wurde beschlossen:

„Die Konferenz der klassenbewußten Arbeiterinnen Österreichs steht auf Grund der Beschlüsse der Parteitage und Gewerkschaftskongresse prinzipiell auf dem Standpunkt der gewerkschaftlichen Organisation und macht es den Genossinnen zur Pflicht, an allen Orten, in welchen eine solche besteht, ihr als ordentliche Mitglieder beizutreten. Ebenso werden die Genossinnen aufgefordert, diese Bestrebungen der Arbeiterinnen energisch und mit besonderer Rücksichtnahme auf die materiell viel schlechter gestellten Frauen zu unterstützen.“

Außerdem wurden Beschlüsse gefaßt, die das zu wählende Frauenreichskomitee beauftragten, sich vor allem um die Organisation der in der Textil- und Tabakindustrie beschäftigten Arbeiterinnen zu bemühen.

*

Als die Frauenreichskonferenz geschlossen war, fand abends in der Gumpendorfer Bierhalle ein Festkommers statt, bei welchem Viktor Adler sprach. In der „Volkstribüne“, dem Wochenblatt der Partei, wurde nach der Konferenz lebhaft über deren Zweck diskutiert. Die Berichterstattung führte zu einer Diskussion nicht nur in der „Volkstribüne“ selbst, sondern in dem damaligen Wiener Ausschuß, wo Marie Krása eine

Ein Reichskomitee
wird gewählt



Auch die verheiratete Frau muß aus der kapitalistischen Sklaverei befreit werden

unermüdliche Verteidigerin der Bestrebungen der Genossinnen war.

Im selben Jahre fand zu Pfingsten ein Parteitag in Linz statt. Dort stellte Dr. Cz e c h, Brünn, die Anfrage, was die Parteivertretung zur Förderung der Arbeiterinnenorganisation getan habe, und forderte darüber einen Bericht. Marie B e u t e l m e y e r interpellierte, in welcher Weise die Parteivertretung das Zustandekommen der Frauenkonferenz unterstützt habe, da eine Stelle im Parteibericht dies behauptete. Darauf antwortete der Parteisekretär, daß es in der Frauenfrage zwei Ansichten gäbe, daß die Verheirateten anders darüber denken als die Unverheirateten. Viktor A d l e r erklärte prinzipiell, daß die verheiratete Frau genau so wie die ledige aus der kapitalistischen Sklaverei befreit werden müsse, die Männer sind mit schuld, wenn es nicht recht vorwärtsgehen will. Die Parteivertretung habe bisher tatsächlich wenig für die Arbeiterinnenbewegung geleistet.

Das Frauenreichskomitee, das zur Hälfte in der Plenarversammlung der Gewerkschaften und zur Hälfte von der Frauenreichskonferenz gewählt war, entfaltete emsige Tätigkeit. Die Genossinnen arbeiteten in den Gewerkschaften, stellten sich den Branchen für Versammlungen und Besprechungen zur Verfügung, einige waren ununterbrochen in den Industrieorten der Provinz tätig, aber wieder muß gesagt werden: die Zeit war noch nicht gekommen, wo man die



Amalia Pölzer

Frauen in größeren Massen für die Gewerkschaften gewinnen konnte. Eine allgemeine Frauenorganisation, der die Frauen hätten beitreten können, gab es aber nicht. Der Arbeiterinnen-Bildungsverein wurde als veraltet angesehen,

Die Gründung von Sektionen in den Gewerkschaften ging nur spärlich vonstatten. Die erfolgreichsten waren die Frauen-sektionen im Fachverein der Buchbinder und der kaufmännischen Angestellten. In diesen beiden Organisationen arbeitete Therese Schlesinger und sie verstand es, einen Stab von Genossinnen heranzubilden, von welchem noch heute Funktionärinnen in diesen Organisationen mitarbeiten.

Auch in der Union der Textilarbeiter entstanden da und dort Sektionen.

Mittlerweile war aber die christlichsoziale Partei groß geworden und der Bürgermeister von Wien, Dr. Karl Lueger, hatte es verstanden, die Frauen für seine Partei zu erobern. Der christlichsoziale Frauenbund wurde gegründet und entfaltete seine leidenschaftliche Tätigkeit. Alle Mittel wurden in den Dienst dieser Agitation gestellt: die Kirche und das Wirtshaus, die Wallfahrt und der Ballsaal. Nach dem großen Wahlsieg der Christlichsozialen im Jahre 1897, wo sie alle Mandate in der fünften Kurie eroberten und die Sozialdemokraten in Wien um die ganzen Früchte ihrer jahrelangen Wahlkämpfe betrogen wurden, konnte Bürgermeister Lueger bei der Siegesfeier der Christlichsozialen sagen: „Wir verdanken den Frauen unseren Sieg.“ Die sozialdemokratische Partei aber hatte noch keine große

**Wir verdanken den
Frauen unseren
Sieg**

Frauenorganisation. Es wurde noch um die Form gerungen. Wohl hatten die Genossinnen, die in Gewerkschaften und Bildungsvereinen organisiert waren, an den Wahlkämpfen mitgewirkt. Genossinnen trieben christlichsoziale Wahlwerber aus ihren Wohnungen hinaus. Spülwasser und nasse Fetzen wurden in Gebrauch genommen, um die christlichsozialen Agitatoren zu vertreiben. Die Frauen taten alles, um der Partei zum Siege zu verhelfen. Genossen begannen sich für eine politische Organisation der Frauen einzusetzen. Sie verlangten immer wieder, es solle für die sozialdemokratischen Frauen eine ähnliche Organisation gebildet werden, wie es der christlichsoziale Frauenbund war. In Favoriten bereitete sich die Möglichkeit dazu vor. Im Wahlkampf von 1901 haben die Genossinnen des 10. Bezirkes unter schwierigen Verhältnissen unter der Führung von Amalia Pölzer und Therese Schlesinger aufopferndste Arbeit geleistet. Dies wurde von den Genossen anerkannt und im Jahre 1901 wurden die Statuten für einen Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen eingereicht. Die Gründung des Vereines erfolgte 1902, nachdem die Statuten nach wiederholtem Zurückweisen endlich bewilligt worden waren.

Im Jahre 1902 erfolgte auch die Umwandlung der Gewerkschaft der Näherinnen in den Zentralverein der Heimarbeiterinnen. Die Antipathien gegen eine politische Frauenorganisation waren noch immer so groß, daß die Delegierte der Frauen beim Parteitag nicht über den Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen sprach, sondern nur über die Gründung des Heimarbeiterinnenverbandes. Für diesen bat sie um die Unterstützung der Parteigenossen. Obwohl ich meiner ganzen Anschauung nach die politische Frauenorganisation für ebenso notwendig und wichtig hielt, wie die gewerkschaftliche, schien es mir doch klüger, die noch vorhandene Abneigung gegen die politische Betätigung der Frauen zu berücksichtigen, um später im Einvernehmen mit allen denselben Zweck zu erreichen.

Bei der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines für Frauen und Mädchen im Jahre 1904, also nach zweijährigem Bestande, konnte dieser schon über einen Mitgliederstand von 600 berichten. Dieser verteilte sich auf drei Wiener Bezirke. Der Verein der Heimarbeiterinnen hatte nach ebenso langem Bestand in sechs Wiener Bezirken und in sechs Ortsgruppen der Provinz zusammen 716 Mitglieder. Dieser geringere Erfolg trotz ausgezeichneter Leitung, war doch Anna

Boschek die Vorsitzende und die bekanntesten Genossinnen der Wiener Frauenbewegung Leiterinnen der Ortsgruppen und Vorstandsmitglieder, konnte nur darauf zurückgeführt werden, daß eben Frauen, die nicht direkt in einem Betrieb stehen, weit schwerer dem gewerkschaftlichen Gedanken zugänglich sind als dem politischen.

Bei der zweiten Frauenreichskonferenz im November 1903 wurden noch immer ernste Bedenken gegen die Gründung von politischen Frauenorganisationen erhoben, aber der Drang danach war unwiderstehlich und es entstanden immer mehr Frauenaktionskomitees. In der Provinz wurde das erste in St. Pölten gegründet.

Die zweite Frauenreichskonferenz war bemüht, einen Mittelweg zu finden, der sich in den gefaßten Beschlüssen kundgibt. Es wurde folgende EntschlieÙung angenommen:

Agitation und Organisation.

„Um die gewerkschaftliche und politische Erziehung der Frauen zu fördern, empfiehlt die zweite österreichische Frauenkonferenz:

Die Berufsorganisationen sollen für ihre weiblichen Mitglieder Krankenzuschüsse und Entbindungskostenbeiträge einführen. Die politischen Organisationen sollen zu allen ihren Besprechungen Frauen heranziehen, um sich für alle Aktionen sowie für die Wahrarbeit der Hilfe der Frauen zu versichern und den Indifferentismus der weiblichen Arbeiterbevölkerung allerorts durch wissenschaftliche und politische Aufklärung bekämpfen und die weiblichen Klassengenossinnen zu Mitkämpfern zu erziehen.“

Ausführlich befaßte sich die zweite Frauenreichskonferenz mit den Forderungen über den Arbeiterinnenschutz. Folgendes Programm, das lange Zeit in der Agitation im Vordergrund stand, wurde angenommen:

„In Erwägung, daß alle Enquêtes und Untersuchungen, vor allem die Berichte der Gewerbeinspektoren immer wieder lehren, daß ein erhöhter Schutz der Arbeiterinnen in Fabriken, Werkstätten und der Heimindustrie eine nicht mehr abzuweisende Notwendigkeit ist, erklärt die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz, daß es ein Verbrechen an Leben und Gesundheit vieler tausende Frauen und Mädchen bedeutet, wenn der Stillstand der Arbeiterschutzgesetzgebung noch länger anhält.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz steht auf dem Boden jener Minimalforderungen, welche das sozialdemokratische Parteiprogramm in bezug auf Frauen- und Jugendschutz enthält und fordert insbesondere von jeder Regierung, welche nicht den Schimpf einseitiger Unternehmerfürsorge auf sich laden will, die Einbringung eines Gesetzentwurfes im Parlament zur Einführung des Achtsturentages für alle Arbeiterinnen, die durch stufenweise Herabsetzung auf zehn, respektive neun Stunden zu verwicklichen ist. In gesundheitsschädlichen Betrieben und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine weitere Herabsetzung der

... die nicht den Schimpfeinseitiger Unternehmerfürsorge auf sich laden will

**Kein freier
Samstagnachmit-
tag**

**... wenn das
Kind lebt**

Arbeitszeit auf längstens sechs Stunden vorzusehen. Die Erhöhung der Altersgrenze jugendlicher Arbeiter auf achtzehn Jahre wird gefordert. Indem die Frauenkonferenz auf die im sozialdemokratischen Programm erhobene Forderung nach dem ausnahmslosen Verbot der Nacharbeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern besonderen Nachdruck legt, fordert sie, daß es allen Unternehmern bei Arreststrafe verboten werde, Arbeiterinnen, welche tagsüber in der Fabrik oder Werkstätte beschäftigt sind, Arbeit mit nach Hause zu geben. Der Samstagnachmittag ist den Arbeiterinnen freizugeben, da erst durch diese Einführung die Sonntagsruhe für die verheirateten Arbeiterinnen verwirklicht werden kann.

Zur wirksamen Kontrolle dieser Bestimmungen ist die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf den Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung, ebenso die Einführung weiblicher Gewerbeinspektoren und die Zuziehung von Arbeiterinnen als Kontrollorgane. Da es sowohl durch ärztliche Gutachten als auch durch die praktische Erfahrung längst festgestellt ist, daß die vierwöchige Schutzfrist für Wöchnerinnen nicht genügt, fordert die Frauenkonferenz die Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes auf acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen bei Tot- und Fehlgeburten, weiter kündigunglose Einstellung der Arbeit im letzten Stadium der Schwangerschaft.

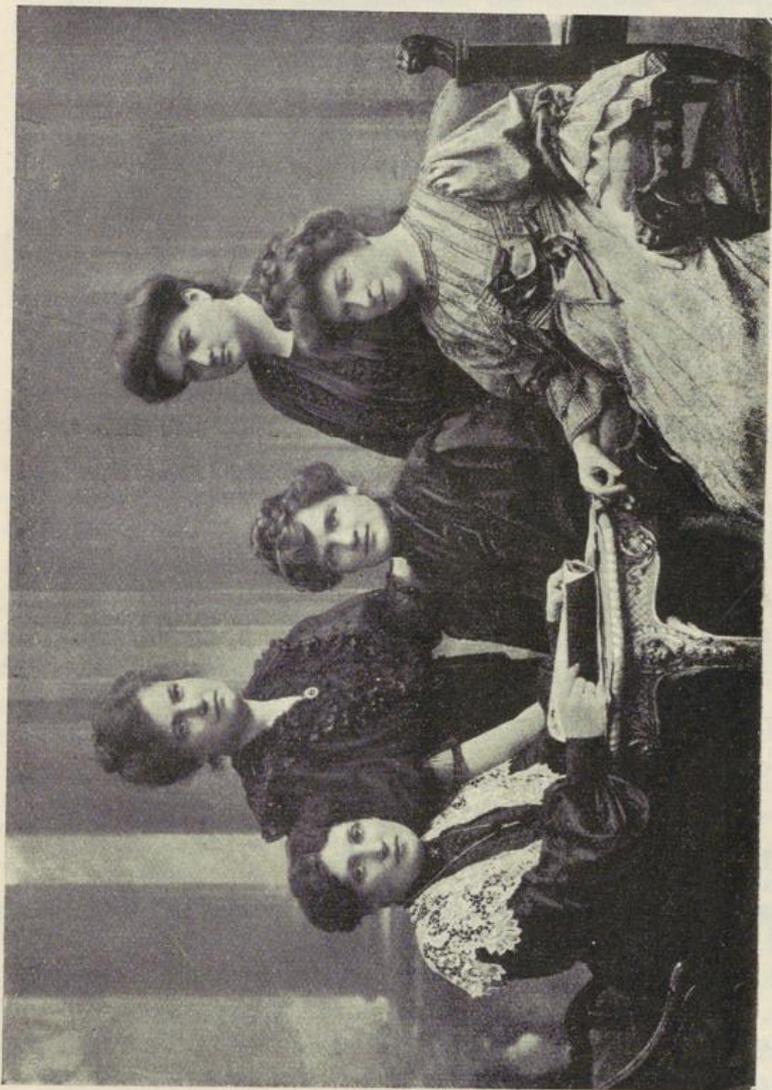
Schwangeren im letzten Stadium und Wöchnerinnen ist von den Krankenkassen für die ganze Dauer der Schutzfrist der Verdienstentgang in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes zu gewähren. Um den Kassen das zu ermöglichen, sind vom Staate Zuschüsse zu leisten.

Im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen fordert die Frauenkonferenz weiter die Errichtung von Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenheimen und Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinden, die Länder und den Staat."

Zum dritten Punkt „Politische Betätigung der Frauen“ erklärte die zweite Frauenreichskonferenz es für dringend notwendig, „daß die proletarischen Frauen ihre eigenen Rechte in Anspruch nehmen lernen und bereit sein müssen, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrecht der Frauen einzutreten.

Nach dieser Konferenz setzte wieder eine sehr rege Tätigkeit ein. Manche Genossinnen arbeiteten hauptsächlich gewerkschaftlich, andere wieder nach beiden Richtungen, politisch sowohl wie gewerkschaftlich. Leopold Winarsky und Dr. Fritz Winter hatten die Gründung des „Vereines sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“ sehr unterstützt. Ein ganzes Jahr hatte es gedauert, bis die Statthalterei die Statuten bewilligte.

Die Exekutive des 1. Frauenreichskomitees 1904



Obere Reihe von links nach rechts: Therese Schlesinger und Adelheid Dworak-Popp
Untere Reihe von links nach rechts: Anna Boschek, Amalie Seidel und Lotte Glas-Pohl

Obwohl die Frauen nach § 30 des Vereinsgesetzes politischen Vereinen nicht angehören durften, war dieser sozialdemokratische Frauenverein doch bewilligt worden. Und obwohl es in den Statuten noch hieß: „Politik und Religion ausgeschlossen“, denn sonst wäre er nicht bewilligt worden, entfaltete er eine recht rege politische Tätigkeit. Der Verein wurde auf den ganzen zweiten Wahlkreis ausgedehnt und erfaßte damit außer Favoriten die Bezirke Simmering und Landstraße.

Beim Parteitag 1905, im Favoritner Arbeiterheim, kam der entscheidende Wendepunkt im Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Während der Rede des Genossen Dr. Ellenbogen kam die Nachricht, in Rußland sei die Revolution ausgebrochen und der Zar habe die Einführung des Wahlrechtes angekündigt.

Am 28. November desselben Jahres ruhte in ganz Wien die Arbeit und von sechs Uhr früh an zogen 200.000 Menschen vor das Parlament, der berühmt gewordene Zug der Viertelmillion, um die Entschlossenheit des Proletariats kundzugeben, nicht mehr zu ruhen, bis die fünfte Kurie beseitigt und das allgemeine Wahlrecht Tatsache geworden ist.

Die Frauen waren bei dieser, wie bei allen Demonstrationen in großer Zahl vertreten. Als 1906 die Situation so stand, daß die Wahlreform zu scheitern drohte, da setzte die Partei einen Generalrat ein, der zuerst einen dreitägigen Generalstreik für Wien vorzubereiten hatte. Diesem Generalrat gehörten auch Frauen an. Das Frauenreichskomitee gab im Einvernehmen mit dem Parteivorstand ein Flugblatt heraus, welches der Vorbereitung der dreitägigen Arbeitsruhe galt und den Frauen zurief:

Darum wird, falls die Dinge weitergehen wie bisher, in den allernächsten Wochen eine

dreitägige Arbeitsruhe in Wien

und **nur** in Wien eintreten.

Dies erste — und letzte — Warnungssignal soll **ausschließlich von der Wiener Arbeiterschaft gegeben werden.**

Genossinnen! seid bereit, wenn es gilt, zu kämpfen und zu siegen!

Es kam nicht zum Generalstreik, da die Wahlreform zum endgültigen Siege geführt wurde. Bei den Wahlen auf Grund des

allgemeinen Wahlrechtes 1907 standen die Genossinnen wieder mitten im Wahlkampf. Am Wahltag organisierten sie den Besuch bei den Wählern, um diese zur Stimmenabgabe für die sozialdemokratische Partei zu veranlassen. Der Wahlsieg, der erreicht wurde, war glänzend und der Gedanke einer politischen Frauenorganisation hatte an Werbekraft ungeheuer gewonnen. Die Genossinnen hegten die Hoffnung, daß eine starke sozialdemokratische Fraktion im Parlament für die politischen Rechte der Frauen kämpfen werde.

Auf dem Parteitag im September 1907 wurde zum erstenmal das System weiblicher Vertrauenspersonen, die die Agitation unter den Frauen zu fördern haben, in das Parteistatut aufgenommen. Auch der Beschluß, alle zwei Jahre im Anschluß an den Parteitag eine Frauenkonferenz abzuhalten, wurde bei diesem Parteitag gefaßt. Viktor Adler erklärte, nachdem Therese Schlesinger die Forderung nach dem Frauenwahlrecht und nach dem gesetzlichen Schutz für Mutter und Kind begründet hatte, daß die sozialdemokratische Fraktion jederzeit die Forderungen der Arbeiterinnen zu vertreten bereit sei, um so mehr, weil die Arbeiterinnen keine eigene Vertretung haben. Ähnlich sprach Matthias Eldersch bei der Frage des Landtagswahlrechtes.

Beim fünften Gewerkschaftskongreß Ende 1907 machte sich ebenfalls der durch die Wahlrechtsbewegung erwachte Geist der Frauen geltend. Anna Boschek stellte die Forderung, nicht nur Vertrauensmänner, sondern auch weibliche Vertrauenspersonen zu subventionieren. Ich sprach über den Schutz der schwangeren Frau und der Wöchnerin sowie über den Kinderschutz. Ich forderte Stillprämien sowie das Eintreten für die Beseitigung der mittelalterlichen Dienstbotenordnungen, die Abschaffung der Polizeigerichtsbarkeit und die Einbeziehung der dienenden Frauen und Mädchen in die Krankenversicherung. Der Referent zu diesem Punkt, Heinrich Beer, erklärte alle Forderungen der Frauen als vollberechtigt. Vom Verband der Schneider wurde durch Genossin Gion ein Antrag gestellt, der ebenfalls mehr Aufmerksamkeit für die Organisation der Arbeiterinnen verlangte sowie allen Genossen die Pflicht auferlegte, in allererster Linie ihre Frauen und Töchter, die berufstätig sind, den betreffenden Berufsorganisationen zuzuführen.

Der niederösterreichische Landesparteitag, der im Dezember 1907 tagte, stellte über Forderung der Genossinnen ein Referat

Der Wahlsieg 1907 und die Frauen

Der Fünf-Uhr-Tee und die Frauen- aktionskomitees

über die Frauenorganisation auf die Tagesordnung. Dort wurde schon die allgemeine Gründung von freien Frauenorganisationen beantragt.

Von 1907 an datiert der Aufstieg der politischen Organisation der Frauen.

Die dritte Frauenreichskonferenz, die im Jahre 1908 in Favoriten stattfand, verfaßte ein vollständiges Programm über den Ausbau der freien Frauenorganisation. Frauenaktionskomitees mit Frauenlandeskomitees an der Spitze wurden eingesetzt. In den Ländern fanden Frauenlandeskongresse statt, wo die Landeskomitees und Landesvertrauenspersonen gewählt wurden. Der Parteitag von 1909 in Reichenberg gab dem von den Genossinnen vorgelegten Regulativ seine Zustimmung. Die Freie politische Frauenorganisation entbehrte aber jeder gesetzlichen Grundlage. Dies fiel niemand auf, bis im St.-Pöltner Kreis die zwölf Mitglieder des Frauenaktionskomitees von Traisen wegen Übertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes angeklagt wurden. Die Verhandlung wurde vor dem St.-Pöltner Bezirksrichter anberaumt. Dr. Fritz Winter beantragte meine Einvernahme als Sachverständige. Der Richter willfahrte diesem Verlangen. So konnte ich vor Gericht ausführen, daß die freie politische Frauenorganisation nicht anders zu behandeln sei als die Fünf-Uhr-Tees der bürgerlichen Damen. Auch dort werde über Politik geredet, ohne daß die Zusammenkünfte der Polizei angemeldet werden, ohne daß ein Regierungsvertreter sie überwache. Anders sei es aber bei den Frauenaktionskomitees auch nicht, nur daß es dort keinen Tee und keine Sandwiches gebe. Der Richter war einsichtig genug, sich dieser Auffassung anzuschließen. Die Genossinnen von Traisen wurden freigesprochen.

Gestützt auf diesen Freispruch, wurden Freisprüche im fünften Wiener Bezirk und in den Sudetenländern erzielt.

Mittlerweile war über Antrag des Frauenreichskomitees Gabriele Profit im Frauensekretariat angestellt worden. Sie war Funktionärin im Verein der Heimarbeiterinnen gewesen, hatte den Redekurs der Genossinnen besucht und war durch ihre Begabung aufgefallen. Sie wurde eine der Trägerinnen der Freien politischen Frauenorganisation und wohl die überzeugteste Vorkämpferin der gemeinsamen Organisation. Der Verband sozialdemokratischer Frauen und Mädchen, der Verein der Heimarbeiterinnen und viele Gewerkschaften führten für ihre weiblichen Mitglieder die „Arbeiterinnen-Zeitung“ obligato-



Gabriele Proft

risch ein. Die Freie politische Organisation ebenfalls. Die Entwicklung der Frauenorganisation und der „Arbeiterinnen-Zeitung“ gingen Hand in Hand. Anfänglich wurde ein Mitgliedsbeitrag von 32 Heller im Monat eingehoben, es wurden Mitgliedskarten ausgefolgt und ein Regulativ ausgegeben. Die Freien Frauenorganisationen wählten sich ihren eigenen Vorstand, ihre Versammlungen wurden angezeigt, sie betätigten sich ganz vereinsmäßig. Der Mitgliedsbeitrag wurde später auf 40 Heller erhöht, die Leistungen der Frauenorganisation wurden immer ansehnlicher.

Die Freie politische Frauenorganisation war mit ihrem 40-Heller-Monatsbeitrag gut fundiert, die ganzen Agitationskosten konnten aus den Mitteln der Organisation bestritten werden, und das Frauenreichskomitee war in der Lage, die Genossinnen, die in der Provinz aufopferungsvolle Arbeit leisteten, bescheiden zu subventionieren und ihnen zu Weihnachten die Subventionen zu verdoppeln.

Dennoch ging die Sehnsucht vieler Genossinnen dahin, von der separaten Organisation zu einer gemeinsamen zu kommen. Vor allem deshalb, weil diese Genossinnen meinten, dann von den Genossen mehr unterstützt und gewürdigt zu werden. Der Weltkrieg mußte kommen, Monarchien mußten zusammenbrechen, um den Traum der Frauen zur Wirklichkeit zu machen.

Die Freie
politische Frauen-
organisation

Die Frau in der Gewerkschaft

Die ersten Dreihundertundacht

Die Geschichte der österreichischen Frauenbewegung wäre unvollständig, ohne über die Frau in der Gewerkschaftsbewegung speziell zu sprechen. Da der politischen Betätigung der Frauen im Anfang nicht nur gesetzliche Hindernisse entgegenstanden, sondern auch die Auffassung vieler Genossen aus der Gewerkschaftsbewegung, daß die politische Agitation die Frauen vom Beitritt in die Gewerkschaften abhalten würde, so mußte darauf Rücksicht genommen werden. Aber die alljährliche Maifeier, die zahlreichen Lohnkämpfe, die Wahlrechtskämpfe gaben der Bewegung einen so politischen Charakter, daß die Arbeiterinnen davon ergriffen werden mußten. Wohl war den Genossinnen, die im Vordergrund der Bewegung standen, bewußt, wie wichtig es ist, die Arbeiterinnen den Gewerkschaften zuzuführen. Die ersten Mitarbeiterinnen in den Gewerkschaften waren dieselben Genossinnen, die sich politisch betätigten. Als zu Weihnachten 1893 der erste österreichische Gewerkschaftskongreß in Wien stattfand, ergab eine Statistik, die dem Kongreß vorgelegt wurde, daß es in den verschiedenen Branchen Österreichs 443.639 beschäftigte Personen gab. Davon waren 31.522 organisiert, unter ihnen waren 659 weiblich, 385 entfielen auf die Provinz, so daß es in ganz Wien nur 308 gewerkschaftlich organisierte Frauen gab.

Von den Genossinnen, die dem Gewerkschaftskongreß als Delegierte beiwohnten — es waren dies die Genossinnen **Boschek**, **Krasa** und ich —, wurde folgender Antrag gestellt:

„Der Kongreß verpflichtet die Genossen, in allen bestehenden Organisationen dahin zu wirken, daß in Zukunft, dem Beschluß des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie von 1891 gemäß, überall auch die Frauen in die Organisation aufgenommen werden, und daß in den zu schaffenden Gewerkschaftsorganisationen die arbeitenden Frauen dieselben Rechte und denselben Schutz finden wie der arbeitende Mann.“

Dieser Antrag wurde vom Kongreß einstimmig angenommen. **Anna Boschek** wurde schon damals in der Gewerkschaftskommission angestellt und entfaltete in den neunziger Jahren eine außerordentliche Tätigkeit zur Organisierung der Arbeiterinnen. Wie die politisch tätigen Genossinnen gleichzeitig für die Gewerkschaft arbeiteten, so ging die gewerkschaftliche Tätigkeit mit der politischen Hand in Hand. Die Gewerkschaftsbewegung war so wie die politische mit den finanziellen Mitteln äußerst knapp, es mußte auch bei der Agitation gespart werden. Agitationstouren von mehreren Wochen, von

einem Kronland in das andere, waren nichts Seltenes. Dabei war es viel schwerer, die Porzellan- und Glasarbeiterinnen, die Textil- und Knopfarbeiterinnen der Branchenorganisation zuzuführen, als sie für allgemeine Frauenfragen zu erwärmen. Rein gewerkschaftliche Vorträge erfaßten nur einen kleinen Kreis von Frauen, es mußten die Methoden der allgemeinen Aufrüttelung und Erweckung angewendet werden, um auf die Frauen zu wirken.

Eine Versammlungstour, welche Anna Boschek Mitte der neunziger Jahre von Böhmen nach Vorarlberg führte, sei erwähnt. Eine Eisenbahnverbindung, die von Bodenbach nach St. Veit an der Glan in Kärnten führte, mußte sie benützen, um die höheren Reisekosten zu ersparen, die entstanden wären, wenn sie von Böhmen nach Wien zurückgekommen und dann nach Vorarlberg gefahren wäre.

Sie mußte es auf sich nehmen, vier Wochen lang ununterbrochen Versammlungen abzuhalten, um die Spesen, die entstanden, für die einzelnen Gebiete zu verringern. In Bludenz in Vorarlberg hatte Genossin Boschek in einer Versammlung der Eisenbahner zu sprechen. Als sie dort ankam, hatte die „Rankweiler Zeitung“ schon eine Notiz über die „liederliche Dirne aus Wien“ gebracht. Nun sahen die Menschen „die liederliche Dirne“ von Angesicht zu Angesicht, sie hörten sie sprechen, und als dann Genossin Boschek die Zeitung entfaltet und den Artikel vorzulesen begann, den die Klerikalen über sie geschrieben hatten, war die Stimmung der Versammlung erbittert.

Von Vorarlberg kam Anna Boschek nach Tirol. Der dortige Kommissär redete ihr zu, die Agitation aufzugeben, sie werde sonst keinen Mann bekommen, denn auch er würde kein Mädchen heiraten, das eine solche Betätigung ausübe. Das klang sehr wohlwollend und beinahe väterlich. Als aber Genossin Boschek in einer anderen Versammlung, bei der derselbe Kommissär fungierte, einen Scherz machte, dessen Opfer allerdings Kaiser Franz Josef war, wurde der Herr böse und löste die Versammlung auf.

Das trug sich folgendermaßen zu: Das Rednerpult befand sich hinter einer Barriere. Auf der dem Saal zugewendeten Seite hing ein Kaiserbild. In der Hitze der Rede schlug Genossin Boschek mit der Hand immer wieder auf die Barriere, wodurch das Kaiserbild ins Wackeln kam. Schließlich war es im Begriff, herunterzufallen, wurde aber rechtzeitig von einem

„Die liederliche
Dirne aus Wien“

Jetzt wäre bald
der Kaiser gestürzt
worden

Versammlungsteilnehmer aufgefangen. Als Anna Boschek sah, was sie angerichtet hatte, meinte sie: „Jetzt wäre bald der Kaiser gestürzt worden.“ Das bewog den Kommissär, die wackelnde Majestät zu schützen und er löste „im Namen des Gesetzes“ die Versammlung auf.

Gewerkschaftlich oder politisch und gewerkschaftlich, das war die Frage, die immer wieder zu Auseinandersetzungen führte.

Eine niederösterreichische Gewerkschaftskonferenz, 1895 in Wien, faßte folgenden Beschluß:

„In Erwägung, daß die Arbeiterinnen keine eigene Berufsklasse darstellen, sondern in den Berufen der Männer tätig sind und unorganisiert nicht nur selbst in ihrer Existenz bedroht werden, sondern eine gefährliche Konkurrenz der männlichen Arbeiter bilden, beschließt die Konferenz:

Die Arbeiterinnen haben von der Schaffung selbständiger Arbeiterinnenverbände abzusehen und sich den Organisationen jener Berufe, in welchen sie tätig sind, anzuschließen, um mit den männlichen Berufsgenossen die gemeinsamen Interessen zu wahren und zu vertreten.

Den Berufsorganisationen obliegt die Pflicht, zu diesem Zwecke eine separate Agitation einzuleiten, damit die Heranziehung der Arbeiterinnen in ihre Berufsorganisationen mit mehr Ernst durchgeführt wird, wie bisher. Da die Arbeiterinnen zumeist weniger verdienen, ist eine Klasse für weibliche und Hilfsarbeiter einzuführen, um diesen den Beitritt zur Organisation zu ermöglichen.

Um die Arbeiterinnen auch zur Tätigkeit in der Organisation heranzuziehen, ist ihnen eine entsprechende Vertretung in den Ausschüssen und übrigen Vertretungskörpern zu gewähren.“

Dazu stellte Anna Boschek folgenden

Ergänzungsantrag:

„Im Anschluß an die im zweiten Punkt der Tagesordnung angenommene Resolution über Arbeiterinnenorganisation stelle ich den Antrag, daß sich die Gewerkschaften mit der Gewerkschaftskommission und der Kronlands-Zentralleitung in Verbindung zu setzen haben, in bezug auf die strikte Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Auch haben die Organisationen der Gewerkschaftskommission Bericht zu erstatten, wie groß die Zahl der Arbeiterinnen im Beruf ist, und welche Anzahl bereits in der Berufsorganisation steht. Das bestehende Frauenagitationskomitee hat ebenfalls zu diesem Zweck gemeinschaftlich mit den Organisationen und der Gewerkschaftskommission in Verbindung zu treten. Die Geldmittel zur Durchführung des Beschlusses soll die Gewerkschaftskommission decken.“

So wie zehn Jahre hindurch bei Parteitägen Resolutionen beschlossen wurden, um die Organisierung der Frauen zu fördern, aber zuerst nur geringe Ergebnisse zeigten, so war es auch

bei den Resolutionen, die von Gewerkschaftskonferenzen und Kongressen im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenbewegung beschlossen wurden. Daß weder die gewerkschaftliche Bewegung der politischen Schaden konnte, noch umgekehrt, beweist die Tatsache, daß der Aufstieg der Frauen in der politischen Organisation und die Zunahme der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften fast zu gleicher Zeit erfolgte. Daraus geht hervor, wie recht die Genossinnen im Dienst der Frauenagitation hatten, wenn sie beiden Organisationsformen die gleiche Bedeutung beimäßen. Einer der Hauptdifferenzpunkte war immer gewesen, ob man auch die nicht erwerbstätigen Frauen, die Frauen des Haushaltes, organisieren soll. Oft und oft hat man den Genossinnen den Vorwurf entgegengehalten: „Ihr wollt nur die Frauen der Genossen organisieren, um die Arbeiterinnen kümmert ihr euch nicht.“ Das war ein ungerichteter Vorwurf, wie sich später erwiesen hat. Die Frauen aber erkannten, vielleicht nicht rein verstandesgemäß, aber sicherlich gefühlsmäßig, daß zur Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaft auch die Mütter und die Frauen des Haushaltes gewonnen werden müssen. Krieg und Umsturz bewiesen, wie recht die Genossinnen hatten, daß sie schon rechtzeitig durch die Versammlungstätigkeit, durch die Freie politische Frauenorganisation und durch den alljährlichen Frauentag dafür arbeiteten, auch die Frauen des Haushaltes für die Partei zu gewinnen.

Heute ist die Frage, ob gewerkschaftlich oder politisch, längst beantwortet. Es ist die eine Bewegung so wenig wie die andere zu entbehren. Die vielfachen Debatten auf den Frauenkonferenzen, das Suchen nach Wegen, wie man an die Arbeiterinnen herankommen könne, war aber nicht zwecklos, sondern entsprach dem richtigen Gefühl der Genossinnen, daß die erwerbstätigen Frauen sowohl in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Bewegung unentbehrlich sind.

Welchen Aufstieg die gewerkschaftliche und die politische Frauenorganisation genommen hat, möge die auf der nächsten Seite folgende Tabelle zeigen. Aus ihr ist ersichtlich der allmähliche Aufstieg der politischen Frauenorganisation von 700 im Jahre 1903 bis zu 221.000 im Jahre 1928. Welch ein Weg in fünf und zwanzig Jahren! Und ebenso der Aufstieg der gewerkschaftlich organisierten Frauen, die von 5580 im Jahre 1903 auf 167.000 im Jahre 1928 gestiegen sind.

**Auch die Frau
und Mutter muß
gewonnen werden**

Der Weg zur Höhe
in Zahlen

Politisch und gewerkschaftlich organisierte Frauen gab es

Jahr	politisch	gewerkschaftlich
1903	700*	5.580
1908	6.412	20.047
1911	17.823	28.864
1912	23.090	29.653
1913	20.058	26.709
1914 (Juni)	30.000	
1914 (Dezember)	13.500	17.581
1917	30.700	60.928
1918	41.800	81.043
1919	110.000	193.163
1920**	76.709	215.175
1921	118.902	261.540
1922	131.018	232.712
1923	122.311	203.924
1924	154.190	190.984
1925	165.045	185.922
1926	170.427	167.919
1927	171.347	174.991
1928	221.500	167.469

* Noch keine politische Frauenorganisation.

** 1920 erfolgte die Aufteilung Österreichs. Zurückgeblieben sind nur die Mitglieder des heutigen deutschösterreichischen Gebietes. Bei den trotz der Abtrennung höheren Zahlen der Gewerkschaftsmitglieder in den ersten Jahren der Republik. muß die damals günstige Konjunktur berücksichtigt werden. Außer den noch ferngestandenen Arbeitern strömten Angestellte und Beamte der Gewerkschaftsorganisation zu und erhöhten den Mitgliederstand außerordentlich. Erst 1926 näherten sich die politischen wieder den gewerkschaftlichen Mitgliedern in ihrer Zahl. Der Aufstieg der politischen Frauenorganisation hielt an, als die Gewerkschaften durch schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, wie: Krise, Arbeitslosigkeit, einen sinkenden Mitgliederstand aufwiesen.



In dem vielfältigen Ringen und Suchen nach der für die Frauen geeigneten Organisation tauchte immer wieder der Gedanke auf, irgendeine allgemeine Gewerkschaftsorganisation für Frauen zu schaffen, der die Arbeiterinnen aller Berufe angehören könnten. Ein dahingehender Antrag wurde von der Gewerkschaftskonferenz 1895 abgelehnt. In veränderter Form tauchte die Idee immer wieder auf. Im Jahre 1898 wurde nach der ersten Frauenreichskonferenz im 15. Wiener Bezirk eine „Gewerkschaft der Näherinnen“ gegründet. Wenn wir heute die Namen der Vorstandsmitglieder lesen, so fällt sofort auf, daß fast alle Genossinnen, die dem Vorstand angehörten, nicht Näherinnen waren. An der Spitze dieser Organisation stand anfänglich die leider früh verstorbene Genossin Käthe B o s c h e k. Dieser Verein konnte es auf keine erhebliche Mitgliederzahl bringen. Die Tätigkeit, die diese Organisation ausübte, war dieselbe, wie sie von dem Arbeiterinnen-Bildungsverein und von der „Libertas“ ausgeübt wurde.

Schon 1901 wurde beschlossen, den Verein der Näherinnen in einen „Verein der Heimarbeiterinnen und aller im Haus tätigen Frauen“ umzubilden. Fachvereine und die politischen Organisationen wurden um ihre Mitwirkung ersucht, um die im Hause beschäftigten Frauen und Mädchen für die Organisation der Heimarbeiterinnen zu gewinnen. Es wurden solche Frauen erfaßt, die neben ihrer hauswirtschaftlichen Tätigkeit durch

Die Gewerkschaft der Näherinnen und Heimarbeiterinnen

Hausfrau, Mutter und Arbeiterin

gewerbliche Lohnarbeit im Hause einen Nebenverdienst suchen mußten.

Auch die Frauen, die hauswirtschaftliche Arbeit gegen Stunden-, Tages- oder Monatslohn verrichteten, wurden als Mitglieder geworben. In rascher Folge wurden Ortsgruppen in einer ganzen Anzahl von Bezirken errichtet. Wie zutreffend es ist, daß sich die Agitation dieser Gewerkschaft auf Frauen erstreckte, die auch von der politischen Organisation am leichtesten zu erfassen waren, geht aus der Tatsache hervor, daß in jenen Bezirken, wo der Verband sozialdemokratischer Frauen und Mädchen Ortsgruppen hatte, eine lebensfähige Ortsgruppe der Heimarbeiterinnen nicht zustande kommen konnte. Aber das Zusammenwirken aller Genossinnen, die in der politischen Organisation und in der „Libertas“ mitarbeiteten, hat doch dazu geführt, daß in den meisten proletarischen Bezirken Wiens Ortsgruppen entstanden, deren Leiterinnen vorwiegend aus dem Arbeiterinnen-Bildungsverein, aus der „Libertas“ und aus den Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangene Funktionärinnen waren. Ja, um die Einheitlichkeit der Organisation unter den Frauen zu wahren, entschloß sich die „Libertas“, die zuletzt im fünften Bezirk ihren Sitz hatte und eine emsige Vortragstätigkeit entfaltete, sich aufzulösen und ihre Mitglieder, ihren bescheidenen Vermögensstand und ihre Bücherei der neugegründeten Ortsgruppe der Heimarbeiterinnen zu überweisen. Jede Zeit erfordert Opfer. Der Verein der Heimarbeiterinnen fand große Unterstützung nicht nur durch die Parteipresse, sondern auch durch die Bezirksorganisationen, besonders aber durch die Gewerkschaftskommission.

Eine sehr gute Ortsgruppe des Vereines der Heimarbeiterinnen bestand längere Zeit in Graz und in fast allen größeren Orten in Steiermark. Ebenso im Lande Salzburg. Aber mehr als einen Mitgliederstand von 2000, der sich auf Wien, Steiermark, Salzburg, auf Krumau in Böhmen und einige Orte in Niederösterreich erstreckte, konnte der Verein auch in seiner größten Blütezeit nicht erreichen. Dies, obwohl er seinen Mitgliedern nennenswerte wirtschaftliche Hilfe bot. Eine gutgeleitete Stellenvermittlung, Krankengeldzuschuß, Rechtshilfe und manches andere wurde den Mitgliedern geboten. Auch die „Arbeiterinnen-Zeitung“ wurde bei den Heimarbeiterinnen obligatorisch eingeführt. Auch hier mußte man sehen, daß niemand schwerer zu erfassen ist als die Frauen, die als

richtige Heimarbeiterinnen ihren Beruf in ihrer Wohnung ausüben. Sie sind abgeschlossen von den anderen Arbeiterinnen ihrer Branchen und werden viel schwerer vom Gefühl der Zusammengehörigkeit erfaßt. Außerdem ist es natürlich, daß eine Reihe von Branchen auf die ihnen zugehörenden Arbeiterinnen selbst Anspruch erhob, obwohl sie sie lange Zeit auch nicht erobern konnten. Den Hauptanteil stellten jene Mitglieder, die in ihrem Haushalt tätig waren und nebenbei etwas verdienen mußten. Sie besuchten häufiger Versammlungen und wurden von der Arbeiterbewegung leichter erreicht.

In den Versammlungen wurden dieselben Themen besprochen wie auch sonst in Frauenorganisationen. Geschichtliche, medizinische, sozialpolitische Vorträge, viele Vorträge aus dem Gebiet der Frauenbewegung. Eine gute Bücherei erhöhte die Geistigkeit der Mitglieder und schulte die Frauen.

Der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen entfaltete dieselbe Bildungs- und Versammlungstätigkeit, die Vortragenden waren oft die gleichen, aber dieser war auf die drei Bezirke des einen Wahlkreises beschränkt, dem Verein der Heimarbeiterinnen stand ganz Österreich offen. Beide Organisationen waren Pioniere für wirtschaftliche Besserstellung und politische Aufklärung der Frauen. Der eine legte mehr Betonung auf die politische, der andere mehr auf die gewerkschaftliche Bedeutung.

Später erfolgte, wie wir schon hervorgehoben haben, die Verschmelzung der Heimarbeiterinnen mit der Organisation der Hausgehilfinnen, und noch heute ist es ein gemeinsamer Verband, dem diese Arbeiterinnengruppen angehören. Der Höhepunkt ist durch die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, durch die nun so viele Frauen und Mädchen erfaßt wurden, überschritten. Die Mitgliederzahl beschränkt sich fast nur mehr auf Wien und wirkt in stiller, bescheidener Weise für den Rest seiner Mitglieder. Es ist dem Verein gelungen, die Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder, bei welchen es sich jetzt hauptsächlich um Bedienerinnen, Wäscherinnen, Büglerinnen und sonstige für den Haushalt arbeitende Frauen handelt, zu heben.

Zusammen mit den Hausfrauenorganisationen wird die Lohnhöhe und Arbeitszeit geregelt, und jede „ständige“ und „unständige“ Frau, die für häusliche Arbeiten ihre Arbeitskraft verkauft, weiß heute, welcher Lohntarif für sie gilt, was man ihr zumuten darf und was sie beanspruchen kann.

Wege der
Entwicklung

Gemein- same Organisation

Die Tatsache, daß durch den § 30 des Vereinsgesetzes „Frauenspersonen“ von politischen Vereinen ausgeschlossen waren, hat die selbständige politische Frauenorganisation notwendig gemacht. Das Frauenreichskomitee hat dem Parteitag 1909 in Reichenberg den Antrag unterbreitet, die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus zu beauftragen, in der kommenden Session eine energische Aktion für die Beseitigung des Wortes „Frauenspersonen“ im § 30 des Vereinsgesetzes einzuleiten.

Schon als die Freie politische Organisation noch in Entwicklung stand, war unter den Genossinnen eine Strömung, über das Gesetz hinweg zu einer gemeinsamen politischen Organisation zu gelangen. Dieser Wunsch wurde verstärkt, als im Jahre 1908 in Deutschland der § 8 des Vereinsgesetzes beseitigt und den Frauen das gleiche politische Vereinsrecht zuerkannt wurde. Bis dahin mußten die Frauen in den rückständigen deutschen Gebieten bei politischen Versammlungen im „Segment“ sitzen. So nannte man den abgeteilten Raum, in welchem die Frauen bei Versammlungen Platz zu nehmen hatten. Als die frauenfeindliche Bestimmung aus dem deutschen Vereinsgesetz gefallen war, wurde 1908 am Nürnberger Parteitag der Beschluß gefaßt, daß es keine besondere Frauenorganisationen mehr gebe. Die Frauen wurden Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

Sosehr unsere Genossinnen durch den Anschluß der Frauen an die Partei in Deutschland begeistert waren, mußten sie doch den Tatsachen, wie sie in Österreich gegeben waren, Rechnung tragen und vorläufig die Freie politische Organisation aufbauen. Das geschah auf dem schon erwähnten Reichenberger Parteitag, wo in das Parteistatut ein eigener Paragraph aufgenommen wurde, der sich nur mit der Frauenorganisation befaßte.

Dieser lautete:

Frauenorganisation:

„§ 14. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Reichskonferenzen der Genossinnen gegründeten Frauenorganisation begründet gleichfalls die Zugehörigkeit zur Partei. In allen Agitationsbezirken, wo solche Frauenorganisationen bestehen, ist den Genossinnen eine Vertretung in den Bezirksorganisationen einzuräumen. Den Organisationen obliegt die Pflicht, die Genossinnen in der Agitation für die Frauenorganisation zu unterstützen. Die Adressen der Vertrauenspersonen für die Frauenorganisation sind von den Bezirksvertrauensmännern, sowohl dem Partei-

sekretariat als auch dem Frauenreichskomitee mitzuteilen, das sie mit Rat und Tat zu unterstützen hat.“

§ 15 regelte die Wahl des Frauenreichskomitees und § 16 die Beitragsleistung der Parteigenossinnen zur Parteiorganisation eines jeden Bezirkes, die im Einvernehmen mit der Frauenorganisation den lokalen Bedürfnissen entsprechend zu regeln war.

Zwei Jahre später, bei der Frauenreichskonferenz 1911 in Innsbruck, wurde der Punkt „Anschluß der Frauen an die politischen Vereine“ auf die Tagesordnung gesetzt. Es gab damals 17.823 Frauen und Mädchen, die der Freien politischen Organisation angehörten.

Die Frauenreichskonferenz faßte den Beschluß, auf dem Parteitag zu beantragen, daß

„nach der Beseitigung des § 30 des Vereinsgesetzes, die weiblichen Parteimitglieder den politischen Wahlvereinen anzuschließen sind, um den Grundsatz zur Durchführung zu bringen, daß die Frauen den gleichen Organisationen anzugehören haben wie die Männer. Um aber den speziellen Organisations- und Agitationsbedürfnissen des weiblichen Proletariats Rechnung zu tragen, ist den Frauen, entsprechend ihrer Stärke, eine Vertretung in den Vorständen der politischen Vereine einzuräumen. Mindestens eine Genossin soll in jedem Vorstand als Vertreterin sein“.

Es gab zwar Genossen, Freunde der Frauenorganisation, die warnend ihre Stimme erhoben und meinten, daß es nicht unter allen Umständen gut sei, wenn die Frauen die Selbständigkeit der Organisation aufgeben würden. Viktor Adler war es, der immer wieder sagte, daß die Männer noch lange nicht soweit seien, um den organisatorischen Wünschen der Frauen volles Verständnis entgegenzubringen. Aber die Frauen wollten um dieses Verständnis ringen, und gaben sich der Hoffnung hin, daß bei der gemeinsamen Arbeit vieles für die Frauen leichter werden würde. Vorläufig hing es aber nicht von den Genossinnen ab, wie bald die gemeinsame Organisation verwirklicht werden könnte. Erst 1919, beim ersten Parteitag nach Kriegsende, als der Umsturz kam und die Provisorische Nationalversammlung die Beschränkung des Vereinsgesetzes für die Frauen aufhob, konnten die weiblichen Delegierten dem Parteitag, der am 1. November tagte, einen Antrag unterbreiten, der verlangte:

„Bei dem bevorstehenden Wiederaufbau der Parteiorganisation werden zugleich auch die Vorarbeiten für die gemeinsame Organisation der männlichen und weiblichen Parteimitglieder gemacht. Die Eingliederung der organisierten Frauen soll so bald als möglich durchgeführt werden.“

Und so kam nach Kriegsnot und Umsturz die gemeinsame Organisation zustande. Die Einführung des Frauenwahlrechtes

Die Frauen
wollten um das
Verständnis der
Männer ringen

Das Frauenwahlrecht fordert gebieterisch die Organisierung der Frau

hat alle Bedenken gegen die gemeinsame Organisation hinweggeräumt; sind doch die Männer durch das Frauenwahlrecht an der Organisierung der Frauen ebenso interessiert wie diese selbst. Wären die Frauen nicht aufgeklärt und gut organisiert, so würden sie zu Schädigerinnen der erworbenen politischen Freiheit und des sozialpolitischen Fortschritts werden. Darum wird heute darüber, ob die Frauen organisiert werden sollen oder nicht, in Parteikreisen nicht mehr diskutiert.

Im Werdegang der österreichischen Frauenbewegung darf die Internationale nicht unerwähnt bleiben. Internationale Solidarität war für die österreichische sozialistische Frauenbewegung immer stark bestimmend. Die österreichische Arbeiterbewegung hatte von allem Anfang an internationales Gepräge, lebten doch in der alten Monarchie acht Nationen. Ihre Angehörigen sprachen verschiedene Sprachen, aber alle lebten das gleiche Proletarierschicksal. Die Sprachgemeinschaft führte dazu, daß sich die österreichischen mit den deutschen sozialistischen Frauen besonders leicht zusammenfanden.

Als 1893 die aus nur einigen hundert Mitgliedern bestehende sozialistische Frauenorganisation Wiens eine Frauendelegation zum Internationalen Kongreß in Zürich durchsetzte, gesellten sich dort die Vertreterinnen Österreichs und Deutschlands sofort zusammen. Sie waren die Sprecherinnen beim Internationalen Kongreß über die Arbeiterinnenschutzforderungen, die vorher in einer Zusammenkunft der wenigen weiblichen Delegierten formuliert wurden. Es waren alle die Forderungen, die heute zum Teil erfüllt und längst Gemeingut der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung aller Länder sind. Zu den Frauenkonferenzen, die in Deutschland und in Österreich seit 1898 abgehalten wurden, delegierte man gegenseitig. Dies geschah nicht nur, um die internationale Solidarität zu pflegen, sondern auch um voneinander zu lernen. Die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz tagte 1907 in Stuttgart. Sie war hauptsächlich der Debatte über den Kampf um das Frauenstimmrecht bestimmt. Auch der Internationale Sozialistenkongreß selbst nahm über Antrag der österreichischen Delegation zum Frauenwahlrecht Stellung. Eine Resolution, welche die Parteien aller Länder zum Kampf um das Frauenstimmrecht aufforderte, wurde von der deutschen und österreichischen Frauendelegation begründet. Klara Zetkin wurde zur Internationalen Sekretärin gewählt und die „Gleichheit“ zum Korrespondenzorgan bestimmt. Die zweite internationale sozialistische Frauenkonferenz tagte 1910 in Kopenhagen. Dort ging man schon über die prinzipielle Beschlußfassung hinaus. Es wurde über Antrag der Genossin Luise Zietz aus Deutschland beschlossen, jedes Jahr in allen Ländern an einem gewissen Tage einen Frauentag als Propaganda für die Einführung des Frauenwahlrechtes abzuhalten. Die österreichischen Genossinnen haben diesen Beschluß mit großer Begeisterung durchgeführt. Am 18. März 1911 wurde der erste

Der Internationale Frauentag

Frauentag abgehalten. Die größte österreichische Kundgebung war selbstverständlich in Wien, wo zum erstenmal sozialdemokratische Frauen, geschmückt mit roten Abzeichen, auf welchen die Worte standen: „Frauentag 1911“, mit Bannern und Standarten auf die Ringstraße zogen, um in und vor den Blumensälen für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren.

Auch in den Ländern wirkte der Frauentag aufrüttelnd, und es haben etwa 300 Frauenversammlungen stattgefunden. Eine Festschrift, „Der Frauentag“, die von da an jedes Jahr erschien, wurde vom Frauenreichskomitee herausgegeben.

Im Parlament besprachen die sozialdemokratischen Abgeordneten die Demonstration der Frauen und forderten als Erstes die Änderung des Vereinsgesetzes. Der Frauentag gewann von Jahr zu Jahr an Zugkraft und wirkte auf viele uns noch fernstehende Frauen. Neue Kämpferinnen kamen zu uns.

Auch nach Ausbruch des Krieges wurden die Frauentage abgehalten, aber in anderer, weniger demonstrativer Weise. Erst im dritten Kriegsfrühling, also 1917, versuchte das Frauenreichskomitee wieder, den Frauentag demonstrativ zu gestalten. Die russische Revolution, die im Frühling 1917 den Zarismus stürzte, hatte in der ganzen Welt die Herzen der Proletarier entzündet. Der Ruf „Freiheit und Friede“, der mit der russischen Revolution einherzog, wurde die Parole des Frauentages. Die Frauentagschrift wurde zum großen Teil konfisziert und erschien, geschmückt oder verunstaltet, wie man es auffassen will, mit zahlreichen weißen Flecken.

Erst als 1918 das herankommende Ende des Krieges und die zunehmende revolutionäre Spannung die Luft erfüllten, beschloß das Frauenreichskomitee, zum Frauentag wieder auf der Ringstraße aufzumarschieren. Die Polizeidirektion beschied die Einberuferinnen zu sich, um ihnen nahezu legen, nicht in geschlossenen Zügen, sondern nur in losen Gruppen zu marschieren. Die Genossinnen erklärten den Polizeigewaltigen, daß sie dafür keine Verantwortung übernehmen könnten, wenn sich während des Marsches die losen Gruppen ganz von selbst in einen „Zug“ vereinigen würden. Das wurde zur Kenntnis genommen. Wie vorausgesehen, so kam es: die Genossinnen hatten beim Hin- und Rückmarsch ihren geschlossenen Zug, der etwa 3000 Frauen umfaßte. Ebenso waren die Veranstaltungen des Frauentages in den Landeshauptstädten und in den Industrieorten gut gelungen.

Heute, wo die Anfänge des Frauentages so weit zurückliegen, kann man objektiv über seine Entstehung reden. Die Genossen waren im Anfang von der Absicht der Frauen, für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren, gar nicht entzückt. Manche fürchteten, die Frauen würden sich lächerlich machen und damit auch die Partei. Andere spotteten über die Naivität der Genossinnen, an das Frauenwahlrecht überhaupt zu denken, aber das Frauenreichskomitee hielt an der Durchführung des internationalen Beschlusses fest, von allen Genossinnen unterstützt und bestärkt. Die Abhaltung des Frauentages hat beigetragen, die Forderung nach dem Wahlrecht den Massen der Frauen verständlich zu machen und ihre politische Reife zu beschleunigen. Der Frauentag war ein Erzieher der Frauen zum Sozialismus.

Der Frauentag als
Erzieher

Die Frauen im Kriege

Was haben die Frauen im Kriege für die Organisation geleistet? Wie hat der Krieg sie beeinflusst und ihre Aufklärung und ihre Entwicklung gefördert? In den ersten Wochen unterlagen auch die Frauen dem allgemeinen Schrecken. Sie wurden eingeschüchtert, der Verzweiflung überantwortet, mutlos gemacht. Bald fanden sie ihre Energie wieder. Schon im Oktober 1914 beschloß das Frauenreichskomitee, im Hotel „Monopol“ ein große, allgemein zugängliche Frauenversammlung abzuhalten. Hier die Wiedergabe der Einladung:

Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen Wiens!

Montag den 14. d. um 7 Uhr abends im
Hotel Monopol, Mariahilferstraße Nr. 81,

Frauenversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag von Genossin Adelheid Popp: Die Frauen und die Fenerung.
2. Vortrag von Gemeinderat Jakob Neumann: Die Lebensmittelversorgung durch die Gemeinde.
3. Vortrag von Abgeordneten Dr. Wilhelm Ellenbogen: Volksernährung im Kriege.

Genossinnen! Wir sind überzeugt, daß ihr euch der Bedeutung dieser Versammlung bewußt seid. Wir laden euch ein, vollzählig und pünktlich zu erscheinen!

Die Versammlung wurde vom politischen Verein Mariahilf angezeigt, da allgemeine Volksversammlungen unter dem Kriegszustand verboten waren. Aus ganz Wien kamen Frauen, um an dieser ersten Versammlung im Kriege teilzunehmen. Der Regierungsvertreter fühlte sich wiederholt bewogen, die Referenten zu unterbrechen. Alle Äußerungen über Krieg und Frieden, alle Angriffe auf die Regierung verbot er mit der Drohung, die Versammlung aufzulösen. Der allmächtige Polizeistaat konnte sich das erlauben.

Dieser ersten folgte bald eine zweite Versammlung im 9. Bezirk, die ebenfalls vom politischen Verein einberufen wurde. 300 Frauen waren da. Der Regierungsvertreter wunderte

sich, daß so viele Frauen Mitglieder eines politischen Vereines seien. Daß „Frauenspersonen“ überhaupt keine politischen Rechte hatten und nicht Mitglieder der politischen Vereine sein konnten, war ihm nicht gegenwärtig. Er fragte verwundert: „Gehören denn so viele Frauen dem politischen Verein an?“, worauf man ihm antwortete, daß die Frauen in Stellvertretung ihrer im Felde befindlichen Männer gekommen seien.

So setzte langsam die Propaganda der Frauen wieder ein. Selbstverständlich wurde in allen Versammlungen über den Krieg und seine Wirkungen gesprochen. Auch außerhalb Wiens wurden Frauenversammlungen abgehalten. In Niederösterreich, Steiermark und Böhmen am häufigsten. Sie wurden fast überall nach § 2 des Versammlungsgesetzes einberufen, was besagt, daß alle Eingeladenen eine auf ihren Namen lautende Einladung in Händen haben und daß die Einberuferinnen eine Liste über die Eingeladenen führen mußten. Manchmal kamen hunderte Frauen in solche Versammlungen. Bemerkenswert war eine Versammlung in Weißkirchlitz bei Teplitz in Böhmen im Winter 1916/17. 600 Einladungen waren ausgegeben worden und alle Frauen waren gekommen. Es läßt sich ermessen, welche Mühe und Verantwortung die Genossinnen auf sich zu nehmen hatten, um eine solche Versammlung zustande zu bringen. Auch eine Frauenkonferenz der niederösterreichischen Genossinnen gab es schon 1915. Ebenso begann in den anderen Kronländern nach und nach neues organisatorisches Leben unter den Frauen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder, die bei Ausbruch des Krieges 30.000 betragen hatte, war im ersten Kriegsjahr auf 13.500 gesunken und betrug bei Kriegsende 42.000. Das Einrücken der Männer und der Söhne, Arbeitslosigkeit und Niedergeschlagenheit machten zuerst viele Frauen der Organisation untreu, die lange Dauer des Krieges, die seelischen Qualen und die wirtschaftliche Not lehrten die Frauen wieder denken.

Ende 1915 erging an die Frauen die Aufforderung der Heeresleitung, sich in erhöhtem Maße der Kriegsdienstleistung als Arbeiterinnen und Angestellte zuzuwenden. Dazu faßte das Frauenreichskomitee einstimmig einen Beschluß, in welchem es hieß:

„daß Frauen und Witwen, aber auch Hunderttausende von verheirateten Frauen, deren Männer nicht genug erwerben könnten, um die Familie zu ernähren, schon in Friedenszeiten auf eigenen Erwerb angewiesen waren. Im Kriege habe

Der Krieg lehrte
die Frauen denken

Die Forderungen der Frauen an die Heeresleitung

sich diese Erwerbsarbeit der proletarischen Frauen ins Ungemessene gesteigert. Nur mehr jene stehen dem Erwerbsleben fern, die als Familienmütter ihre oft zahlreichen Kinder beaufsichtigen und erziehen müssen. Es würde eine schwere Gefahr bedeuten, auch diese Frauen noch zur Arbeit für die Heeresbedürfnisse heranzuziehen, weil schon gegenwärtig zahlreiche Mütter ihre Kinder ohne Aufsicht zurücklassen müssen, was um so schlimmer sei, da auch viele Schulen ihre Tore den Kinder verschlossen haben, sei es wegen Mangel an Lehrkräften oder weil die Schulen militärischen Zwecken dienen.“ „Wenn die Heeresleitung“, so führte das Frauenreichskomitee weiter aus, „die Leistungsfähigkeit der weiblichen Arbeiter und Angestellten anerkennt, so löst dies nur bittere Gefühle aus, wenn man die vielfach vollständig unzulängliche Entlohnung der Frauen auch in den militärischen Betrieben bei intensivster Arbeitsleistung betrachte. Gesteigert werden die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Frauen noch dadurch, daß die in Friedenszeiten errungenen Arbeiterschutzbestimmungen stillschweigend außer Kraft gesetzt werden, so daß gegenwärtig Frauen und Mädchen nicht nur zwölf Stunden Tages-, sondern auch zwölf Stunden Nachtarbeit leisten. Daher kann eine weitere Heranziehung der Frauen aus der Arbeiterklasse nur die schlimmsten Befürchtungen erwecken, worauf hinzuweisen wir als unsere Pflicht erachten. Soweit aber Frauen an Stelle von Männern zur Arbeit in Industrie, Gewerbe oder in Büros und Handelsgeschäften herangezogen werden, erheben wir nachdrücklichst die Forderung, daß ihnen derselbe Lohn gegeben werde, wie ihn die Männer erhielten, deren Plätze sie einnehmen. Ebenso nachdrücklich und bestimmt erheben wir die Forderung, daß die Arbeiterschutzbestimmungen, wie sie vor dem Kriege in Geltung waren, auch jetzt aufrecht bleiben: vor allem soll die Arbeitszeit nirgends länger sein, als sie dank der Bemühung der Gewerkschaften schon vor dem Kriege eingeführt war. Mit allem Nachdruck verweisen wir auf die dringende Forderung des Achtstundentages für die weibliche Arbeiterschaft, deren Begründung in der besonderen Eigenschaft der Frau als Mutter gelegen ist. Die Einhaltung des gesetzlichen Verbotes der Nachtarbeit. Die Ausschaltung der Frauen von jenen Arbeiten, die erwiesenermaßen und nach ärztlichem Gutachten für den weiblichen Organismus besonders gesundheitsschädlich sind.“

So antwortete das Frauenreichskomitee der Heeresleitung. Jede Kritik der „Arbeiterinnen-Zeitung“ wurde restlos konfisziert und auch eine Besprechung des Problems in Frauenversammlungen wurde verboten. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ der Kriegsjahre enthält ganze Seiten weißes Papier.

Weiße Flecke in
der Arbeiterinnen-
Zeitung

Die Frau als Munitionsarbeiterin

Damals wußte man schon, wie furchtbar in den Munitionsfabriken die Arbeiterinnen lebten. Sie waren in den Industriegebieten, wo der Arbeitsprozeß stillstand, durch Unteroffiziere angeworben worden. Wie Viehtransporte hatte man sie in die Munitionsfabriken gebracht. Die glänzenden Versprechungen von gutem Lohn, guter Nahrung, Kleidung und Wohnung, die ihnen die Werber gemacht hatten, wurden nicht eingehalten. Die gute Wohnung bestand aus Baracken, wo Strohsack neben Strohsack lag, drei Arbeiterinnen auf zweien, oft bei offenen Türen, um dem patrouillierenden Soldaten die Möglichkeit zu geben, die Schlafräume zu überwachen. Gesunde lagen neben Kranken, Verwahrloste neben Reinlichen. Die gute Nahrung bestand aus schlechtem schwarzen Kaffee, einem zu geringen Stück schlechten Brotes, Kraut, Rüben, Bohnen. Aus den Munitionsfabriken des Wiener Neustädter Gebietes wurde eine Arbeiterinnendeputation zur Herzogin von Parma, der Schwiegermutter Kaiser Karls, entsendet, um ihr zu klagen, wie schlecht es die Arbeiterinnen haben und wie verzweifelt ihre Lage sei. Es kam dann der Freiherr v. Marterer, vom Kaiser gesendet, um Erhebungen zu pflegen. Aber geändert wurde nichts. Zahllose Arbeiterinnen wurden Opfer der häufigen Explosionen. In einer einzigen Fabrik fielen ihr hunderte Frauen zum Opfer. Mädchen und Frauen, die frühmorgens noch gesund waren, stellten abends nur mehr verkohlte Reste dar. Der Hauptvertrauensmann der Wöllersdorfer Munitionsarbeiterschaft, Josef Popp, schildert die furchtbaren Geschehnisse so:

Es war im Juni 1917. Plötzlich in der Nacht ein furchtbarer Krach, ein greller Lichtschein und wieder ein Krach und noch einer und immer wieder ein Krach, ein Krachen, ein furchtbares Donnern, sich immer rascher wiederholend, bis zum vollendeten, nervenzermürenden Trommelfeuer. Die Erde bebt, der Luftdruck zertrümmert Fensterscheiben, wirft Menschen zu Boden. In den Baracken, wo Frauen und Mädchen, eng aneinander gereiht, in primitiven Betten liegen, oft zwei in einem Bett, entsteht eine Panik. Desgleichen in der Villenkolonie, wo die Offiziere mit ihren Familien wohnen. Panik in allen Orten der weiteren Umgebung von Wöllersdorf. Panik, Furcht, Schrecken, Entsetzen auch in Wiener Neustadt. Die Menschen stürzen notdürftig bekleidet, halb nackt aus den Häusern, aus den Baracken, sie kommen hervor mit bleichem Gesicht, mit angsterfüllten, starren Augen, aus Kellerräumen, aus Bodenkammern, aus allen Ecken und Winkeln, aus all den menschenüberfüllten Räumen, sie rennen, flüchten wie Wahnsinnige, gejagt von entsetzensvollem Schrecken. Es grollt weiter mit entsetzlichem Getöse, als würde ein hundertfältiges Donnerwetter sich entladen. Es ist wie ein heftiges Trommelfeuer an der Front, das die Menschen mit wahnsinnigem Schrecken erfüllt, das anhält,

die Nacht hindurch, bis zum Morgen, bis in die Vormittagsstunden, dann kracht es noch in Intervallen weiter. Endlich schwächer werdend, wiederholen sich die Explosionen zwei Tage lang.

In jener furchtbaren Nacht der schrecklichen Explosionskatastrophe ereigneten sich Szenen, wie sie sich anlässlich großer, schreckhafter Katastrophen von riesenhaftem Umfang abzuspielen pflegen. So mögen die Massen beim Untergang von Pompeji vor dem Ausbruch des Vesuvs, vor der glühenden Lava geflüchtet sein.

Die von Entsetzen gepackten, von Schrecken geschüttelten Menschen flüchteten bis in die weiteste Umgebung, in den Wäldern Schutz suchend. Hunderte von Frauen und Mädchen waren bis nach Wien geflüchtet und wollten in ihre Heimat, in die Gegend von Karlsbad, Aussig, Graslitz, Reichenberg, Rumburg usw., mit der Bahn gelangen. Die Bahnhoikassen waren von den geängstigten Frauen dicht umlagert. Die Polizei wurde aufmerksam, verständigte das Kriegsministerium und von dort kam der Befehl, die Arbeiterinnen unter allen Umständen nach Wöllersdorf zurückzubringen.

Den Arbeiterinnen wurde von Polizeibeamten gütlich zugeredet, es wurde ihnen versprochen, sie würden mittels eines Separatzuges bis nach Prag befördert werden, von wo sie sich dann nach ihren Heimatsorten begeben werden können. Die Arbeiterinnen ließen sich beruhigen, wurden bei der Polizei mit Brot und schwarzem Kaffee gelabt und warteten auf ihren Abtransport in die Heimat.

Im Franz-Josefs-Bahnhof wurde tatsächlich ein Separatzug zusammengestellt. Die Arbeiterinnen wurden einwaggoniert. — Dann wurden noch einige Waggons mit Militär dem Separatzug angehängt. Der Separatzug dampfte scheinbar in der Richtung nach Böhmen ab, dann aber wurde er über die im Kriege gebaute Verbindungsbahn nach Sollenau und auf dem Gleise der Militärschleppbahn über Felixdorf zurück nach Wöllersdorf geführt.

Der Frauen und Mädchen, die sich überlistet, hintergangen, betrogen fühlten, bemächtigte sich eine Art Raserei vor Verzweiflung. Sie weinten, schrien, schimpften, fluchten, fielen in Herz- und Weinkrämpfe. Es war ein erbarmungsvoller Jammer. Die Soldaten mit ihren Offizieren standen mit bleichen Gesichtern den weinenden, schreienden, tobenden Frauen gegenüber. In ihrer Verzweiflung beschimpften die grausam Enttäuschten die Soldaten. Sie riefen ihnen zu: Schämt euch! Bluthunde! Werft die Gewehre weg! Feiglinge! Erschießt uns! — Sie rauften sich die Haare, rissen sich die Kleider vom Leibe, wiesen auf ihre entblößten Brüste, rufend: Schießt her! Da, schießt her! Andere warfen sich händeringend vor den Soldaten auf die Knie und flehten mit aufgehobenen Händen unter Tränen: „Laßt uns nach Hause! Wir wollen fort aus dieser Hölle! Habt Erbarmen!“ Dort winden sich welche am Boden, von Herzkrämpfen befallen, andere schluchzen, zusammengesunken still in sich hinein, schauerlich klingt das hysterische Lachen einer Frau, die den Eindruck einer wirklich wahnsinnig Gewordenen macht... Die Schreie werden schwächer, immer schwächer. Ermattend bricht eine nach der anderen von den Armen zusammen — ein leises Klagen — ein Wimmern nur mehr der gequälten Kreatur...

Die Katastrophe von Wöllersdorf

Werft die Gewehre
weg, Feiglinge!

Verschlossene Türen bei lebens- gefährlicher Arbeit

Und nun folgt die Brandkatastrophe vom 18. September 1918.

Knapp vor der Mittagspause ereignete sich die furchtbare Brandkatastrophe in dem Riesenobjekt 143. Über 500 Menschen — mit wenigen Ausnahmen durchweg Frauen und Mädchen — waren in diesem Objekt mit dem Füllen von Artilleriehülsen beschäftigt. Artilleriegeschosshülsen großen Kalibers, darunter 30'5-Zentimeter- und 42-Zentimeter-Geschosshülsen, wurden dort mit der Pulverladung versehen. Im Objekt gab es große Pulvermengen. Das Pulver wurde in gewissen Quanten in seidene Pulversäcke gefüllt und nach einem bestimmten Verfahren in die Geschosshülsen gebracht, verschraubt, kurz „teiladjustiert“. Die Hülsen waren schon mit der Kapsel, die das Pulver zur Entzündung und das Geschos zur Entladung bringt, versehen. Die Arbeiterinnen waren sich der Größe der Gefahr nicht völlig bewußt. Daß aber ihre Arbeit nicht ungefährlich ist, das wußten sie schon. Aber die Leiter wußten um die Gefahr und dennoch erließen sie einen Befehl, der im Augenblick eines Unglücks das kleinste Unglück zur Katastrophe steigern konnte.

Daß das Unglück im Objekt 143 so viele Opfer forderte, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß befehlsmäßig kurze Zeit vor Mittagsschluß alle Türen, mit Ausnahme einer einzigen, versperrt wurden. Dem Befehl lag die Absicht zugrunde, zu verhindern, daß sich die Arbeiterinnen vor dem Signal, welches die Mittagspause verkündete, entfernen, um früher zu ihrem frugalen Mittagessen zu kommen.

An dem verhängnisvollen 18. September, kurz vor der Mittagspause. Ein Funke, ein Feuerstrahl, ein Knall, ein Massenschrei...

Stichflammen zischen, Explosionen erfolgen, der große Arbeitsplatz ist von Flammen, Rauch, Pulvergas, erfüllt. Immer wieder entzünden sich neue Pulverbestände, neue Stichflammen entstehen, Geschosse entladen sich. Die Menschen stürzen in ihrer Todesangst zu der einzigen Tür, die nicht versperrt ist. In der überstürzten Flucht vor dem Tode fallen welche zu Boden, werden von den folgenden getreten, zerstampft. Im Nu ist die Tür von einem Knäuel weiblicher, zu Boden gestürzter Menschenleiber verrammelt, hunderte Frauen, Mädchen, Gattinnen, Mütter, Bräute, sind in dem Flammenmeer des brennenden Objektes. Arbeiter aus den anderen Objekten eilen herbei, wollen helfen, sie können nicht Hilfe bringen...

Die einzige, nicht verschlossene Tür ist durch niedergestürzte, niedergestoßene Menschen verrammelt. Fenster hat das Objekt nicht, aus dem zu Belichtungszwecken bestimmten Glasdach steigen Flammen, Qualm hervor, fliegen Pulverstücke empor. Wer kann da helfen, Rettung bringen? Einer versucht es.

Ein Mann will ein Opfer dem Flammentod entreißen. Er greift nach einem Arm, der aus dem Menschenknäuel vor der einzigen offenen Tür herausragt — er greift nach dem Arm — er hält den Arm in seinen Händen — der Leib, von dem der angebrannte Arm abgetrennt, beim Rettungsversuch abgerissen wurde, bleibt in den Flammen, die nun beginnen aus der offenen Tür herauszuschlagen, alle Rettungsversuche vereitelnd.

Hier der Mann mit dem angebrannten Frauenarm in der Hand — dort einige Frauen, dem Unglücksobjekt mit brennenden Kleidern entkommen, als lebende Fackeln durch die Gassen der Fabrik im wahnsinnig rasenden Lauf, jäh, wie vom Blitz getroffen, zusammenbrechend — ein Anblick entsetzlich, voll des Grauens. Drinnen, im brennenden Objekt, Hunderte von Frauen, keinen Ausweg aus der zur Hölle gewordenen Arbeitsstätte findend.

Die Feuerwehr hat den Brand eingedämmt. Die verschlossenen Türen eingeschlagen, demoliert. In langer Reihe liegen sie da, die Opfer vom Objekt 143, mit den befehlsmäßig verschlossen gewesenen Türen. Da liegen sie nebeneinandergereiht, alte und junge Frauen, vor kurzem noch lebend, auf ihr kärgliches Mittagmahl sich freuend, nun halb verkohlt, verbrannt, mit aufgedunsenen Leibern, mit nach oben aufgerichteten Händen, verkrümmten, verkrampften Fingern. Andere ganz unversehrt, nur die verglasten Augen besagen, daß sie nicht schlafen. Zertretene, zerstampfte, entstellte, verbrannte, unkenntlich gewordene Menschenleiber, neben scheinbar Schlafenden. — Eine Frau, gesegneten Leibes, aus dem ein Kinderfuß herausragt. Ist der Leib durch die Hitze geborsten, hat der Fuß des noch nicht geborenen Kindes den Leib der Mutter durchstoßen? — Der aus dem toten Leib der Mutter herausragende Fuß des Kindes, das ein Opfer des Krieges wurde, bevor es noch das Licht der Welt erblickte. All dieses Entsetzliche war die Folge einer kaiserlichen Verordnung, die die Frauen zum Verbleiben in der Stadt des Todes zwang, es war das Verschulden des Befehles, die Türen versperrt zu halten.

Der aus dem toten Mutterleib ragende Fuß des im Mutterleib der Kriegsfurie zum Opfer gefallenen Kindes, ist die furchtbare Anklage des Menschlichen gegen den Krieg.

Es ist die Mahnung des sterbenden und des werdenden Menschen an die Lebenden:

Nie wieder Krieg!

In der Skodaschen Kanonenfabrik in Pilsen verfielen nach nur sechswöchiger Beschäftigung die Frauen zusehends. Ihre Gesichter wurden fahl und gelb, und Ohnmachtsanfälle stellten sich ein. So auch in den Donawitzer Hüttenwerken. Junge Mädchen und schwächliche Frauen arbeiteten oft 18 Stunden ununterbrochen bei einem Lohn, der immer mindestens um ein Drittel geringer war, als man Männern hätte bezahlen müssen. Viele Arbeiterinnen liefen trotz der Not davon.

Da entschloß sich der Generaloberst Baron H a z a y, der Chef des Ersatzwesens, nicht nur eine kaiserliche Verordnung zu erwirken, durch welche die Arbeiterinnen unter das Kriegsdienstleistungsgesetz gestellt wurden, so daß sie nicht mehr,

Der Mann mit dem
angebrannten
Frauenarm in der
Hand

Aus dem Leib der
toten Mutter ragt
ein Kinderfuß

Die Arbeiterinnen
unter das Kriegs-
dienstleistungs-
gesetz gestellt

wie sie wollten, ihren Posten verlassen konnten, sondern man wollte auch etwas tun, um zu zeigen, wie ernst es den in Betracht kommenden Instanzen mit dem Schutz und mit der Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Frauen sei. Generaloberst Baron Hazay gründete eine Frauenschutzkommission. Die Frauenorganisationen wurden aufgefordert, Mitglieder in diese Frauenschutzkommission zu entsenden, die unter seinem Vorsitz tagen und den Zweck haben sollte, die Beschwerden der militarisierten Frauen zu prüfen. Anna Grünwald, Anna Boschek und ich waren delegiert. Die erste Sitzung eröffnete und leitete Baron Hazay selbst. In den späteren Sitzungen führte meist Oberstleutnant Julier den Vorsitz. Schon bevor diese Kommission ernannt war, erschien eines Tages Oberstleutnant Julier in Begleitung eines Hauptmannes in den Räumen des Frauenreichskomitees, um mir im Auftrag des Generalobersten den Vorschlag zu machen, die Leitung der Organisierung der Frauenarbeit im Felde zu übernehmen. Ich erklärte, nichts dazu beitragen zu wollen, was den Krieg auch nur um eine Stunde verlängern könnte. Ich könne also dieses Amt nicht übernehmen, werde aber dem Parteivorstand berichten. Dieser billigte selbstverständlich meinen Standpunkt.

Später wurden Inspektorinnen für die Frauenarbeit im Felde angestellt, deren Berichte der Frauenschutzkommission zur Kenntnis gebracht wurden. Eines Tages wurde das Frauenreichskomitee angerufen; der Generaloberst ließ anfragen, ob die sozialdemokratischen Frauen einverstanden seien, daß in einer Konferenz die Kaiserin zur Protektorin der Frauen im Felde ernannt werde. Das Frauenreichskomitee antwortete, daß die Sozialdemokratinnen die Konferenz nicht besuchen würden, wenn man so etwas plane, da nach unserer Meinung die Kaiserin als Protektorin gar keinen Zweck habe, da sie von der Arbeit nichts verstehe. In der Konferenz, die dann ohne diesen Programmpunkt stattgefunden hat, war als Rednerin für alle Frauenorganisationen Frau Marianne Hainisch bestimmt. Wir hatten uns damit einverstanden erklärt, wenn nicht von Patriotismus und vom Durchhalten gesprochen werde. Dies wurde zugesagt. Die Genossinnen, die bei der Konferenz waren, hatten den Eindruck, daß die Vereinbarung nicht gehalten worden sei und die Rede doch nach Durchhalten klang. Das war in einer Zeit, da in den Straßen die Krüppel herumhumpelten, die Blinden immer zahlreicher, die Schar der Verhungerten immer größer wurde, nicht zu ertragen. Ich verlangte daher, daß man mir das Wort erteile. Nur durch die Drohung, daß die erschienenen Sozialdemokratinnen sonst unter Protest den Saal verlassen würden, konnte ich durchsetzen, daß mir das Wort erteilt wurde, und ich den sozialdemokratischen Standpunkt vertreten konnte. In einer späteren Konferenz, wo man der Frauenschutzkommission und einem größeren Publikum durch Lichtbilder zeigen wollte, wie gut für die Frauen im Felde gesorgt werde, wurden nicht nur den Sozialdemokratinnen, sondern auch von bürgerlichen Mitgliedern Fragen gestellt und Kritik geübt, was einen der höheren Militärs veranlaßte, in recht energischer Weise säbel-rasselnd aufzutreten. Er konnte es nicht ungestraft tun, denn eine der Frauen fragte ihn, ob er glaube, Soldaten vor sich zu haben, mit welchen er wahrscheinlich in diesem Tone zu verkehren pflege.

Mittlerweile waren die Mitglieder der Frauenschutzkommission auch durch Inspektorinnen und durch die Arbeitsvermittlungstellen sowie durch Heimkehrer aus dem Felde unterrichtet worden, welch böser Unfug in vielen Stationen mit den weiblichen Kanzleihilfskräften getrieben wurde. Sie dienten sehr häufig dem Vergnügen der Offiziere und nicht als Hilfs-

Sie rasseln mit den Säbeln

Gesundheitlich
nicht
„einwandfrei“

kräfte für die Armee. Krank, moralisch gebrochen kehrten viele zurück, um in einem Spital Heilung zu suchen oder sonst irgendwie im Elend zu verkommen. Denn wenn sie im Dienste des Vaterlandes erkrankt waren, ging über sie eine Kurrende des Inhalts herum: „Für die Armee im Felde nicht mehr zu verwenden, weil gesundheitlich nicht »einwandfrei.«“

Aus den Bestimmungen, die für die Frauen bei der Armee im Felde galten, heben wir hervor:

„Jeder Kommandant muß wissen, daß die Verwendung eines Mannes auf einem Dienstposten, den auch eine weibliche Hilfskraft versehen kann, der Entziehung eines Kämpfers an der Kampffront gleichkommt.“

„Der Begriff Sonn- und Feiertage hat bei der Armee im Felde zu entfallen. Es sind bei intensiver Inanspruchnahme der weiblichen Hilfskräfte fallweise freie Nachmittage zu bewilligen.“

Gegen diese Bestimmungen wendeten sich Mitglieder der Frauenschutzkommission sehr energisch. Sie bestanden darauf, daß für die Frauen die Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze zu gelten haben.

In der Bestimmung über die strafweise Entlassung weiblicher Hilfskräfte hieß es: „Selbstverständlich muß man bei Beurteilung der Entlassungsgründe äußerst vorsichtig sein und strafweise nur die gänzlich unbrauchbaren, unverläßlichen und verdorbenen Elemente entlassen.“

Dazu bemerkte eine Fraueninspektorin, daß eine weibliche Hilfskraft mit ihrem jeweiligen Kommandanten Verhältnisse hatte und verschiedenes ärarisches Gut verschleppte, also strafweise Entlassung, aber nicht wegen des Verhältnisses, sondern wegen der Verschleppung. Inwieweit der Kommandant an der Verschleppung mitbeteiligt war, entzog sich allerdings der Untersuchung.

Eine andere Bestimmung lautete: „Eine Wiederverwendung venerisch infiziert gewesener weiblicher Hilfskräfte kann nach ihrer vollen Genesung im Armeebereiche stattfinden, wenn nicht sittenpolizeiliche Gründe für die Entlassung der Betroffenen vorliegen.“ Ob der mitschuldige Partner an der venerischen Erkrankung ebenfalls eine strafweise Ahndung zu erfahren hatte, ist nicht vermerkt, woraus man schließen kann, daß die Herren Partner bei weiterer Verbreitung venerischer Erkrankungen unter den gesunden weiblichen Hilfskräften keine Einschränkung ertragen mußten.

Oberstleutnant Julier, der sich als Vorsitzender der Frauenschutzkommission loyal und menschlich benommen hatte, wurde plötzlich, obwohl er bisher als der förmlich Auserwählte für diesen Posten gegolten hatte, in das Ernährungsamt versetzt. Auf meine Interpellation, warum das geschehen sei, wurde zwar nicht öffentlich, aber vertraulich geantwortet, eine Etappenstation in Tirol hätte sich über die Weigerung weiblicher Hilfskräfte beschwert, vor Arbeitsbeginn zu beten. Oberstleutnant Julier habe darauf erwidert, daß man die Arbeiterinnen zum Beten nicht zwingen könne. Es verlautete, daß Kaiserin Zita davon Kenntnis erhalten und die Versetzung des Offiziers veranlaßt habe.

Der Umsturz machte auch der Frauenschutzkommission ein Ende. Zahlreiche Frauen, die verzweifelt zurückkamen, die ihre Kleider und alles, was sie besaßen, in der allgemeinen Verwirrung verloren hatten, konnten nicht mehr bei der Kommission Hilfe finden. Manchen konnte geholfen werden, viele aber waren nicht nur moralisch geschädigt, sie hatten auch ihre ganze Habe eingebüßt.

Als 1918 schon alles dem Ende zuging, wurde ich eines Tages eingeladen, der mir bis dahin persönlich unbekanntes Frau Helene Lechner, die Frau des Universitätsprofessors Lechner, einen Besuch in dringlicher Angelegenheit zu machen. Frau Lechner hatte einen guten Namen. Obwohl sie nie politisch tätig war, war sie im Frühjahr 1915 nach dem Haag gefahren, um an dem Friedenskongreß der bürgerlichen Frauen teilzunehmen.

Die unpolitische Frau war von den Wirkungen des Krieges, die sie in dem von ihr geleiteten Kriegsspital zu sehen bekam, so tief erschüttert, daß es ihr eine Pflicht schien, ihre Stimme gegen das Ungeheuer Krieg zu erheben. Sie hielt im Haag eine Friedensrede, die Aufsehen erregte. Im Frühjahr 1918 schickte sie mir ein Manifest, das sie in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichen wollte. Es hätte der Zensur nicht standgehalten und wurde daher nicht gedruckt.

Ich hatte also keinen Grund, den erbetenen Besuch zu verweigern. Um so mehr, da sie wegen schwerer Erkrankung ihres Gatten nicht zu mir kommen konnte. Sie berichtete mir, Kaiserin Zita habe ihre Hofdame Gräfin Bellegarde beauftragt, Frau Lechner zu ersuchen, mit Sozialdemokratinnen in Verbindung zu treten, um zu erfahren, ob sich diese an einer Aktion zugunsten der hungernden Kinder unter dem Vorsitz der

**Weil die
Frauen nicht
beten
wollten**

**In letzter Minute
menschliches
Besinnen**

Kaiserin beteiligen würden. Die Kaiserin beabsichtigte, Milchkühe zu kaufen und im Schloß Bellevue auf dem Kobenzl einzustellen. Die Milch sollte den notleidenden Kindern zugute kommen.

Der Zusammenbruch kam schneller als die Durchführung dieser Aktion. Ich konnte nicht einmal mehr dem Parteivorstand offiziell davon berichten.

Die Frauen hatten im Krieg viel zu leiden. Aber sie versuchten es auch, sich so gut als möglich zu Wehr zu setzen. Welche Leistungen die österreichischen Arbeiterinnen im Kriege zu vollbringen hatten und vollbracht haben, darüber wollte ich im März 1917 in der „Arbeiter-Zeitung“ berichten. Aber der ganze Aufsatz verfiel der Beschlagnahme. Er enthält aber so viel Wichtiges, daß es wert ist, ihn hier der Vergessenheit zu entreißen.

Der Aufsatz lautete:

Nur mit Zagen geht man daran, auch über die österreichischen Arbeiterinnen im Kriege zu schreiben. Obzwar kein erschöpfendes Bild, sondern nur eine flüchtige Zeichnung gegeben werden soll, vergegenwärtigt man sich doch alle die Schwierigkeiten und Hemmnisse, die dem schüchternsten Versuch in dieser Richtung bereitet werden. Unseres Erachtens mit Unrecht. Wir können ungehindert mitteilen, welche bittere Beschwerden die Munitionsarbeiterinnen Englands erhoben, wir können erzählen vom Streik der Gewehrmacherinnen in Frankreich, ja man darf schreiben über die Leistungen und Leiden der Arbeiterinnen in Deutschland, nur über das, was die Arbeiterinnen Österreichs leisten, leiden und dulden, soll Kirchhofruhe verbreitet werden. Es sei versucht, mit Hinweglassung aller Einzelfälle doch einiges zu berichten.

Das erscheint uns um so notwendiger, als bei uns nicht wie in Deutschland, im Reichstag und im Landtag, diese Dinge besprochen werden können; wir haben auch kein Kriegsamt, wo die Vertreter der Arbeiter selbst schlimmen Ungehörigkeiten entgegenwirken können. Ja wir haben auch nicht jene Kommissionen, gebildet aus Ärzten, Fabrikinspektoren und Sachverständigen aus Arbeiterkreisen, die zu entscheiden hätten, welche Arbeiten dem weiblichen Organismus zugemutet werden dürfen. Diese Kommissionen wurden vor mehr als Jahresfrist von den sozialdemokratischen Vertreterinnen der Arbeiterinnen in einer Eingabe angeregt. Wir haben auch noch nicht die Vermehrung der Gewerbeinspektorinnen und haben noch immer keine einzige Gewerbeinspektorin für die Industrie, obwohl wieder vor mehr als Jahresfrist ein hoher Funktionär des Kriegsministeriums gemeint hat: „Das muß man machen; wenn Frauen arbeiten, braucht man auch Gewerbeinspektorinnen.“ Es ist — soll man sagen: selbstverständlich? — nicht gemacht worden. Mit Wehmut erfüllt es, wenn man dann liest, daß es in Preußen allein 36 Gewerbeinspektorinnen gibt und daß das als zu wenig erachtet wird. Dabei hat Deutschland nun auch einen Frauenausschuß, der sich mit den Fragen der Frauenarbeit in der Industrie zu befassen hat und der vor allem den Fragen des Arbeiterinnenschutzes, der Ernährung usw. seine Aufmerksamkeit zuwendet. Vertreterinnen der Gewerkschaftsbewegung gehören diesem Ausschuss an und wahren dort die Interessen der Arbeiterinnen. Bei uns sind aber die vor einem Jahre verlangten Kommissionen nicht eingesetzt worden. Schutzlos verbringen die Arbeiterinnen die ganze Zeit des Krieges, niemand entscheidet, welche Arbeit mit ihrem Organismus unverträglich ist. Einige Beispiele über das, was Frauen im Kriege zu leisten haben.

Die Leistungen der österreichischen Arbeiterinnen im Kriege

Zwölfstundenschicht bei magerer Kost

Die Donawitzer Hüttenwerke in Steiermark beschäftigen vierhundert Arbeiterinnen. Einige mehr oder weniger ist nicht von Bedeutung; wir nennen die runde Summe. Die Fluktuation ist groß, was man bei der Art der Arbeit ohne weiteres begreifen wird. Die Arbeitszeit ist für Arbeiterinnen genau so wie für die männlichen Arbeiter. In den kontinuierlichen Teilen des Werkes, wie Hochofen, Walzhüttenbetrieben und Martins-Stahlwerken, zwölf Stunden die Schicht, im Hochofen und Martins-Werk auch achtzehnstündige Wechselschicht. Selbst zwölfstündige Nachtschicht machen die Arbeiterinnen. Mittags wie um Mitternacht beträgt die Pause eine Stunde. Im Hüttenbetrieb werden die Frauen zu den leichteren Arbeiten verwendet, in den Werkstätten arbeiten sie an Drehbänken, Hebeln, Bohr- und Fräsmaschinen und bei den Pressen. In den Martins-Werken auch bei den Einsetzmaschinen, eine Arbeit, von der man nicht für möglich gehalten hätte, daß Frauen sie verrichten können. Die Arbeiter bestätigen, daß Qualität und Quantität der weiblichen Arbeit so ist wie die der Männer, jedoch gehen die Frauen, besonders diejenigen, die Nachtschicht machen, rasch zugrunde.

In Betracht kommt auch, daß die Frauen einen Teil ihrer Ruhezeit den Hausarbeiten widmen müssen, so daß ihre Arbeitszeit tatsächlich länger ist als die der Männer.

Die Entlohnung der Arbeiterinnen ist hier die gleiche wie bei den Männern, jedoch bekommen die Frauen, deren Männer auch im Betrieb arbeiten, keine Teuerungszulage! Daß das kein Irrtum ist, beweisen die vorliegenden Lohnzettel. Ein Lohnzettel weist für 25 Lohnschichten einen Lohn von 70'56 Kronen auf. Der Lohn wird monatlich bezahlt; man darf sich also durch die hohe Summe nicht verleiten lassen, in die Rufe von den „hohen Kriegsverdiensten“ einzustimmen. Da nur einmal im Monat ausbezahlt wird, so leben die Arbeiterinnen die übrige Zeit auf Vorschuß, was die Abzüge am Lohnkuvert beweisen, und auch der niedrige Betrag, der ausgezahlt wird. Bei den 70'56 Kronen haben wir es mit einer Arbeiterin zu tun, die keine Teuerungszulage bekommt: weil auch der Mann dort arbeitet. Ein anderer Lohnzettel weist für 29½ Schichten (also einmal eine Arbeitszeit von 18 Stunden) 132'78 Kronen und 23'60 Kronen Teuerungszulage auf. Auch diese Arbeiterin, die in einer schweren Abteilung ist, kommt nicht höher als auf fünf Kronen im Tag bei zwölfstündiger Arbeitszeit! Noch eine Arbeiterin aus dem Hochofenbetrieb. Ihr Lohnzettel weist für 27 Schichten 81 Kronen auf, dazu Teuerungszulage 53 Kronen, zusammen 134 Kronen für 27 Arbeitstage zu je zwölf Stunden. Wir haben die höheren Löhne herausgegriffen, weil auch diese bekunden, wie „glänzend“ Arbeiterinnen bei gesundheitszerstörender Arbeit bezahlt werden. Bei Männerarbeit! Da sie die gleichen Löhne wie die Männer bekommen, so ist damit auch deren Lage beleuchtet. Es gibt in den Donawitzer Hüttenwerken selbstverständlich auch Löhne von 200 Kronen im Monat, aber das sind Ausnahmen. Eine der Arbeiterinnen beantwortet die Frage nach ihrer Ernährung damit, daß sie in der Fabrikantenecke isst. Sie bezahlt 30 Heller für das Frühstück, 1'20 Kronen für das Mittagessen und eine Krone für das Nachtmahl. Das sind schon 2'50 Kronen

für das Essen, ohne Brot, ohne Vormittags- und Nachmittagsessen, ohne Bettgeld, Wäsche- und Kleideranschaffung bei einem Lohn von 3 bis 5 Kronen im Tage. Andere Arbeiterinnen bekommen das Essen vom Hause, es besteht aus Kraut, Kartoffeln oder Rüben.

Noch einen steiermärkischen Betrieb greifen wir heraus, die Firma Bleckmann in Mürzzuschlag, Eisen- und Stahlfabrikation. Es arbeiten dort 300 Arbeiterinnen bei der Maurerei, Feilenhauerei, beim Panzerplattenverladen, Kranführen usw. Stundenlohn 30 bis 50 Heller, Arbeitszeit 10½ Stunden. Fünzig Arbeiterinnen haben auch Nachtschicht. Der Monatslohn beträgt von 75 bis 200 Kronen. Einiges über den Erzberg in Eisenerz. Dort arbeiten außer den einheimischen Bergarbeitern noch 1400 Russen. Frauen sind 300 beschäftigt, 160 arbeiten unter Tag. Sie haben Achtstundenschicht, von zwei Uhr nachts bis zehn Uhr vormittags, die nächste Schicht bis 6 Uhr abends, die dritte Schicht machen Russen. Die anderen Arbeiterinnen haben den ganzen Tag im Freien zu arbeiten, jedem Wetter ausgesetzt, ihre Kleider sind gewöhnlich ganz durchnäßt. Beim Hochofen haben die Arbeiterinnen schwere Arbeiten zu verrichten, sie betonieren, fahren mit dem Hund usw. Viele übernachten, da sie keine Angehörigen in der Nähe haben, in den Baracken. Diese sind geteilt, auf einer Seite schlafen die Frauen, auf der anderen die Männer. Das Essen besteht zumeist aus Bohnensuppe, Kartoffeln und aus Brot, wenn eines zu haben ist. Einen Überblick über den Umfang, den die Frauenarbeit in der Metallindustrie Steiermarks genommen hat, gewinnt man aus folgenden Zahlen: Im Juni 1914 waren in 29 Betrieben 1076 Frauen beschäftigt, am 31. Oktober 1916 arbeiteten in 27 Betrieben 3430. Die Zunahme beträgt zwei Drittel.

In Niederösterreich.

Nun zu Niederösterreich. Verlockend wäre es, Kapitel für Kapitel aufzuschlagen und gründlich Aufschluß zu geben über alles, was hier das Leben der Munitionsarbeiterinnen ausmacht. Aber auch da wollen wir uns bescheiden und nur wenig, das am leichtesten Abstellbare, mitteilen. Aber doch soviel, um jenen, die sich das Leben der Arbeiterschaft in der Kriegsindustrie als die reinste Schlemmerei und Prasserei vorstellen, einen Einblick in die Tatsachen zu gewähren. Ein paar Worte über die Löhne. Diese schwanken ungeheuer. Es ist zu beachten, daß die Frauen mit ihrer Kraft nicht hauszuhalten verstehen; gewohnt, daheim ohne Rast und Ruhe tätig zu sein, vom frühen Morgen bis zum späten Abend, ohne Ruhepause, setzen sie dieses System auch als Arbeiterinnen fort. Da die Masse der Arbeiterinnen, wie sie der Krieg geschaffen hat, mit allen gewerkschaftlichen Prinzipien unvertraut ist, verstehen sie nicht, daß ihr intensiver Fleiß nicht Belohnung, sondern Strafe heraufbeschwört. Sie verdienen zu viel, das führt zu Lohnherabsetzungen, und aufs neue müssen sie alle ihre Kräfte anspannen, um höheren Lohn zu erreichen. Dazu kommt noch das ehrgeizige Streben, zu zeigen, daß sie das gleiche und noch mehr leisten können wie die Männer. Da sie aber schlechter ernährt sind als die männlichen Arbeiter, so erschöpfen sich ihre Kräfte rascher. Haben wir doch in unseren Aufzeichnungen die Tatsache vermerkt, daß die Arbeiterinnen infolge der Überanstrengung in den Munitionsbetrieben alle zehn bis zwölf Tage menstruieren. Man kann sich eine Vorstellung machen, wie dieser ständige Blutverlust die Frauen

Frauenarbeit im Bergwerk und beim Hochofen

Die Überanstrengung und Unterernährung bewirken häufigere Menstruation

Weibliches „Arbeitermaterial“ für die Munitionsfabriken

schwächt und wie ihre Fähigkeit, einstens noch Mütter gesunder Kinder zu werden, vernichtet wird.

In dem Gebiet von Hirtenberg, Berndorf, Enzesfeld arbeiten zurzeit etwa 9000 Frauen in Betrieben, die Tag und Nacht im Gange sind. Die Arbeitszeit beträgt hier neun bis elf Stunden. Der Arbeitslohn schwankt zwischen 30 und 50 Kronen für die Woche. Bis in das zweite Kriegsjahr war der Lohn weit höher, aber aus den Gründen, die wir angeführt haben, durch die wahnsinnige Überspannung der Kräfte, wurden die Löhne stark herabgesetzt. Im zweiten Kriegsjahr verdienten die Frauen noch 80 bis 90 Kronen in der Woche, gegenwärtig, wie oben zu ersehen, die Hälfte. Festgehalten muß aber werden, daß die ganz hohen Löhne immer nur von einer kleineren Anzahl verdient wurden. Die Stundenlöhne sind selten höher als 30 bis 40 Heller. Dazu kommen dann die auch sehr verschiedenen Teuerungszulagen und die Prämien, die sich auch nach der Gefährlichkeit der Arbeit richten. Wir haben Lohnzettel der Hirtenberger Patronenfabrik in Händen gehabt, die selbst Wochenlöhne von nur 20 Kronen nachweisen. Auch bei Krupp in Berndorf, der bekannten oder berüchtigten, in Philantrophie machenden Firma, sind die Löhne wie in Hirtenberg 20 bis 30 Kronen.

Bei Fridolin Keller werden zwar von Frauen Lohnhöhen von 50 bis 60 Kronen erreicht, doch bei äußerst schwerer Arbeit. Hier arbeiten die Frauen an Revolverbänken, in den Pressereien und beim Transport. In der k. k. Munitionsfabrik Wöllersdorf ist eine Reihe von Drehern durch Arbeiterinnen ersetzt worden. Diese haben im Anfang gut verdient, aber die Reduzierungen haben auch hier das Bild verändert. Der Durchschnittsverdienst in dieser Fabrik ist bei einer täglichen zwölfstündigen Arbeitszeit 23 bis 29 Kronen wöchentlich. Hier wie überall arbeiten viele Arbeiterinnen, die aus Böhmen kommen, da sie dort infolge der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie kein Einkommen haben. Eigene Agenten vermitteln die Arbeiterinnen. Auch Unteroffiziere gehen auf „Werbung“ aus. Sie bekommen Urlaub und bemühen sich, aus den heimatlichen Dörfern weibliches „Arbeitermaterial“ für die Munitionsfabriken zu bringen. Den Arbeiterinnen werden natürlich viele Versprechungen gemacht: guter Lohn, freies Quartier, gute Verköstigung gegen billiges Geld. Wie der Lohn ist, haben wir schon gesagt. Es lohnt sich auch, einen Blick auf das „freie Quartier“ zu werfen. Natürlich Baracken, mit 100 bis 200 Schlafstellen, dicht aneinandergesetzt. Zwei Arbeiterinnen in einem Bett oder drei in zwei Betten. Unter ihnen Mädchen, die kaum das vierzehnte Lebensjahr überschritten haben. Das Essen ist schlecht und wenig. Morgens ein Absud, der schwarzer Kaffee genannt wird, zu Mittag ein kraft- und geschmackloses, oft halbrohes Zeug, abends eine schlechte Wassersuppe. Dafür werden vom Lohn sieben Kronen abgezogen! Brot müssen sich die Arbeiterinnen selbst kaufen. Aus einem anderen Orte wird über die Baracken mitgeteilt: Fünfzig bis sechzig Frauen in einer Baracke sind noch eine annehmbare Sache, wenn man nebeneinander liegen kann. Um den Raum auszunützen, werden aber die Schlafstellen wie Stockwerke übereinander errichtet, so daß sich der Belagraum verdoppelt. Von einer Lüftung und Reinigung der Schlafsäle kann nicht die Rede sein, da diese ja ununterbrochen Tag und Nacht benützt sind.

selbst von vierzehnjährigen Mädchen, während der Ferien auch von schulpflichtigen Kindern. Eingaben an die Behörden blieben ergebnislos. Einige Worte über Blumau. Dort wird in einigen Abteilungen von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends gearbeitet. Der Stundenlohn beträgt laut Lohnkuverts 26 bis 28 Heller, bei den schon länger Beschäftigten 30 bis 32 Heller, außerdem Prämien. Nun eine besser Bezahlte. Sagen wir, die Arbeiterin N. N. arbeitet in der Pulverabteilung. Sie arbeitet zwölf Stunden bei Tag oder bei Nacht und erhält für die Stunde 48 Heller. Für das Essen in der Betriebsküche bezahlt sie 14 Kronen in der Woche. Für das Schlafen in der Baracke 3 Kronen im Monat. Zu beachten ist, daß die Arbeiterinnen bis zu 5 Kronen für einen Laib Brot bezahlen, wenn sie aus Hunger um jeden Preis Brot zu erhalten trachten. Glänzendes Los der vielbenedigten Munitionsarbeiterinnen! Aus fast allen Betrieben wird über Strafsysteme berichtet. Es wird bis zu einem Taglohn abgezogen. Die Strafen werden für Fernbleiben von der Arbeit oder für Fehler in der Arbeit verhängt. Was mit den Strafgeldern geschieht, wissen die wenigsten. Aber die meisten meinen, daß sie der Betriebskrankenkasse zufließen. Über die Verschiedenheit der Entlohnung bei Frauen und bei Männern sei ein Beispiel angeführt: Beim Deckeldrehen für Wurfminen bekommen männliche Dreher einen Taglohn von zehn Kronen, Frauen sechs Kronen bei derselben Leistung. Beim Einstechen der Schrapnelle Männer dreieinhalb Heller für das Stück, Frauen drei Heller. Was an Beschwerden über die sittlichen Zustände, über Unfallgefahr und Unfälle vorliegt, wollen wir uns für andere Zeiten und andere Gelegenheiten aufheben.

In Wien.

Nur noch einiges über Wien. Die Entlohnung ist in Wien im Durchschnitt so wie in der Provinz. Stundenlöhne von 30 bis 40 Heller sind auch hier das Übliche; aber selbst Taglöhne von 1'80 bis 2 Kronen sind sehr häufig, auch bei körperlich schwerer Arbeit. Da haben wir eine dreißigjährige Packerin, die ein ganzes Jahr in einem unter Kriegsleistung stehenden Betrieb arbeitet. Sie bekommt nur 30 Heller für die Stunde sowie eine wöchentliche Teuerungszulage von 2'50 Kronen. Das sind bei zehnstündiger Arbeitszeit in schlechter Luft 20'50 Kronen in der Woche, wobei die Arbeiterin zwei Finger der linken Hand eingebüßt hat. Wer zählt überhaupt die Frauenfinger, die während des Krieges zum Opfer gefallen sind! Für Zuspätkommen werden in vielen Betrieben strafweise 20 Heller bis zu einer Krone vom Lohn abgezogen. Noch eine Arbeiterin von der Presse in einem Wiener Betrieb: Stundenlohn 28 Heller, Akkordlohn 36 Heller, Teuerungszulage 2'50 Kronen. Mit der Hand in die Presse gekommen und zwei Finger der linken Hand verletzt. Eine Arbeiterin arbeitet in einem Betrieb, wo Schuhnägel erzeugt werden. Für 1000 Stück werden 16 und 20 Heller bezahlt. Tagesverdienst zwei Kronen. Keine Teuerungszulage. In der Maschine den rechten Daumen gequetscht. Noch einen optischen Betrieb, wo erst im Kriege die Frauenarbeit eingeführt wurde. Die Frau bekommt zwei Drittel vom Stücklohn des Mannes. Verdienst 20 bis 50 Kronen in der Woche.

Es sei genug an diesen Beispielen. Nicht berührt haben wir die Frage des infolge Überarbeit und schwerer Arbeit auftretenden Abortus und der Frühgeburten. Auch sie spielen eine große Rolle. Von unheilvollster

Schulpflichtige Kinder in der Nachtschicht

**Bis zu fünf Kronen
für einen Laib Brot**

**Wer zählt die
Frauenfinger, die
zum Opfer gefallen
sind?**

Kriegsnot, aber kein Parlament

Bedeutung wird überhaupt der Gesundheitszustand der Frauen, wie er im Kriege geworden ist. Nicht nur durch die Überarbeit, sondern auch durch die große Gefahr der Infektion mit Krankheiten, die auch die Nachkommenschaft gefährden. Man erinnere sich nur, was wir über die Baracken gesagt haben, und vergegenwärtige sich, welchen Möglichkeiten da Tür und Tor geöffnet sind.

Wäre es nicht wirklich an der Zeit, endlich Gewerbeinspektorinnen zu bestellen? Liegt es nicht im Interesse des Staates ebenso sehr wie in dem der Arbeiterschaft? Sollte sich nicht die Exzellenz, die jetzt das Amt eines Handelsministers bekleidet, für diese Dinge interessieren, da jene Personen, die vor einem Jahre ein so lebhaftes Interesse für das Wohl der Arbeiterinnen bekundeten, nichts getan haben? Auch zur Versorgung und Behütung der Kinder ist nichts getan worden. Die Arbeiterinnen selber sind zu schwach, ihre Lage aus eigener Kraft zu verbessern. Es ist zwar die einzelne sehr radikal in Beurteilung der Zustände, unter welchen sie leidet, aber es fehlt die organisatorische Zusammenfassung. Es sind zu verschiedenartige Elemente, die dort zusammenströmen, wo das Material hergestellt wird, das den Krieg speist. Von außen muß an diesen Zuständen gebessert werden. Wir kommen wieder zu der Forderung nach Einberufung des Parlaments, damit dort Gelegenheit werde, diese für die Zukunft des Proletariats so wichtige Frage zu besprechen und gesetzgeberische Maßnahmen zu fordern.



Obere Reihe von links nach rechts:

Josefine Deutsch, Marie Münzker, Amalie Pölzer, Marie Bock, Emmy Freundlich, Olga Hönigsmann, Anna Grünwald, Mathilde Eisler

Untere Reihe von links nach rechts:

Marie Schuller, Anna Boschek, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Adelheid Popp, Gabriele Prott

Über allem anderen steht die Organisation

Der Werdegang der sozialdemokratischen Frauenorganisation Österreichs enthält keine Etappe, die von Zerstörung oder Vergiftung durch persönliche Zerwürfnisse der tätigen Personen erfüllt war. Das ist vielleicht das Größte an unserer Bewegung, daß alle Genossinnen, an welcher Stelle sie auch stehen mochten, immer von dem einen Gedanken durchdrungen waren und sind: über allem anderen steht die Organisation. Meinungsverschiedenheiten hat es oft genug gegeben. Personen standen sich kämpfend und ringend gegenüber; wie aber das Gedeihen der Organisation in Betracht kam, genügte ein Appell an die Einigkeit, um persönliche Empfindlichkeit verstummen zu lassen. Die Zeit des Krieges, die in so vielen Ländern zur Bildung von Richtungen geführt hat, und darüber hinaus zum Zerschlagen von Organisationen, hat in Österreich organisatorisch keinen Schaden angerichtet. Wohl platzten die Meinungen aufeinander, für oder gegen die Deutschen oder, was schlimmer sei, russische oder deutsche Herrschaft. Die Kritik an der Haltung der einzelnen Parteien wurde oft und oft zum Diskussionsgegenstand in Sitzungen und Konferenzen. Und doch kam es zu keiner wirklichen Feindseligkeit der führenden Genossinnen untereinander, sie fanden sich immer wieder auf gemeinsamem Boden zusammen.

Darum konnte auch schon in den Kriegsjahren die Organisation wieder aufgerichtet werden. Die Frauenorganisation hatte bei Kriegsende um 12.000 Mitglieder mehr als zu Beginn des Krieges. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ blieb erhalten; es konnten auch im Krieg Konferenzen stattfinden, die sich alle mit dem Ausbau der Organisation beschäftigten. Als im März 1915 in Bern eine Internationale Frauenkonferenz einberufen wurde, die nicht von den Parteivertretungen, sondern von den oppositionellen Genossinnen einberufen war, wurden auch die österreichischen Genossinnen zur Teilnahme eingeladen. Klara Z e t k i n, bis dahin die internationale Sekretärin der Frauen, bemühte sich, die österreichischen Genossinnen zur Teilnahme an der Berner Frauenkonferenz zu gewinnen, russische Genossen unterstützten sie dabei. Eine Abgesandte von Klara Zetkin erschien in Wien, um an einer Sitzung des Frauenreichskomitees teilzunehmen und im Namen Klara Zetkins eine Delegation nach Bern zu befürworten. Die Meinungen der Genossinnen waren geteilt. Aber nach einer langen und sachlichen Debatte im Beisein Viktor Adlers wurde beschlossen, die Delegation nach Bern abzulehnen. Heißumstritten war die Frage,

ob die Frauen ihre eigene selbständige Organisation behalten oder ob sie sich der Organisation der Männer anschließen sollten. Hier war es dasselbe. Nachdem einmal der Beschluß für die gemeinsame Organisation mit Mehrheit gefaßt war, stellten sich die Unterlegenen auf denselben Standpunkt und agitierten und begründeten die Richtigkeit der gemeinsamen Organisation. Mit Recht wurde erkannt, daß es wohl das größte Verdienst der österreichischen Genossinnen ist, im Krieg die Einigkeit bewahrt zu haben. Es wurden oft Resolutionen beschlossen, die in den verschiedenen Abschnitten des Krieges zu den auftauchenden Problemen Stellung nahmen. An den österreichischen und an den deutschen Parteivorstand wurden Resolutionen gerichtet. Es wurde gegen die Verhaftung von Klara Zetkin durch die deutsche Regierung protestiert wegen der Teilnahme an der Berner Frauenkonferenz. Aber immer war der Inhalt so, daß die Genossinnen der sonst entgegengesetztesten Richtungen dafür stimmen konnten.

Hier eine solche Resolution, beschlossen 1917 vom Frauenreichskomitee:

An die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages.

Werte Genossen!

Die Plenarversammlung der Wiener sozialdemokratischen Frauenorganisationen erlaubt sich im Vollgefühl der Freundschaft und innigen Solidarität, die zwischen unseren beiden Bruderparteien herrschen, eine Bitte an Sie, werte Genossen, zu richten.

Wie Ihnen wohl bekannt ist, hat das österreichische Parlament schon lange vor Ausbruch des Krieges aufgehört zu funktionieren, so daß unsere Abgeordneten nicht wie Sie die Möglichkeit besitzen, trotz Belagerungszustand und Zensur von einer unangreifbaren Tribüne aus zu der Öffentlichkeit zu sprechen. Darum können wir uns jetzt nicht darauf beschränken, uns, wie wir es stets gewohnt waren und noch niemals vergeblich getan haben, mit unserem Anliegen an die Genossen der österreichischen Reichsratsfraktion zu wenden. Vielmehr sehen wir uns diesmal gezwungen, gleichzeitig auch an Sie, werte Genossen, mit dem Ersuchen heranzutreten, daß Sie unserem Sehnen und Fordern eine Stimme verleihen mögen, und zwar gemeinsam und gleichzeitig mit der österreichischen Partei, falls es außerhalb der Parlamente und noch vor dem Zusammentreten des Reichstages geschehen kann; im deutschen Reichstag aber, wenn jeder andere schon früher betretene Weg sich als ungangbar erweisen sollte.

Wir Vertreterinnen der Parteigenossinnen Wiens sind der Überzeugung, daß der Zeitpunkt nun gekommen sei, an welchem die Zentralmächte ohne Gefährdung berechtigter Interessen die Initiative zum Friedensschluß ergreifen könnten und an welchem es darum für die Sozialdemokratie zur unabweislichen Pflicht geworden ist, eine solche Initiative von den verbündeten Regierungen zu fordern.



Jeder Vorstoß unserer Partei nach dieser Richtung hin müßte die lebhafteste Zustimmung und die glühendste Begeisterung in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft auslösen.

Auf dem Boden Deutschlands stehen nirgends mehr feindliche Truppen und die gänzliche Verdrängung der Russen von österreichischem Boden ist nur eine Frage der Zeit. Andererseits aber halten deutsche Truppen große feindliche Gebiete besetzt. Es ist darum an den Zentralmächten, die Hand zum Frieden zu bieten.

Deshalb scheint es uns jetzt an der Zeit zu sein, die beiden Regierungen der Zentralmächte mit allem Nachdruck daran zu erinnern, daß sie bei Ausbruch des Krieges ausdrücklich erklärt haben, keinen Eroberungskrieg führen zu wollen.

Wir bitten Sie darum, dringend an die deutsche Regierung die Forderung zu richten, daß sie die Initiative zur Einleitung von Friedensverhandlungen ergreifen möge. Wir sind überzeugt, daß die klare Erklärung Deutschlands, auf jede Annexion, insbesondere auf die Belgiens, zu verzichten, wenn die Integrität Deutschlands und Österreichs gewahrt bleibt, den Frieden im stärksten Maße fördern könnte.

Dann wird es die Sache der sozialdemokratischen Vertrauenspersonen in Deutschland und in Österreich sein, die Bewegung, die durch das Vorgehen der beiden Parlamentsfraktionen ins Rollen gebracht worden ist, unter der Arbeiterschaft lebendig zu erhalten und anwachsen zu machen.

Wir vertrauen fest darauf, daß Sie, werte Genossen, die Schwierigkeiten unserer Lage voll verstehen, unseren Schritt gutheißen und unser Ersuchen einer ebenso eingehenden Würdigung unterziehen werden, als wenn es aus den Reihen der reichsdeutschen Parteiorganisationen käme.

Mit schwesterlichem Gruß

für die Wiener sozialdemokratischen Frauenorganisationen.

Der schon lange vorausgesagte Zusammenbruch war gekommen. Die Soldaten strömten zurück, die Republik wurde proklamiert, die politische Gleichberechtigung war erreicht, das Wahlrecht aller Frauen vom zwanzigsten Lebensjahr an wurde beschlossen. Die Sozialdemokraten hatten wahr gemacht, was die Frauen von ihnen erhofft hatten. Auf ihren Antrag wurden die Frauen gleichberechtigte Bürgerinnen. Aus niedrigsten Anfängen, Schritt um Schritt vorwärtskämpfend, haben die Frauen die Höhe erklommen, auf der aus der rechtlosen, mißachteten „Frauensperson“ die gleichberechtigte Bürgerin geworden war. Der Weg war nicht leicht. Auch die bürgerlichen Frauen haben den Kampf um ihre Gleichberechtigung geführt. Eine sehr erfolgreiche Mitkämpferin war dabei die Wiener Lehrerin Leopoldine Glöckel. Sie war in dem Stimmrechtskomitee der bürgerlichen Frauen tätig, aber sie hielt schon damals Vorträge in der „Libertas“ und später im Verein der Heimarbeiterinnen. Das war gar nicht so einfach für eine Lehrerin, die dem christlichsozialen Bezirksschulrat unterstand.

Als sie sich 1909 mit einem großen Kreis von Frauen an der Agitation für die Wahl in den Landtag beteiligte, um für Viktor Adler das Mandat erringen zu helfen, hat sie, gezeichnet mit der Unterschrift des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, eine schriftliche Rüge bekommen, „weil es mit der Standesehre einer Lehrerin der Stadt Wien unvereinbar sei, Wahlagitatorin für die sozialdemokratische Partei zu sein“.

Endlich Zusammenbruch und Wahlrecht

Dr. Lueger rügt
die freie Frau



Immer und immer wieder muß es gesagt werden. Die sozialdemokratischen Frauen können das stolze Bewußtsein haben, Bahnbrecherinnen auf allen Gebieten gewesen zu sein, wo für das Frauengeschlecht Befreiung, Erlösung, Gleichheit, sozialer Aufstieg zu erkämpfen war. Vergewenwärtigen wir uns nur alles, was den Frauen an sozialem Fortschritt und an politischem Recht geworden ist.

Dem Parteitag 1896 wurde ein Antrag unterbreitet, eine weibliche Delegation nicht anzuerkennen, da es keine Frauenorganisation gebe. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt, aber es war keine Delegierte gekommen. Die Genossinnen hatten die Delegation zurückgezogen, da die Wiener Organisation abgelehnt hatte, die Kosten zu bezahlen. Nur die Redaktion der „Arbeiterinnen-Zeitung“ konnte auf dem Parteitag vertreten sein. Ja, es war ein schwerer Weg, den die Genossinnen zurückzulegen hatten, um auch in der Partei emporzukommen und auch als Mitkämpferinnen anerkannt zu werden. Und nun dieser Wandel! Die Frau wahlberechtigt, die Frau einflußreich in vielen öffentlichen Dingen! Denken wir nur an einiges. Wie wertvoll finden wir die Entbindungsheime, die Rekonvaleszentenheime für Frauen, die Kuranstalten der Krankenkassen, die Unbemittelten zur Verfügung stehen. Das war nicht immer so. Die Arbeiter hatten längst Gesundungsheime, als es für Arbeiterinnen derartiges noch nicht gab. Die sozialdemokratischen Frauen Wiens waren es, die 1907 zum erstenmal bei den Krankenkassen vorstellig wurden,

um Errichtung eines Entbindungs- und eines Rekonvaleszenten-
hauses für Frauen. In der bald darauf stattgefundenen General-
versammlung des Verbandes der Genossenschaftskranken-
kassen wurde über die Petition der Frauen berichtet und mit-
geteilt, daß von einem bereits vorhandenen Fonds von
210.000 Kronen der Platz für ein Entbindungsheim ange-
kauft wird.

Es war der erste Anfang. 1909 wurde beim Türkenschanzpark
das erste Entbindungsheim der Krankenkassen erbaut.

Das Beispiel wurde in späteren Jahren von anderen Kranken-
kassen befolgt. Heute hat auch die Gemeinde Wien ein Ent-
bindungsheim, das von der sozialdemokratischen Verwaltung
errichtet wurde.

Die sozialdemokratischen Frauen haben auch als erste die
Forderung erhoben, daß den Arbeiterinnen ein Vertretungs-
recht zu den Vorständen der Krankenkassen gegeben werde.
Auch diese Forderung wurde zum erstenmal im Jahre 1907 er-
hoben, heute gibt es kaum mehr eine Krankenkasse, der weib-
liche Mitglieder angehören, wo nicht auch Frauen Vorstands-
mitglieder wären.

Auf was alles mußte nicht das Frauenreichskomitee seine Auf-
merksamkeit konzentrieren! Ein großer Feldzug wurde gegen
die christlichsozialen Landesausschüsse von Nieder- und Ober-
österreich geführt, als diese um die Jahrhundertwende anfangen,
Wöchnerinnen pfänden zu lassen, weil sie die Kosten für die
Entbindung in der Gebärklinik nicht bezahlen konnten. Diese
christlichsozialen Behörden wollten sich das vierwöchige Kran-
kengeld aneignen, das den Wöchnerinnen zukam. In einer
Massenversammlung beim Wimberger und in vielen anderen
Versammlungen wurde von den Frauen Protest erhoben, ein
Flugblatt wurde verbreitet. Die Frauen hatten gesiegt.

Am 21. März 1901 faßte der Landesausschuß von Oberöster-
reich den Beschluß, von der Heranziehung der Krankenkassen
zur Zahlung der Verpflegungsgebühren für die in der niederöster-
reichischen Landesgebäranstalt aufgenommenen und nach Ober-
österreich zuständigen Frauenspersonen — so drückte man sich
damals aus — abzusehen und die Kosten aus dem oberöster-
reichischen Landesfonds zu decken.

So geschah es auch in Niederösterreich.

Gegen die Teuerung, gegen den Militarismus wurde wiederholt
in überwältigenden Demonstrationen demonstriert. Gegen die
Nachtarbeit der Frauen und gegen das Herrenhaus wurde in

Christlichsoziale
Landesausschüsse
lassen
Wöchnerinnen
pfänden

Die Fürsten und
Grafen für die
Nachtarbeit der
Frau in den
Zuckerfabriken

Frauenversammlungen Stellung genommen, als das Abgeordnetenhaus ein Verbot der Frauennachtarbeit beschlossen hatte, das Herrenhaus aber eine Ausnahme für die Zuckerfabriken machte. Just für die Zuckerfabriken, von welchen viele Eigentum von Herrenhäuslern waren. Die Fürsten, Grafen, Barone fühlten sich nicht zu nobel, die Nachtarbeit der Frauen zu fordern, weil es in ihrem kapitalistischen Interesse lag, sich die billigere Frauenarbeit zu erhalten. Halb nackt, wegen der fürchterlichen Temperaturen, arbeiteten junge Mädchen, schwangere Frauen, Mütter in den Zuckerfabriken. Sie alle wurden dem Profitbedürfnis der Zuckerbarone geopfert.

Die sozialdemokratischen Frauen kämpften um weibliche Gewerbeinspektoren sowie um das aktive und passive Wahlrecht für die Gewerbegerichte. Sie forderten den freien Samstag-nachmittag, Schulärzte, Witwen- und Waisenversorgung, Wohnungsreform lange schon, ehe diese Forderungen zu den Selbstverständlichkeiten gehörten. Es gab keine Frage, die im öffentlichen Leben auftauchte, wozu die Frauen nicht Stellung genommen hätten, um die Interessen des weiblichen Geschlechtes zu wahren.

Als nach 1900 die Arbeiterkonsumvereine auf eine moderne Grundlage gestellt wurden, war es das Frauenreichskomitee, das den Kampf um die Vertretung der Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten führte. Das Frauenreichskomitee entsendete die ersten Vertreterinnen in die Vorstände der Arbeiterkonsumvereine. So lange erfüllte es diese Aufgabe, bis es gelungen war, eine eigene Bewegung der Frauen für die immer größer werdende, vielfach von den Frauen getragene Genossenschaftsbewegung ins Leben zu rufen.

Die Genossinnen arbeiteten in vielen Gewerkschaften mit, in den Vorständen, bei Lohnbewegungen und durch Vorträge. Wie sehr gewerkschaftliche und politische Frauenbewegung einig im Ziele waren, geht auch aus der Tatsache hervor, daß Zilli Lippa lange Zeit Vorsitzende des Frauenreichskomitees war, gleichzeitig aber eine der erfolgreichsten gewerkschaftlichen Führerinnen. Sie hat eine Arbeiterinnenkategorie aus unmenschlichster Ausbeutung emporgehoben zu menschenwürdigem Dasein. Die Arbeiterinnen der Wäschebranche; Beschimpfungen, Mißhandlungen, tätlichen Angriffen preisgegeben, hat sie viele Streiks der Arbeiterinnen geleitet und zu siegreichem Ende geführt. Jahrzehntlang gehörte sie dem

Vorstand der Union der Textilarbeiter an und sie war eine der ersten gewerkschaftlichen weiblichen Angestellten.

Das Frauenreichskomitee kämpfte für weibliche Geschworne, als man diese Forderung noch belächelte. Bei dieser Forderung waren die bürgerlichen Frauen Bundesgenossinnen, ebenso bei dem Kampf gegen den § 30 des Vereinsgesetzes und bei der Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Mit der proletarischen Frauenbewegung kämpfte die bürgerliche bei allen Kultur- und politischen Fragen. Im Parlament waren die Sozialdemokraten und nur wenige bürgerliche Abgeordnete die Vertreter der Frauenforderungen.

Es ist viel, was die Frauen erkämpft haben. Die Frauen können mit Stolz auf die Erfüllung so vieler Kampfziele blicken und sind berechtigt, Genugtuung zu empfinden. Was die großen Pionierinnen im Zeichen der Französischen Revolution verlangt haben, wir haben es der Vollendung zugeführt. Gleiches Wahlrecht. Gleiches Vereinsrecht. Olympe des Gouges! Könnte dein Geist ahnen, daß du nicht umsonst auf dem Schafott gestorben bist!

Ihr alle, die ihr Schmach und Verfolgung auf euch genommen habt, konntet ihr noch fühlen, wie sich eure kühnsten Träume erfüllten? Die Teilnahme am Universitätsstudium ohne Einschränkungen, die Berufung zu akademischen Lehrerinnen, die Vertretung vor Gericht, die Anerkennung der Gleichberechtigung im Staats- und im Schuldienst, die Aufhebung des Eheverbotes für Bundesangestellte. Der Weg wurde freigemacht für die Frauen ohne Einschränkung. Die Frauen wurden Mitglieder im Nationalrat, im Bundesrat, in den Landtagen, in den Gemeindevertretungen, sie wurden Geschworne und Schiedsrichterinnen, Dozentinnen, Hofrätinnen, Regierungsrätinnen, nicht durch den Titel des Mannes, sondern kraft ihrer eigenen Stellung. Manches ist zu erreichen noch übriggeblieben. Die neue Schule mit neuen Lehrern, die aus Unterrichtsanstalten hervorgehen, die schon dem neuen Menschen dienen, die in der Frau den gleichberechtigten Menschen sehen, wird vieles bessern. Heute fehlt in der geistigen Einstellung der Menschen noch vieles zur Vollendung des Werkes der Gleichberechtigung. Nur mit Widerstreben wird von manchen die Frau an Stellen gesehen, wo es noch vor wenigen Jahren nur Männer gab; wo man nur Männern Verständnis und Intelligenz zubilligte. Selbst wenn die Frau theoretisch gleichen Rechtes ist, wird in der Praxis

Den Manen
Olympe de Gouges'

Die Frau kann
nicht mehr als
minderwertig
hingestellt werden

WAHLNUMMER DER ARBEITERINNEN- ZEITUNG

№ 8

16 JAHR



WIEN, DEN 15. APRIL 1907.

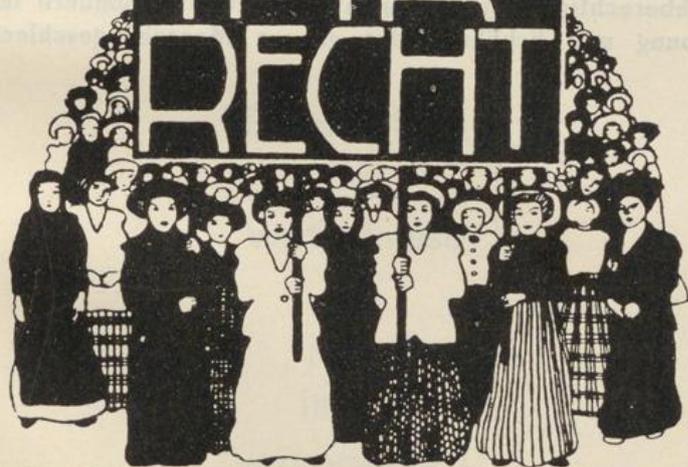
noch vieles gehindert und gehemmt. Schon die Frage: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hat ein doppelseitiges Gesicht. Wenn theoretisch der gleiche Lohn zugestanden wird, versucht man doch, die Arbeit der Frau so zu qualifizieren, daß man sich daraus das Recht nimmt, sie minder zu entlohnen. Man kann die Frau nicht mehr als minderwertig hinstellen, und

**DAS FRAUENWAHLRECHT
FORDERN
ALLE FRAUEN UND MAEDCHEN
ALLE MÜTTER
ALLE ARBEITERINNEN**

MSAXL

WIEN

**DEN
FRAUEN
IHR
RECHT**



doch kann man sich nicht entschließen, die Gleichwertigkeit anzuerkennen. Man vergißt, daß es bei der Gleichwertigkeit oder Minderwertigkeit nicht in erster Linie auf das Geschlecht ankommt, man übersieht oder will es nicht sehen, daß auch Männer nicht gleichwertig sind. So sicher es ist, daß es neben hochwertigen Männern minderwertige Frauen gibt — so gibt es

Gleiches Recht,
gleiche Pflicht

Vorwärts!
Aufwärts!

auch neben ganz minderwertigen Männern hochbegabte und hochqualifizierte Frauen. Das sind Fragen der Entwicklung. Schauen wir zurück! Überlegen wir, was seit 1890, dem Geburtsjahr des Arbeiterinnen-Bildungsvereines, der ersten sozialistischen Organisation der Frauen Österreichs, alles anders geworden ist! Vergewegenwärtigen wir uns die Frau von damals in ihrer Entwürdigung, in ihrer geistigen und körperlichen Erniedrigung! Und daneben die Frau von heute, die Frau mit dem Stimmzettel, die Frau als Abgeordnete, Ärztin und Rechtsanwältin, die Frau nicht nur mehr bei den Lohnarbeiten „niedrigster“ Art, wie die Gewerbeordnung besagte, sondern überall, wo Menschenhände und Menschengestalten Arbeiten verrichten! Wir stehen in einer gewandelten Welt! Die Frau geht ihren Weg immer weiter aufwärts, sie geht ihn heute Seite an Seite mit dem Manne. Mit Riesenschritten holt sie nach, was sie in vergangenen Jahrhunderten ohne ihre Schuld versäumt hat. Aus diesen Erkenntnissen der Geschichte unserer Frauenbewegung mögen alle Streiterinnen die Überzeugung gewinnen, daß ihre Arbeit die Krönung finden wird: nicht nur in der Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne, sondern in der Erhebung und Erhöhung des ganzen Menschengeschlechtes.

Der
Anhang
besteht
aus
einer
Anklageschrift,
einigen
Versammlungsberichten
und
Aufrufen
zur
Beleuchtung
der
Verhältnisse
in
jenen
längst
vergangenen
Tagen

Reg. 6321
H. 16728
K. 9360

Charlotta Glas
Stevnia Ryba

S. 64, 305 Hly. Art. I §. 17 1/2
62

Anklageschrift

Anklageschrift

Die k. k. Herrentreuhandgesellschaft in Wien
wofür gegen
Charlotta Glas 20 Jänner 1890 in Wien geb.
n. z. n. p. m. p. i. f. Ludwig Gundnerarbeiten
Amalia Ryba 17 Jänner 1890 in Wien
geb. nach Pechkorod n. p. m. p. i. f. Ludwig
Gundnerarbeiten, beide mit Anklagen

die Anklage:

- 1) Charlotta Glas geboren am 1. Oktober 1890
in Wien durch die Öffentlichkeit und durch
unseren Parteivorstand beauftragt
Christenheit, so tiefen mit dem
Parlamentarismus zusammen. Die Partei
sagt für die Welt. Ich bin nicht nur
für den rein politischen Kampf mit der
Kaiserkrone, die Freiheit gegen die
Kaiserkrone und die Freiheit gegen die
Kaiserkrone verlegt.
- 2) Stevnia Ryba geboren
am 1. Oktober 1890 in Wien durch die
Öffentlichkeit in der Presse und durch
unseren Parteivorstand beauftragt
Christenheit.
» Sozialdemokratie ist der gemeinsame
» Sozialdemokratie. Man wird nicht
» Sozialdemokratie. Man wird nicht
» Sozialdemokratie. Man wird nicht
» Sozialdemokratie. Man wird nicht

Erzherzoge, die
kein Herz für das
Volk haben

Revolution ist der
Grundgedanke der
Sozialdemokratie

Eine Frauen- versamm- lung

*(Eine Frauenversammlung.) Die Nothlage unter den Fabrikarbeiterinnen und Frauen Wiens wurde in einer gestern in Opitz' Florosaal stattgefundenen, von mehreren hundert Frauen besuchten Frauenversammlung von der Arbeiterinnensführerin Fräulein Adelheid Dworschak besprochen. Die billige anspruchslose weibliche Arbeitskraft beginne noch mehr im Preise zu sinken und so sei man speziell in Wien bei wahren Hungerlöhnen angelangt. Der Wochenlohn der Arbeiterinnen sei hier auf zwei bis drei Gulden herabgesunken, ja theilweise noch tiefer, auf einen Gulden und sogar fünfzig Kreuzer. Treiben solche niedere Löhne die Arbeiterin, auch wenn sie Arbeit hat, zur Prostitution, um wie viel mehr erst dann, wenn sie arbeitslos ist. Die Ehe höre auf, eine Versorgungsanstalt der Frauen zu sein, das beweise das Sinken der Eheschließungen. Rednerin führt an, daß im Jahre 1872 auf 10.000 Einwohner 93 Trauungen, im Jahre 1889 aber nur mehr 74 Trauungen erfolgten. Die heutige kirchliche Ehe sei übrigens vom Besitz abhängig und dem Mittellosen nur mit großen Schwierigkeiten zugänglich. Rednerin wendet sich weiters unter großem Beifall gegen die Antisemiten, welche in der antisemitischen Frauenversammlung die Behauptung aufstellten, die Frau müsse an Eigenthum, Religion und Familie festhalten. Für die Arbeiterinnen, der Mehrzahl der Frauen, gelte das nicht. Die Familie sei da schon zerstört, das Eigenthum nie vorhanden gewesen und die Religion habe sich nie der Frauen angenommen. Bei einer Bemerkung gegenüber dem Militarismus wird die Sprecherin vom Regierungsvertreter unterbrochen, was in der Versammlung lebhafteste Protestrufe hervorrufft. Mit der Versicherung, die Arbeiterinnen würden sich sammt und sonders auf sozialdemokratische Seite stellen und durch die frommen Lockrufe der Liechtensteins und Pater Latzklas nicht beirren lassen, schließt die Rednerin. Zum Schlusse der Versammlung stimmen die anwesenden Frauen das „Lied der Arbeit“ an.

Die Ehe höre auf,
eine Versorgungs-
anstalt der Frauen
zu sein

Wien. Zum ersten Male tagte Freitag den 9. Dezember eine Versammlung arbeitsloser Frauen und Mädchen. Der Besuch gelang über alle Voraussetzung gut. Der Saal zu den „Drei Engeln“ war von etwa 400 weiblichen Theilnehmern und auch von einer Anzahl von Parteigenossen gefüllt. Die Einberufenerin, Genossin Dwořak, erklärte kurz den Anlass, der zur Veranstaltung dieser Versammlung geführt: die geringe Anzahl der Besucherinnen bei den allgemeinen Arbeitslosen-Versammlungen. Sie begrüßte mit Freude das zahlreiche Erscheinen der Arbeiterinnen bei der heutigen Versammlung. Sie legte Wert darauf, zu konstatieren, daß mit dieser, speziell für die proletarischen Frauen einberufenen Versammlung keine von der allgemeinen Arbeiterbewegung getrennte Arbeiterinnen-Bewegung geschaffen werden soll. Um das Gegentheil nachzuweisen, erliche sie, bei der Wahl des Präsidiums dieser Versammlung auch Männer zu berücksichtigen. (Beifall.)

Die Leitung der Versammlung wird übertragen an Genossin WILDUNG, Genossin SCHRAMMEL und Genossin GRASSER. Zu dem einzigen Punkte der Tagesordnung: „Die Arbeitslosigkeit der Frauen, ihre Ursachen und ihre Folgen“ referiert Genossin Dwořak. Sie weist hin auf die elende Lage des Volkes überhaupt, der Frau insbesondere; die Statistik der Schubirungen, der obdachlosen Familien, der hungernden Schulkinder etc. bestätigt dies. Was geschieht demgegenüber? Man errichte Thee- und Suppen-Anstalten, Wärmestuben und dgl. In der Zeit vom 15. November bis 20. Dezember 1891 waren 38.638 Frauen und 26.674 Kinder obdachlos. (Bewegung.) Rednerin führt eine Reihe ökonomischer Daten, von lebhaften Entrüstungsrufen unterbrochen, an, und zieht daraus den Schluß, daß Frauen und Männer in gleicher Weise für die Abänderung der heutigen gesellschaftlichen Zustände kämpfen müssen. (Beifall.) Hand in Hand mit der fortschreitenden Verkünderung des Volkes schreitet das Wachsthum der Verbrechen bei den Männern, der Prostitution bei den Frauen. Den Feinden des Volkes gegenüber würden in den kriegsgewandten Körpern immer höhere Militär-Auslagen bewilligt. Das ist Alles, was sie leisten. (Zustimmung.) Wenn auch in den Versammlungen der Hunger der Arbeitslosen nicht gestillt wird, so wird doch die Erleuchtung der sozialen Verhältnisse in diesen Versammlungen mächtig gefördert und das Solidaritätsgefühl aller Arbeitenden geweckt. Deshalb und um unser Elend offensichtlicher zu machen, versammeln wir uns. (Stürmische Zustimmung.)

Genossin WAGNER spricht über die Maschinenarbeit, die nach und nach überall die Handarbeit verdrängt. Der Segen der Maschinen werde erst in der sozialistischen Gesellschaft zur Wahrheit werden. (Beifall.)

Gen. DE ALDER erklärt, er habe von der Versammlung nicht viel erwartet und es freue ihn, daß er sich getäuscht habe. Er habe weniger erwartet, denn mehr noch als die Männer sind die Frauen versklavt. (Sehr richtig!) Was „sich schämt“ und was „sich nicht schämt“ wird ihnen von unzähligen Stillheitspredigern erzählt. Es ist Lüge. Wenn sie Gesetz und Anstand immer beachtet haben und dann kommen und zu leben verlangen, werden sie ausgelacht. (Beifall.) Redner komme eben aus einer anderen Versammlung, aus dem Abgeordnetenhaus. (Geldstater.) Sie finden es lächerlich, daß noch Jemand in's Abgeordnetenhaus geht (Heiterkeit), ich beinahe auch. (Heiterkeit.) Dort sitzen 553 -- Politiker, die sich für ernste Dinge, für Gesetzesverletzungen, wie sie heute Peterstorfer anführte, nicht interessieren, hier ist eine Versammlung von Nicht-Politikern, die sich für solche ernste Dinge sehr stark interessieren, die sich aber mit politischen Dingen nicht beschäftigen dürfen. (Beifall.) Redner zieht einen Vergleich zwischen der Sonntag-Frauen-Versammlung der Christlich Sozialen und der heutigen Versammlung. In der letzteren wird gesprochen von der Ausklärung über die wüthliche Lage des Volkes — dort wurde den Theilnehmern ein Adressen-

38.638 Frauen und
26.674 Kinder ob-
dachlos

Mehr noch als die
Männer sind die
Frauen versklavt

Verzeichnis von Geschäftsteuten in die Hand gegeben. (Heiterkeit und Beifall.) Im weiteren Verlaufe seiner Rede erörtert Gen. Dr. Adler das Wesen der heutigen privatkapitalistischen Gesellschaft, sodann die Bestrebungen der bürgerlichen Frauen Emanzipations-Anhänger und schließt mit der Aufforderung an die Arbeiterinnen, an die Seite der organisierten Arbeiter zu treten. Dann werden zum Siege kommen, wir die Männer und Sie, die Frauen. (Beifall.)

Gn. Dypplinger beklagt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, wobei er immer dem Polizei-Kommissar in's Gesicht sieht, was sich dieser endlich unter allgemeiner Heiterkeit verbietet. In ihrem Schlusswort konstatirt Genossin Dworzak nochmals mit Befriedigung, daß die Versammlung von den Arbeiterinnen so zahlreich besucht worden ist.

Wien Sonntag den 11. Dezember tagte in Meidling in Dpit' Flora-Saal eine von Genossin Klein einberufene Frauerversammlung. Das Präsidium bildeten die Genossinnen Seidl, Klein und Wesely. Zum einzigen Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Nothlage und politische Rechtslosigkeit der Frauen des Volkes und ihre Forderungen“, referirte Genossin Adelheid Dworzak in trefflicher Weise. Sie legte die Nothwendigkeit klar, welche die Frauen in Folge ihrer schlechten Lage veranlassen muß, gemeiniam mit den Männern den Massenkampf zu führen. Durch statistische Daten über Frauenarbeit und Löhne wies sie nach, daß für diese eine menschenwürdige Existenz nicht möglich sei. Wenn Frauen subsistenzlos seien, existire auch für sie das Hilfsmittel des Schubwagens wie für die Männer und Kinder.

Rednerin besprach die traurigen ergreifenden Familienverhältnisse des Proletariats unter allgemeiner Bewegung. Ebenso wirkten die Ziffern über die Prostitution und das Dienstbotenelend. Lebhaftes „Psui“-Rufe veranlaßten die in der Staatsdruckerei im Jahre 1891 gemachten 365.629 Ueberstunden.

In trefflicher Weise kritisirte Genossin Dworzak die Geizege, welche die Nichtarbeitenden gemacht haben und welche die Arbeitenden rechtlos machen. Sie sprach über die Militärdienstpflicht der Männer, welche eventuell für „Kaiser und Vaterland“ ihre Brüder erschießen müssen. (Der Vertreter einer hohen Behörde fühlte sich veranlaßt, zu unterbrechen.) Sie sprach über das Parlament, welches über wichtige Dinge stundenlang debattire, wahre Volksinteressen aber bei Seite läßt (Bravo!) Auch wir Frauen müssen es aussprechen, daß wir wissen, was wir von der gegenwärtigen „Volksvertretung“ zu halten haben. Um mehr als 3 Millionen soll das Volk im Jahre 1893 mehr Steuern aufbringen als im Vorjahr. (Entrüstungsrufe.) Zum Schlusse forderte sie die Genossinnen auf, nicht unthätig zu sein, sich stramm zu organisiren, um zur wirtschaftlichen und politischen Freiheit zu gelangen. Mit einem Hinweis auf die „Arbeiterinnen-Zeitung“ endet sie unter lebhaftem Beifall ihr einhalbtündiges Referat.

Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, so richtet die Vorsitzende Genossin Seidl einen warmen Appell an die Anwesenden, worauf die Versammlung unter Absingung des „Liedes der Arbeit“ geschlossen wurde. —i. —y.

Wenn Frauen subsistenzlos seien, existiere auch für sie das Hilfsmittel des Schubwagens

1891 in der Staatsdruckerei 365.629 Überstunden

Sprechsaal.

Aufruf an alle Frauen und Freunde der Frauenfrage!

Der für Oesterreich projectirte Frauentag findet zu Pfingsten am 5., 6. und 7. Juni l. J. in Wien statt.

Der erste Tag (Pfingstsonntag) ist dem Bildungswesen gewidmet. Bürger-
schullehrerin M. Schwarz, Schulvorsteherin E. Baranin, Volksschullehrerin
M. Blondein, Bürgerschullehrerin F. Urschka, Vizopr. M. Bosphardt v.
Demergel, Schriftstellerin J. v. Troll-Borosthani werden darüber
referiren.

Am zweiten Tage (Pfingstmontag) wird über die Berufsthätigkeit der Frau
verhandelt werden, wozu Volksschull. M. Mussill, Med.-Dr. R. Kersch-
bauer, Krankenpflegerin Baronin M. v. Rosen, Dr. phil. B. Daszynska,
Jda v. Mez, Otilie Turnau Referate zugesagt haben.

Ueber die, die Frauen interessirenden politischen Fragen wird am dritten
Tage unter anderen auch Reichsrathsabgeord. G. Bernerstorfer sprechen.

Durchdrungen von der Nothwendigkeit, daß auch die österreichischen Frauen
sich endlich einigen, um in die mächtige Bewegung einzutreten, welche bereits den
Erdball umspannt, und welche die Emanzipation unseres Geschlechtes bezweckt, rufen
die Unterzeichneten ihre Mitschwester zu zahlreicher Theilnehmung am Frauentage
auf, dessen Devise lautet:

„Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück.“

Dr. phil. Rosie Daszynska, Schriftstellerin (Posen). Auguste Fiedert,
Lehrerin (Wien). Anna Frisch, Geschäftsfrau (Wien). Minna Kautly,
Schriftstellerin (Wien). Med.-Dr. Rosa Kerschbauer, Leiterin der Augen-
heilanstalt (Salzburg). Jda Edle von Mez, Private (Wien). Marie
Mussill, Lehrerin (Wien). Irma von Troll-Borosthani, Schrift-
stellerin (Salzburg). Otilie Turnau, Private (Wien). Marie Böckl,
Gebanume (Wien).

Anmerkung der Redaktion. Wir bringen obigen Aufruf zum
Abdruck, können aber nicht umhin, zu sagen, daß wir von der Thätigkeit der
„Freunde der Frauenfrage“ nicht allzuviel erwarten. Die Gefahr, daß die Frauen-
frage einseitig vom Bourgeoisstandpunkte behandelt werden wird, liegt hier sehr
nahe. Immerhin muß man in dem verumpften Oesterreich jede irgendwie ver-
nünftige Regung begrüßen und es wäre vielleicht gut, wenn einige Genossinnen an
dem Frauentage theilnehmen würden, um dort offen und rückhaltlos ihre Meinung
zu sagen. Sie werden vielleicht mancher der Anwesenden ein Licht aufsteden
können.

**Die Anfänge der
bürgerlichen
Frauenbewegung
1892**

Die Frauen und die Teuerung.

Zahlreich haben sich die proletarischen Frauen Wiens am Montag im Hotel Monopol in der Mariastiftersstraße zusammengefunden, um die wichtigste Sorge zu erörtern, die man jetzt in Versammlungen besprechen kann: **Lebensmittelversorgung und Teuerung.** Oft fielen Versammlungen in schwere Zeiten, aber eine Stimmung, die so ernst war — und dadurch etwas Weihevolltes bekam — wie die in der Versammlung vom Montag, die der Teuerung gewidmet war, war noch nicht das Kennzeichen einer Wiener Frauenversammlung.

Vorsitzende war Amalie Pölzer. Von den Rednern des Abends hat Abgeordneter **Pernerstorfer** Betrachtungen angestellt, die über das Gebiet der Nahrungspolitik hinausgingen; sie wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Wir teilen nun das Wesentliche der Reden mit.

Abgeordneter Pernerstorfer:

Die Sozialdemokratie ist eine Partei des Friedens und sie hat seit Jahren, was an ihr war, dazugetan, um diesen Krieg, der schon seit Jahren über unseren Häuptionen schwebte, zu verhindern oder doch den Ausbruch hinauszuschieben. Es gibt zwar jetzt auch Leute, die behaupten, die Sozialdemokraten der einzelnen Länder hätten zur Verhinderung des Krieges nicht genug getan. Aber so stark sind wir Sozialdemokraten noch nicht. Leider sind wir noch nicht so weit, daß wir die Mehrheit der Völker hinter uns hätten. In dem Augenblick, als der Krieg ausgebrochen war, hat es auch für die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder keine andere Lösung gegeben, als zu ihrem Lande zu stehen.

Erst von dem Sozialismus hoffen wir, daß er einen Zustand bringen wird, in dem der Krieg nur mit den Mitteln des Geldes geführt werden wird als kultureller Wettbewerb der Völker. Auch derjenige, der niemanden im Felde stehen hat, empfindet die Schrecknisse des Krieges und ich kann mich nie zu meinem bescheidenen Nachtmahl niederlegen in der warmen Stube, ohne zu denken, wie es den Leuten in den Schützengraben geht, und da denke ich nicht nur an die Soldaten unseres Landes, sondern an die aller Länder; denn alle diese Soldaten sind ja unsere Brüder. (Lebhafte Beifall.)

Wenn die Völker einmal zu sprechen haben werden und die Sozialdemokraten, dann werden sich die Völker nicht mehr zerfleischen. Aber der Krieg ist da und es gibt noch etwas Schrecklicheres als den Krieg: das ist die Niederlage. Die Sozialdemokraten gleichen nicht ins Feld aus Gründen des Quirapatriotismus. Wenn es selbstverständlich ist, daß die Angehörigen eines Volkes eine Kulturgemeinschaft sind, an der schließlich auch der Arbeiter seinen bescheidenen Anteil hat, so muß auch die notwendige Konsequenz hingenommen werden. Aber nicht dieses idealistische Moment ist bei uns Sozialdemokraten das Höchste. Stellen Sie sich einen Augenblick vor, Deutschland und Oesterreich würden unterliegen: was für wirtschaftliche Folgen hätte das für die beiden Reiche? Die erste Folge wäre zweifellos die Hertrümmerung Deutschlands, eine Hertrümmerung der wirtschaftlichen Zustände, eine Hertrümmerung der deutschen Industrie, und die deutschen Proletarier, die heute zu Hunderttausenden in Frankreich und in Polen stehen, könnten dann wieder ihr Bündel schnüren, und nach den Ueberseeeländern auswandern, um irgendwo ein Brot zu suchen. Es ist also gerade ein materielles Interesse, das ihnen sagt: Das darf nicht geschehen! Rehmlich, wenn auch nicht in so ausgesprochenem Maße, ist es auch bei uns. Wir sprechen gewöhnlich nicht in ehrerbietigen Tönen von Oalozien; aber doch ist es ein Land, wofür das übrige Oesterreich viel arbeitet und viel liefert und sein Verlust wäre auch für uns eine wirtschaftliche Schädigung. Bei uns kommt noch dazu, daß es sich um den Kampf gegen den **Parisismus** handelt. Wie oft haben wir Sozialdemokraten in Wien in den Straßen, sehr entgegen den Wünschen der Polizei, gegen den

Ein Versammlungsbericht der Arbeiter-Zeitung während des Krieges. Die weißen Stellen zeigen, wie der Staatsanwalt gewütet hat, die Ersatzstellen daneben, was er alles konfisziert hat

Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß es andere Mittel zur Verhütung des Krieges gäbe als die Abschaffung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Krieg ist eine kapitalistische Einrichtung. (Sehr richtig!)

Parisius demonstriert und gerufen: „Nieder mit dem Jaren!“
Wir sind deshalb sogar verurteilt worden. (Vetterkeit.) Das darf
man heute sagen.

(Der Regierungsvertreter läßt den Kroner
zur Sache mahnen. — Unruhe in der Versammlung.) Ich kann
unmöglich von der heutigen Teuerung reden, ohne von ihrer
besonderen Ursache zu sprechen, denn der Krieg ist da und
wir führen den Krieg, weil wir nicht russisch werden
wollen (Beifall); wir wollen auch, daß uns der Russe nicht
näher kommt. Die Folge dieses Krieges ist eine unerhörte
Teuerung der Lebensmittel, und da fragen wir, ob diese
Kriegsopfer in dem Ausmaß unbedingt notwendig oder zu
mildern ist, und wir fragen: Was soll denn werden?

(Lebhafter Beifall.) Und nun noch ein Wort: Gesehe Sie
sich nicht zu den sogenannten Flammachern!
Was jetzt begonnen worden ist, so schwer es ist, muß durch-
geführt werden. Es kommt jetzt nicht darauf an, daß heute oder
morgen Frieden geschlossen wird, sondern es kommt darauf an,
daß ein Friede geschlossen wird, bei dem die Bevölkerung nicht
noch mehr daraufzählt als bisher. (Lebhafter Beifall.)

Adelheid Popp:

Wir Frauen haben in früheren Jahren wiederholt ver-
langt, daß der Teuerung Einhalt getan werde. Es hat nichts
genützt. So entmutigend das ist, ein Funke Hoffnung lebt
immer noch in uns, daß es doch noch gelingen werde, daß
diejenigen, auf die es ankommt, dieser jetzigen Teuerung
anders als bisher entgegenzutreten werden. Wir wissen: der
Krieg bedeutet nicht nur Wintererlösen, er bedeutet auch
Teuerung, Seuchengefahr, Arbeitslosigkeit, Hunger, Bergweilung
und Glend. Krieg und Hungersnot sind Geschwister; aber ist
die jetzige Teuerung unabwendbar,

Wir Frauen empfinden sie am
stärksten; der Mann erfährt von ihr erst im übertragenen
Wirkungskreis. Die Frauen haben täglich einen aufreibenden
Krieg gegen Nothleiden zu führen. Sie müssen sie in
kleinen Mengen selber heimtragen und schon 2 Kronen 40 Heller
für den Zentner zahlen. Da haben wir in der vorigen
Woche lesen können, daß in Berlin die Gasanstalt das
weitestgehende Entgegenkommen übt und daß auch in den
Wohnungen der ärmsten Leute Gassen aufgestellt werden.
Hat man in Wien schon so etwas gehört? Bei uns zahlen
die Frauen 16 Heller für das Kilogramm Kartoffeln; in
Berlin sind die Höchstpreise für Kartoffeln mit vier bis
fünf Heller festgesetzt. (Bewegung.)

Wenn Sie heute bei uns oder wo in Deutsch-
land den Jaren einen Bluthund nennen, so haben Sie heute
diese Freiheit ...

Wenn die
Regierthma nicht eingreift, so ist die heutige Teuerung noch nicht
der Gipfel. Da ist es unsere Pflicht, von der Regierung
zu fordern, daß sie zu sorgen, daß die Leute zu ernähren
haben. Wenn eine Hungersnot einträte, so wäre das auch für
den Staat eine schwere Verlegenheit. Ich stelle mir die Sache
nicht so schwer vor. Die Regierung möge einfach auch für
die Zivilbevölkerung die Lebensmittel
requirieren, wie sie sie für das Militär requiriert, und
möge sie der Bevölkerung nach den Militärpreisen verkaufen.

... muß sie in solcher
Ungeheuerlichkeit bestehen? ~~...~~

Wir wollen nicht aufreizen,
aber die Wahrheit wollen wir feststellen und fragen: Was
denn das so sein, daß man bei uns die Kartoffeln drei
viermal so teuer zahlen muß, als in Berlin? Wir wollen, daß
alle, die für das Schicksal dieser Stadt verantwortlich sind, dafür
sorgen, daß es nicht zu Szenen kommt, wo der Hunger sich auf
offener Straße hinstellt. Dazu ist aber energisches und rasches
Handeln nötig. (So ist es!)

Was nützt uns heute die Aufhebung der Zölle,
nachdem von den anderen im Ausland das Getreide längst auf-
gekauft worden ist, in einer Zeit, wo wir es nicht zollfrei ein-
führen dürfen? Was nützen uns die Höchstpreise,
wenn wir für das Kilogramm Mehl 76 bis 80 Heller zahlen müssen?
Wir stehen erst am Anfang des Winters und wissen nicht, wie
lange der Krieg dauert. Wenn jetzt schon, wo die Ernte vom
letzten Sommer vorhanden ist, solche Preise sind, wie soll es erst
werden, wenn der Krieg dazu führt, daß nicht neu geerntet
werden kann, wenn Lounsbwiler Mehl, auf denen sonst Mehl
gewachsen ist, verwässelt und zerflawit und nur mit Blut
getränkt sind? Da kommt die Sorge an uns heran
und wir rufen allen Verantwortlichen zu, sie mögen bei
Zeit und reiner Energie, die sie oft aufgeben haben, wenn es
sich nicht um reiche Leute handelt, gegen die Vordränger aufwenden

Es ist ein Verbrechen, wenn in einer Zeit wie der jetzigen hat ein Mensch kein Gewissen daraus macht, sich zu bereichern aus dem Blute und dem Haarme der anderen. Wir wollen, daß man gegen diese Leute vorachtt, wie man gegen Verbrecher vorgelht. (Sturmlicher Beifall.) Am 3. Dezember hat der Stadtrat die Regierung angeworben, Erhebungen über die Getreidevorräte vorzunehmen; ein bißchen spät, wenn man die Regierung im fünften Kriegsmonat dazu noch anfordern muß. (Der Regierungsvertreter läßt die Rednerin unterbrechen. — Erregung in der Versammlung.) Darf man die Wahrheit nicht sagen? Nun, ich will nicht darüber sprechen, was bei uns geschehen ist, sondern was wo anders geschieht. Die Regierung Deutschlands, die ja bei uns beiproben werden darf, hat schon beim Ausbruch des Krieges gewußt, welche Getreidevorräte verfügbar waren, und hat sie nun schon vier- einhalb Monate planmäßig eingekauft. Auch in Deutschland ist man mit der Regierung nicht ganz zufrieden und in den Zeitungen wird geschrieben, was die Regierung besser machen sollte. Das wird nicht konstatiert, sondern ist in den Zeitungen zu lesen und die Regierung läßt sich sogar die Leute kommen, die gute Ratschläge wissen.

In Deutschland hat man auch schon am Anfang des Krieges Höchstpreise für Getreide festgesetzt und der Meterzentner Weizen kostete dort 31 Kronen; bei uns bekamen wir die Höchstpreise erst jetzt und wir müssen für den Meterzentner 41 Kronen zahlen auch

Die Requirierungspreise für das Militär betragen aber auch bei uns wie am Anfang 31 Kronen. Ist und mit diesen Militärpreisen zufrieden, wünschen aber, daß auch die Zivilbevölkerung keine höheren Preise zu zahlen hat als der Staat für die Nahrung der Soldaten. (Beifall.)

Nach einen Vergleich mit Berlin will ich anführen: Ein Meterzentner Weizen kostete im Juli in Wien 30 Kronen 40 Heller, in Berlin 22 Kronen 30 Heller; im Oktober in Wien 40 Kronen 50 Heller, in Berlin 24 Kronen. Die höheren Löhne sind in Deutschland, die höheren Lebensmittelpreise aber bei uns, damit wir auch in etwas voraus sind. Auch in anderen Artikeln hat die Kriegszeit eine ungeheure Teuerung gebracht. Das Petroleum kostete beim Kriegsausbruch 22 Kronen, jetzt 44 Kronen, und die arme Heimarbeiterin, die für 20 Heller Militärflecken näht, muß heute schon 62 Heller für den Liter Petroleum zahlen. Damit, daß man selbst die amtlichen Tabellen über die Bewegung der Preise konstatiert, ist die Teuerung nicht aus der Welt geschafft. Wir appellieren an die Regierung, daß sie alles tun möge, was bis heute nicht geschehen ist und was zur Lebenshaltung der Frauen und Kinder notwendig ist. Am liebsten würden wir Frauen ja sagen: Macht Frieden! Aber wir wissen, wir würden dadurch kindlich und lächerlich erscheinen. Im kühlen Denken muß dieser Ruf erstickt werden, aber in unserem Herzen ist der heißeste Wunsch nach Frieden. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Auch Frauen aber mahne ich: Vergaßt nicht in dieser schweren Zeit! Haltet treu und fest zu eurer Organisation, nicht nur damit ihr jetzt eure Forderungen zur Geltung bringen könnt, sondern damit wir die Rechnung präsentieren können, wenn dem Blute vergießen ein Ende gemacht worden ist! (Stürmischer, sich immer erneuernder Beifall.)

Abgeordneter Neumann:

Das Bedürfnis nach der heutigen Versammlung entsprang dem schweren Notstand. Die Gemeinde hat sich bestrebt, ihn zu lindern, und sie hat den Anspruch, von der Regierung darin unterstützt zu werden. (Sehr richtig!) Allerdings hat die Regierung schon beim Beginn des Krieges verkündet, daß die Vorräte verzehret werden sollen und daß Vorräte getroffen werden soll, daß die Bevölkerung mit den notwendigen Gegenständen versorgt werde. Auch strenge Strafen gegen Preistreiber wurden angekündigt. Allerdings schon früher — als man nämlich erkannte, daß die schwächere Ernte in Ungarn eine Preissteigerung hervorrufen werde, und zwar lange vor dem Beginn des Krieges — hat die Gemeinde Wien Vorräte verlangt. Als bei Beginn des Krieges die Teuerung einsetzte, hat die Gemeinde — es war Anfang September — gefordert, daß die Zölle auf Brotgetreide aufgehoben und Höchstpreise angeordnet werden. Graf S t a u r g gab die Notwendigkeit der Zollaufhebung zu, aber er erklärte, es müßte auch die ungarische Regierung zu-

stimmen. Erst drei Wochen später wurden die Bälle aufgehoben, als es schon zu spät war: als nämlich in dem einzigen Bande, das in Betracht kam, in Rumänien, von Deutschland alles aufgekauft und für uns nichts mehr zu haben war.

Die Höchstpreise wurden bei uns ebenfalls einen Monat später als in Deutschland festgelegt, und sie sind so, daß während des ganzen Krieges Mehl und Brot fürchtbar teuer sein müssen. Minians wurden die Requirierungspreise, die das Heer zu zahlen hat, höher festgelegt, als die Marktpreise waren, und damit hat die Regierung den Anstoß zur Teuerung gegeben. (So ist es!) Jetzt freilich zahlt das Heer, entlernt nicht die Preise, die man gewöhnlicherweise von uns fordert. Diese Ungleichheit ist nicht zu verstehen, ebenso wie nicht einzuweichen ist, daß nicht zugleich für das Heer und die andere Bevölkerung die Vorräte mit Beschlag belegt wurden. (Sehr gut!)

Die Regierung hat die Rüberverschlachtung verboten, aber das hat nichts geholfen, denn es wurden jetzt mehr Rübepöcher, auch kräftige, was wieder der Anstoß zu einer neuen Milchverteuerung werden kann. Die Regierung will nun, daß bei der Landbevölkerung Laitte antizipiert werde, daß sie die Rübepöcher nicht schlachten lasse, sondern durch Verwendung von Kraftfutter ihre Milchergiebigkeit steigern. Aber wie soll man agitieren, wenn die Zensur nicht Schilderläßt, welche Gefahren entstehen können? (Sehr richtig!)

Viel entschiedener als gegen die Besitzer der Nahrungsmittel geht die Regierung gegen diejenigen vor, von denen sie Arbeit als Kriegleistung fordert. (Behälter Verfall.) Wer die Aufforderung, einem solchen Anspruch zu genügen, nicht befolgt, wird bestraft, und von ihr kann man sich nicht einmal befreien, wenn man krank wird. Da ist man weniger vorsichtig, so daß es vorkommen konnte, daß jemand, der wegen Krankheit entlassen wurde, bestraft worden ist. Unter vielen Umständen kann die Bevölkerung genug verlangen, daß sie vor Ausmarchung geschützt werde. Die Bevölkerung, deren beste Söhne im Felde stehen, darf wohl fordern, daß auch ihr die Existenzmöglichkeit gegeben werde. (Behälter Verfall.)

Anna Vojsch

Sprach nun aus, daß die Sorge um die Arbeitslosen wieder drängender werden dürfte, und kennzeichnete die Unternehmer, die den Krieg dazu benützen, die Löhne herabzusetzen. Sie legte dann dar, daß die durch den Krieg entstandene Arbeitslosigkeit die Massen der Gewerkschaften gelehrt habe, und schloß: Auf der einen Seite sehen wir die Teuerung, auf der anderen geringeren Verdienst; wie ist da das Auskommen möglich? Solange so viele Männer im Felde stehen, sind wir Frauen in erster Linie berufen, das Recht der Bevölkerung zu vertreten. (Behalte Zustimmung.)

Mit einem kernigen Schlußwort der Vorsitzenden schloß die Versammlung.

Die gepfändeten Wöchnerinnen

Das Versammlungsflugblatt

Große Frauen-Protestversammlung.

Dienstag den 2. April, 8 Uhr abends, in Wimbergers Saal, XV Neubaugürtel, über die **Auspfindung armer Wöchnerinnen durch den christlichen Landesauschuß.**

Sprechen werden: Genossin Adelheid Popp, Genossin Therese Schlesinger und die Genossen L. Widholz, Obmann des Verbandes der Krankenkassen, Genosse Eibersch, Reichsrathsabgeordneter, und Dr. Viktor Adler.

Arbeiterinnen Wiens! Es ist eure **Ehrenpflicht**, in Massen gegen die brutale, rücksichtslose, unchristliche Handlungsweise des christlichen Landesauschusses zu protestiren. Die Brutalität des christlich-sozialen Landesauschusses geht bereits so weit, Arbeiterinnen zu **pfänden, um die Findelhauskosten** hereinzubringen. Dagegen muß einmüthig von allen Arbeiterinnen Protest erhoben werden.

Die Einberuferinnen:

Anna Boschel, Lotte Pohl.

	Seite
Wozu dieses Buch?	5
Von der Troßdirne zur bewußten Kämpferin	7
Die Frau in den Tagen von Hainfeld — Der Wiener Arbeiterinnen- Bildungsverein	13
Die Gründung der „Arbeiterinnen-Zeitung“	22
Die erste Versammlung arbeitsloser Frauen	28
Die Frauen fordern das Wahlrecht	31
Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ vor dem Holzinger-Senat	34
Die große Wahlrechtsversammlung im Arkadenhof	35
Die erste sozialdemokratische Frauenwahlrechtsversammlung	36
Die Arbeiterin im Klassenkampf — Streikende Frauen	40
Die dienende Frau steht auf	44
Fortentwicklung der Frauenorganisation	50
Die Staatsgewalt gegen die Frau	56
Das erschütterte Eigentum	59
Der Kampf um den 1. Mai	60
Der Paragraph 14	62
Wirkungen der Frauenagitation	66
Die Frauen ehren die Märzgefallenen	72
Die erste Frauenreichskonferenz	74
Die Frau in der Gewerkschaft — Die ersten Dreihundertacht	88
Gemeinsame Organisation	96
Der internationale Frauentag	99
Die Frauen im Kriege	102
Die Frau als Munitionsarbeiterin	106
Sie rasseln mit den Säbeln	111
Weil die Frauen nicht beten wollten	113
Die Leistungen der österreichischen Arbeiterinnen im Kriege	115
Auf der Höhe	121
Rückblick	126
Anhang	133

